

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



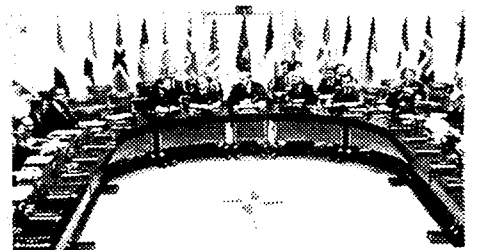
13. Oktober 1980
Jg. 1 Nr. 1

Preis:
2 DM



Die polnische Regierung bekämpft die Gewerkschaftsforderungen Seite 8

ANIMUS IN CONSULENDO LIBER



Mittelstreckenraketen: Die USA bereiten den Waffengang mit der Sowjetunion vor, Schmidt treibt Westeuropa zusammen Seite 13



Seehäfen: Im Hamburger Hafen Einführung von Kontischicht erneut verhindert Seite 20

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · c/o Jörg Christian Detjen, 3000 Hannover, Große Düwelstr. 55
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 8000 München 90, Welfenstraße 12, Telefon 0 89/48 34 61. Preis: 2 DM

Inhalt

Bundestagswahlen 1980

Eine schwere ideologische Belastung für die Arbeiterbewegung..... Seite 3

Internationale Presse zum Wahlergebnis Seite 4

Forderungen der Gewerkschaften an die neue Bundesregierung..... Seite 5

Krieg Iran-Irak

Die Supermächte lauern auf Gelegenheit für Einmischung am Golf..... Seite 7

UNO-Generalversammlung

Erste Erfolge des Demokratischen Kampuchea..... Seite 7

Internationale Arbeiterbewegung

Die polnische Regierung bekämpft die Gewerkschaftsforderungen..... Seite 8

Besatzungsstatut

Erfolgsloser Streik der Reichsbahnarbeiter..... Seite 9

Volkswagenwerk

Arbeitsintensivierung gegen die nächste Krise..... Seite 10

AEG-Telefunken

Sanierung soll Profite sprudeln lassen..... Seite 11

US-Energiepolitik

Energiemonopole gegen „staatliche Gängelung“..... Seite 11

Bischöfe

Synode zur „christlichen Familie“: Staatsanwalt und Beichtstuhl..... Seite 12

Mittelstreckenraketen

Die USA bereiten den Waffengang mit der Sowjetunion vor, Schmidt treibt Westeuropa zusammen..... Seite 13

Seerouten

„Maritime Interessen der BRD wesentlich größer als die des Deutschen Reichs vor 1945“..... Seite 14

Entschließung des 13. o. Gewerkschaftstages der IG Metall: 3. Entspannung und Abrüstung..... Seite 16

Arbeitsdienst

Unbezahlte Zwangsarbeit anstatt Arbeitserlaubnis für Asylanten..... Seite 19

Öffentlicher Dienst

Nach Klunckers Selbstkritik – was nun?..... Seite 19

Seehäfen

Im Hamburger Hafen Einführung von Kontischicht erneut verhindert..... Seite 20

Baden-Württemberg

Grüne sechs Monate im Stuttgarter Landtag..... Seite 21

Horgau/Bayern

Zäh bekämpft ein Dorf die Gemeindereform..... Seite 21

Böse-Prozeß

Erneuter Versuch, den Krankenpfleger Böse für die Folgen der Kostendämpfung verantwortlich zu machen..... Seite 22

Germanistenprozesse

Erstes Urteil in den Berufungsverhandlungen..... Seite 23

Hauptschulen

Bald noch mehr Noten und schärfere Prüfungen..... Seite 23

NATO

Aktionen gegen die Herbstmanöver..... Seite 24

IG Druck und Papier

Gewerkschaftstag vom 12. – 18.10. in Augsburg..... Seite 24

Gefängniswesen

5% vom Durchschnittslohn und Verlust kollektiver Rechte sollen zur Unterwerfung zwingen..... Seite 25

Vechta: Gefangenenmitverantwortung bringt Forderungen vor..... Seite 26

Türkei

Banken stimmen Umschuldungsprogramm zu – Zinseinnahmen innerhalb von zwei Jahren verdoppelt..... Seite 28

Südkorea

Todesurteil gegen Kim Dae Jung..... Seite 29

USA

Wehrerfassung der Jugend erzwungen..... Seite 29

Fiat/Italien

Streik gegen geplante Massenentlassungen..... Seite 30

IWF-Jahresversammlung

Raub von Opec-Geldern mißlingen. Beitritt Chinas stärkt die Dritte Welt..... Seite 31

Afghanistan

Aktionen in Kabul treffen Invasoren..... Seite 31

Filmkritik

Spannender Mystizismus: „Das Imperium schlägt zu rück“..... Seite 32

„Das Teehaus“

Beijinger Volkskunsttheater in der BRD..... Seite 32

Ökologen

Die Aussichtslosigkeit der Menschengeschichte..... Seite 32

Religion

„Ein anderes Leben“ – Selbstmord auf Raten..... Seite 33

Hl. Vater

Biosphäre gebrechlich, Verbrauch und Wachstum schrecklich..... Seite 33

Abzugsreform – Verstärkung der „Leistungsmotivation“. Eine hohe Lohnforderung ist dringlich..... Seite 34

Bilanz der für 1981 bereits beschlossenen Rechtslage in Sachen Lohnabzüge..... Seite 34

Wahlergebnisse (Zweitstimmen)

		BRD	Schleswig-Holstein	Hamburg	Bremen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Baden-Württemberg	Bayern
SPD	Bundestagswahl 1976	42,6%	46,4%	52,6%	54,0%	45,7%	46,9%	45,7%	41,7%	46,1%	36,6%	32,8%
	Bundestagswahl 1980	42,9%	46,7%	51,7%	52,5%	46,9%	46,8%	46,4%	42,8%	48,3%	37,2%	32,7%
CDU/CSU	Bundestagswahl 1976	48,6%	44,1%	35,9%	32,5%	45,7%	44,5%	40,8%	49,9%	46,2%	53,3%	60,0%
	Bundestagswahl 1980	44,5%	38,9%	31,2%	28,8%	39,8%	40,6%	44,8%	45,6%	42,3%	48,5%	57,6%
FDP	Bundestagswahl 1976	7,9%	8,8%	10,2%	11,8%	7,9%	7,8%	8,5%	7,6%	6,6%	9,1%	6,2%
	Bundestagswahl 1980	10,6%	12,7%	14,1%	15,1%	11,3%	10,9%	10,6%	9,8%	7,8%	12,0%	7,8%
DKP	Bundestagswahl 1976	0,3%	0,2%	0,8%	0,8%	0,2%	0,3%	0,4%	0,3%	0,5%	0,2%	0,2%
	Landtagswahl		0,2%	1,0%	0,8%	0,3%	0,3%	0,4%	0,4%	0,5%	0,3%	0,3%
	Bundestagswahl 1980	0,2%	0,1%	0,5%	0,5%	0,1%	0,2%	0,3%	0,2%	0,3%	0,1%	0,1%
Grüne	Landtagswahl		2,4%	4,5%	5,1%	3,9%	3,0%	2,0%	—	2,9%	5,3%	—
	Bundestagswahl 1980	1,5%	1,4%	2,3%	2,7%	1,6%	1,2%	1,8%	1,4%	1,1%	1,8%	1,3%
KBW	Bundestagswahl 1976	20 018	1 325	949	1 647	3 979	3 903	3 327	1 046	—	3 842	—
	Landtagswahl		804	686	533	2 803	2 358	2 710	2 277	—	2 062	3 042
	Bundestagswahl 1980	8 285	423	400	405	1 505	1 672	1 270	534	—	1 285	791
Volksfront	Bundestagswahl 1980	9 344	680	492	351	984	2 415	993	576	228	1 488	1 137
NPD	Bundestagswahl 1976	0,3%	0,3%	0,2%	0,3%	0,1%	0,2%	0,3%	0,4%	0,4%	0,4%	0,4%
	Bundestagswahl 1980	0,2%	0,1%	0,2%	0,2%	0,3%	0,1%	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%
EAP	Bundestagswahl 1980	7 814	298	208	173	803	1 895	866	761	338	1 233	1 239
0,1% der Stimmen bei den Bundestagswahlen 1980 =		37 947	1 704	1 106	455	4 755	10 919	3 500	2 453	749	5 453	6 785

Bundestagswahlergebnis 1980: Eine schwere ideologische Belastung für die Arbeiterbewegung

Auskalkuliert böseartig waren sich noch in den letzten Wochen die Parlaments-catcher an den Hals gefahren. Aber schon am Wahlabend stellten sich beste parlamentarische Sitten ein. Seit das Wahlergebnis da ist, müht sich die komplette bürgerliche Öffentlichkeit, Publizisten, Parteipolitiker, Pfaffen und was man will, das schöne politische Kapital zusammenzuhalten, den Sperriegel gegen Forderungen und Interessen der Arbeiter und der Volksmassen zu befestigen, den die westdeutsche Monopolbourgeoisie durch das Stimmergebnis der Bundestagswahl in die Hand bekam. Die Glanzpunkte dieses Wahlergebnisses – das der westdeutschen Monopolbourgeoisie übrigens auch internationalen Gewichtszuwachs schenkt, da sie als ausnehmend geschickter Dompueur der stets gefährlichen Bestie Volk sich profiliert – verteilen sich auf alle der drei Parlamentsfraktionen, wenn auch nicht gleichmäßig.

Die SPD, in Wahlkampf-führung, Regierungstätigkeit und bekannten Regierungsvorhaben weit entfernt, den Forderungen der Arbeiterbewegung entgegenzukommen, stellt weiterhin den Kanzler Schmidt. Die Steigerung der Versicherungskosten für Altersrente und Krankheit steht bereits fest. Die Steuerreform wird für die Arbeiterlöhne sowie für viele Angestelltegehälter keine Entlastung bringen. Falls die Wirtschaftskonjunktur Schwächeanzeichen erkennbar werden läßt, wird eine Kapitalistenfütterung stattfinden, gegen die alles Bisherige sich als Brosamen darstellen mag. Mit rasantem Tempo steuert die Regierung auf ein

neues Haushaltssicherungsgesetz zu. Die außenpolitische Aufgabenbestimmung hat Schmidt von der Friedenspolitik zur Friedenssicherung, von der Friedenssicherung zur Sicherheitspolitik und von der Sicherheitspolitik zur Aufgabe der Herstellung des militärischen Gleichgewichts entfaltet. Inzwischen lautet die Priorität: „Herstellung des militärischen Gleichgewichts, wozu durch Verträge“. In der Öffentlichkeit macht sich Schmidt breit mit Ausführungen, wie gerade durch zügige und forsche Aufrüstung Abrüstungsverträge erzielt würden.

Der Regierungsflügel der SPD vertritt inzwischen offen eine Politik, die einer konservativ bürgerlichen Regierung mindestens die geschlossene Ablehnung durch die Gewerkschaftsbewegung, wahrscheinlich aber sogar den

Abgang bei Wahlgelegenheiten einbringen würde. Das Kunststück, den Stimmblock der Arbeiterbewegung im Rahmen der SPD zusammenzuhalten, gelang durch die Taktik, vielerorts die Aufstellung von Kandidaten zuzulassen, die – wenigstens sanft und im Rahmen des Erlaubten – gegen die Politik der Regierung auch schon mal was gesagt hatten. Jetzt spielt die bürgerliche Publizistik mit der Frage, ob nun eigentlich Schmidt mehr durch seine „Linken“ diskreditiert sei oder ob seine Linken mehr durch die Politik der SPD beschädigt wären. Sofern die kämpfende Arbeiterbewegung versuchen würde, sich über die SPD-Abgeordneten parlamentarische Rücken-deckung zu verschaffen, tun sich die schönsten Möglichkeiten für die parlamentarische Opposition auf, mit der



Nach der Wahl: Große Versöhnung der „Rivalen von gestern“ („Die Welt“).

erstarkten FDP Regierung zu werden.

Ohnehin wäre es ein naiver Trugschluß, die Unionsparteien als die großen Verlierer dieses Wahlkampfes anzusetzen. Die parlamentarische Opposition hat vorgeführt, daß und wie sich in der BRD eine sozialdemagogische, regierungskritische Oppositionspolitik entwickeln läßt, die in allen politischen Fragen konservativ und sogar reaktionär auftreten kann, ohne an aufgeflogener Scheinheiligkeit zu Grund gehen zu müssen. Jetzt kann die Opposition auf die Vorstöße der Regierung gegen Forderungen und Interessen der Arbeiterbevölkerung warten und darauf rechnen, daß jeder dieser Vorstöße die

Opposition auf dem Wege der Ablösung der Regierung weiterbringt, in Verbindung mit einer Propaganda, die in den Klassenkämpfen selber spaltend wirkt. Wäre es nicht so, daß zählbare Teile der Arbeiterbevölkerung durch die Politik der SPD dieser sozialdemagogischen Richtung ausgeliefert bleiben, wenn nicht gar ihr zugetrieben werden, wäre nicht erklärlich, wie die Unionsparteien stärkste Bundestagsfraktion bleiben konnten. Und nicht nur von dieser christlich-verlogenen Seite her befindet sich die Arbeiterbewegung unter Druck.

Die FDP hat mit dieser Wahl mehr gewonnen als Parlamentsmandate. Die

Politik der FDP, waghalsig, wie sie mit der gesuchten Konfrontation Lambsdorffs mit den Gewerkschaften angelegt war, spekulierte auf einen strategischen Erfolg: Die klassische soziale Basis findet der Liberalismus in den kleinbürgerlich selbständigen Gesellschaftsklassen, die der Gang der kapitalistischen Entwicklung ins Heer der Lohnabhängigen befördert. Diese Basis schrumpft. Der FDP gelang jedoch in diesem Wahlkampf bei der zunehmenden Masse der AT-Angestellten sowie bei den entsprechenden Beamtengruppen ein erheblicher Zugewinn. Der Umfang dieser neuen Mittelklassen nimmt mit der Entwicklung des Kapi-

Internationale Presse zum Wahlergebnis

Neue Zürcher Zeitung, 7.10.:

„Einmal mehr hat der westdeutsche Wähler mit dem Stimmzettel in eindrücklicher Weise klargemacht, daß er die Bundesrepublik – ehemals als „Staat von Bonn“ verächtlich gemacht – als seine politische Heimat bejaht ... Es gibt in der Bundesrepublik nach wie vor keine Mehrheit für sozialistische Politik ... Das vermehrte Gewicht der Freien Demokraten innerhalb der Koalition wird in der Regierungspolitik zur Geltung kommen müssen, und es wird sozialistische Regungen der SPD – etwa in der Weiterentwicklung der Mitbestimmung – bremsen. Das wird die Spannungen nicht zuletzt innerhalb der Sozialdemokratie erhöhen. Schmidts Möglichkeiten, seine Partei zu disziplinieren, sind heute noch enger beschränkt ...“

Le Figaro (Paris), 7.10.:

„Die Probleme stellen sich am 26. Oktober, wenn die beiden Regierungsparteien die delikaten Fragen erörtern, über die man sich verständigen muß: Vorbereitung des Haushalts 1981 (November bis Dezember), Prioritätensetzung in der Energiewirtschaft, ganz entgegengesetzte Positionen in der Montanmitbestimmung, und in der Außenpolitik die Neuordnung des Gemeinsamen Agrarmarkts. Andere Differenzen gibt es in sozialen Fragen, besonders bei der Rentenreform ... Und ist es übrigens nicht symptomatisch, daß am Sonntag die geringste Wahlbeteiligung ausgerechnet unter den Jugendlichen zu verzeichnen war, denen Willy Brandt das Wahlrecht gegeben hatte ... Außerdem rechnet man mit Kritik von Seiten der Gewerkschaftssozialdemokratie, deren Positionen sich vor der Wahl verhärtet haben ...“

The Times (London), 7.10.:

„Sieg für die deutsche Mitte. Wenn die Christdemokraten die westdeutschen Wahlen am Sonntag gewonnen hätten, wäre ihre Politik keineswegs so verschieden gewesen von der der gegenwärtigen Koalition, wie ihre Feinde fürchteten und ihre Freunde hofften ... Herr Strauß ist nicht Mrs. Thatcher. Er ist nicht so ideologisch festgelegt in Wirtschaftsfragen und hätte nicht mehr als die Akzente in der westdeutschen Außenpolitik geändert ...

Nicht etwa deshalb ist also der Sieg von Schmidts Koalition zu begrüßen, weil sie einen scharfen Kontrast zu der Alternative bildet, sondern weil sie vielmehr Stabilität, Kontinuität und Erfahrung bietet in einer Zeit, die sicher schwierig wird ... Seit dem letzten Sonntag müssen sie (die Freien Demokraten) mehr auf ihre Reserven unter den Christdemokraten achten. Das bedeutet auch, daß ein Koalitionswechsel im Prinzip leichter wird. Doch die Absicht ist klar, die nächsten vier Jahre in der gegenwärtigen Koalition zu bleiben. Ein Bruch ist nur wahrscheinlich, wenn Schmidt aus Gründen der Gesundheit oder des Prinzips zurücktritt und wenn dann das Leben mit den Linken unerträglich wird. Die Freien Demokraten sind Liberale im traditionellen Sinn, gegen Machtmonopole und exzessive Staatseingriffe in der Wirtschaft. Obwohl die linken Sozialdemokraten viel weniger als ihre britischen Freunde an Nationalisierungen und Gewerkschaftsmacht interessiert sind, wollen sie mehr Staatskontrolle über die Investitionen. Hier kann es Widersprüche geben und auch in anderen Fragen der Innenpolitik, wie auf dem Gebiet der Verteidigung und der Kernenergie. Doch jetzt, zum Zeitpunkt ihrer Bildung, scheint die Koalition gut in der Lage zu sein, Kompromisse auszuarbeiten ...“

International Herald Tribune (USA), 7.10.:

„Alles verlief exakt nach Plan bei den westdeutschen Wahlen am Sonntag ... Keine Splitterpartei bekam genug Stimmen, um das reibungslose Funktionieren des politischen Prozesses zu stören; die Freien Demokraten von der Mitte bekamen genug Stimmen, um Kanzler Helmut Schmidt beim Gegensteuern gegen den linken Flügel seiner SPD zu helfen; und die CDU/CSU gewann mehr Stimmen und Sitze im Bundestag als die Sozialdemokraten ...

Zum ersten Mal seit 15 Jahren hat die BRD ein Handelsbilanzdefizit, das nicht allein an den höheren Ölpreisen liegt. Die auswärtigen Beziehungen, von Osteuropa bis zum Mittleren Osten, sind komplizierter und weniger steuerbar geworden. Bonn hat nicht mehr Kontrolle über die Ereignisse in Polen oder am Golf als Italien oder Belgien ... Das Ermutigendste ist, daß Schmidt klar sein Talent für Staatskunst und für die Regelung der inneren Probleme bewiesen hat. Mit einer größeren Parlamentsmehrheit kann er seine Politik mit gesteigerter Energie und Phantasie verfolgen.“

Iswestija (Moskau), 6.10.:

„Die Resultate zeigen zweifellos, daß die große Mehrheit der Bürger der BRD die Politik billigt, die von der Regierungskoalition eingeschlagen ist, und insbesondere ihre Außenpolitik, die sich gründet auf die Fortsetzung der Entspannung, des Dialogs mit der UdSSR und auf den Ausbau der Kooperation zum gegenseitigen Nutzen mit ihren östlichen Nachbarn ...“

talismus zu. Ob der Stimmzuwachs mehr durch die Tätigkeit des linken oder des rechten FDP-Flügels erzielt worden sei, ist umstritten. Von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aus gesehen, die ein Interesse hat, diese Schichtungen in ihre Kampffront einzubinden, wächst jedenfalls die Gefahr der Herausbildung einer „leistungsbeußten“, demokratisch verbrämten und gewerkschaftsspaltenden liberalen Zentrumsbildung in Angestellten- und Beamtenkreisen. Im übrigen mag der Gewinn der FDP bei der älteren Gene-



Wahlboykott der Einwohner von Raindorf (bei Fürth) wegen Giftmülldeponieplänen. Bild: Aufspießen der Wahlbenachrichtigungen.

ration mehr zu Lasten von CDU und CSU gegangen sein, bei der jüngeren mehr zu Lasten der SPD und beim Nachwuchs auf diese Posten, der sich in so großer Zahl in verschiedenen Stadien der Ausbildung befindet, zu Lasten der Grünen bzw. alternativen Richtung. Freilich ist die Sorge der Liberalen berechtigt, die befürchten, dies Wählerpublikum bei der nächsten Gelegenheit wieder verlieren zu können, die Erfahrung lehrt, daß starke soziale Bewegungen diese Klassen leicht aus den Armen des Liberalismus reißen können.

Die politischen Gruppierungen und Parteien, die aus der Zeit der außerparlamentarischen Opposition herkommen, sind alle auf Stimmergebnisse geworfen, die eher den Umkreis von Leuten beschreiben, die Mitglieder dieser Organisationen persönlich kennen und in einzelnen Fragen mit ihnen zusammenarbeiten, als etwa einen öffentlichen politischen Einfluß. Sie waren allesamt nicht in der Lage, die Sozialdemagogie der Union so deutlich zu verarbeiten, daß diese offene Flanke der Arbeiterbewegung wenigstens propagandistisch gedeckt gewesen wäre. So stand dann Strauß da für die personifi-

Forderungen der Gewerkschaften an die neue Bundesregierung

Anträge zum Gewerkschaftstag IG Druck

Rentenalter senken

Der Gewerkschaftstag fordert den Hauptvorstand auf, sich beim DGB-Bundesvorstand dafür einzusetzen, daß die gewerkschaftliche Forderung, das Rentenalter auf das 60. Lebensjahr zu senken, endlich durchgesetzt wird.

Selbstverwaltung der Sozialversicherung

Der Gewerkschaftstag fordert den Gesetzgeber auf, die vollständige Selbstverwaltung durch die Versicherten bei allen Sozialversicherungsträgern einzuführen.

Anträge zum Gewerkschaftstag der IG Metall

Renten auch für ausländische Arbeitnehmer, mit deren Heimatländern kein Sozialversicherungsabkommen besteht

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen: Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber und die Träger der Rentenversicherung dahingehend einzuwirken, daß auch nichtdeutschen rentenberechtigten Arbeitnehmern Rente in die Heimatländer gezahlt wird.

Entrichtung der Krankenkassenbeiträge in voller Höhe durch Arbeitgeber

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen: Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages fordern den Vorstand auf, den Gesetzgeber zu veranlassen, daß die Krankenkassenbeiträge in voller Höhe vom Arbeitgeber zu entrichten sind.

Finanz- und Steuerpolitik

Konzentration künftiger weiterer Veränderungen des Einkommenssteuertarifs auf Tarifbestandteile, die Arbeitnehmer entlasten (Veränderung der Proportionalzone, Verringerung der Steuersätze ausschließlich in der unteren Progressionszone. Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrags). Frei- und Pauschbeträge müssen regelmäßig überprüft und der Einkommensentwicklung angepaßt werden.

Anhebung des Weihnachtsfreibetrages auf 1000 DM und Einführung eines Urlaubsfreibetrages.

(aus Entschließung des 13. o. Gewerkschaftstages der IG Metall)

Beschlüsse des Gewerkschaftstages der ÖTV

Zur Arbeit in Schichten, zur Nachtarbeit und unregelmäßigen Zeiten

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr fordert den Gesetzgeber auf, nachstehende Regelungen zur Arbeit in Schichten, zur Nachtarbeit und zur Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten zu treffen bzw. bereits bestehende Regelungen zu verbessern:

Verbot der ständigen Nachtarbeit.

Verkürzung der Lebensarbeitszeit für Arbeitnehmer, die Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten, auf das 55. Lebensjahr.

Verbot der Mehrarbeitsstunden (Überstunden) für Arbeitnehmer, die Wechselschicht-, Nachtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten.

Verbot von Anreizsystemen bei der Entgeltregelung für Arbeitnehmer, die Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten.

zierte Reaktion, gegen die der Liberalismus allemal erträglich scheint.

So geht jetzt dann der 9te deutsche Bundestag ans Werk. Der schreiende Widerspruch von fortschreitend guter Entwicklung der Kampfkraft der Arbeiterbewegung und auch vorwärtsdrängender politischer Reifung der Arbeiterbewegung hat sich bis dahin ausgebildet, daß auf den Gewerkschaftstagen leidenschaftlich die Zukunft der Arbeiterbewegung umkämpft ist und dieselbe Arbeiterbewegung in der politischen Öffentlichkeit ohne Sprecher dasteht. – Eine in gewissen Hinsichten vergleichbare Lage hat auch in den sechziger Jahren bestanden. Die Bourgeoisie antwortete damals den sozialen und zunehmend auch politischen Be-

wegungen der Studenten und der Arbeiterjugend mit dem Versprechen sozialer Fürsorge bei gewisser Liberalität. Das Versprechen der Liberalität begründete einen Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats hin zum Vielfachen an Personal- und Sachmitteln. Inzwischen versucht die westdeutsche Monopolbourgeoisie in der internationalen Arena dasselbe Spiel. Ihre wirklichen Absichten lassen sich aus dem Militärhaushalt, dem Zinswucher gegenüber den Entwicklungsländern und den wilden Konkurrenztrüben, mit denen sie die Arbeiterklasse gegen andere Völker zuerst antreiben und dann aufhetzen will, besser ablesen als an den demokratischen Säuseltönen, die sie schon auch mal dahersummt.

Sá Carneiro gewinnt Wahlen in Portugal

Bei den Wahlen in Portugal hat Sá Carneiro, amtierender Premierminister und Kandidat des rechten Parteienblocks „Demokratische Allianz“, 47% der Stimmen und 136 von 250 Parlamentssitzen erhalten. Die Sozialisten haben 73 Sitze, die revisionistische KP 40 Sitze, die Marxisten-Leninisten 1 Sitz. Die Imperialisten haben Portugal immer in der NATO festgehalten und wollen Mitte nächsten Jahres die Verhandlungen über den EG-Beitritt Portugals abschließen. Bisher haben sie mit etwas über einer Milliarde DM relativ wenig Kapital in Portugal angelegt. Das 1977 verabschiedete Gesetz über Auslandsinvestitionen, das den freien Transfer von Dividenden und Profiten ins Ausland regelt, reicht ihnen nicht. Die Banken sind noch verstaatlicht, der Revolutionsrat hat im Frühjahr die Zulassung von Privatbanken verhindert. Sá Carneiro plant die Abschaffung des Revolutionsrats.

DK: USA wollen höhere Rüstungsausgaben

Die dänische Regierung plant, 1981 bis 1985 ihre Rüstungsausgaben nur um die Inflationsrate zu erhöhen. Obwohl sie 1979 mit 6,7 Mrd. dkr immerhin pro Kopf der Bevölkerung über doppelt soviel wie die italienischen Imperialisten für die Rüstung ausgab, hat ihr jetziger Plan zu scharfen Drohungen der US-Imperialisten geführt. US-Kriegsminister Brown warnte in zwei Briefen vom 23.1. und 18.4., die die Regierung jetzt veröffentlichte, es werde ihm „außerordentlich schwerfallen, ... die Verpflichtungen zur Entsendung von Verstärkungen nach Dänemark und die Errichtung von alliierten Rüstungsmaterialdepots zu rechtfertigen“. Die Antwort der Regierung: Der „Vorschlag“ der NATO, die Ausgaben um real 3% jährlich zu erhöhen, sei geprüft und verworfen worden.

Estnische Schüler demonstrieren

Etwa 2000 Schüler zwischen 15 und 18 Jahren demonstrierten am 1. und 3. Oktober in Tallinn, der Hauptstadt der Estnischen Sowjetrepublik. Das berichtet eine estnische Emigrantengruppe in Stockholm. Die Schüler forderten bessere Schulmahlzeiten, wärmere Klassenräume und die Rück-

wanderung russischer Siedler. Einige führten die Fahne der alten Estnischen Republik mit. Estland ist seit dem 6.8.1940 Mitglied der Sowjetunion, nachdem das estnische Parlament die Aufnahme beantragt hatte. Die Sozialimperialisten betreiben seit zwei Jahrzehnten eine systematische Russifizierung. Die Esten sind ein den Finnen verwandtes Volk.

Die Rüstungsindustrie hat Exportprobleme

Die Rüstungsindustrie hat die Bundesregierung beauftragt festzustellen, welche Produkte sie in den RGW-Ländern garantiert absetzen kann. Damit befaßten sich sowohl der Wirtschafts- wie der Verteidigungsausschuß unter dem Arbeitstitel „Problematik von Exporten, die mißbräuchlich zur Waffenproduktion benutzt werden können“. Es ging nicht um die Verfehlungen der Firma Gildemeister, deren Geschäfte ruchbar geworden waren, sondern es geht um das delicate Problem, wie zur Aufrüstung der RGW-Staaten beigetragen werden kann, ohne daß die westliche Supermacht einschreitet. Alle bürgerlichen Parteien wünschen eine einvernehmliche Lösung. Der Rüstungsindustrie geht es um die Neufassung der Exportlisten, um allgemeine Zulassung möglichst vieler Produkte, für die sie Absatzmärkte im Ausland sucht. Ihre Konzerne wünschen so wenig wie möglich auf Einzelentscheidungen des Bundesamts für die gewerbliche Wirtschaft angewiesen zu sein, dem die Kontrolle bei der Ausfuhr von Embargowaren, also Kriegswaffen, Kernbrennstoffen, elektronischen Teilen usw. obliegt und das jeweils mit den Bundesländern verhandelt.

Bundesregierung gegen EG-Stahlkrisenplan

Die Bundesregierung ist gegen einen Stahlkrisenplan der EG-Kommission, den die acht anderen EG-Staaten unterstützen. Nach Paragraph 58 der Pariser Verträge kann in einer Krise die EG-Kommission den einzelnen Stahlkonzernen Produktionsquoten vorschreiben, deren Höhe von der bisherigen Produktion abhängt. Die BRD-Stahlmonopole sind dagegen: Sie haben ihren Anteil an der Rohstahlproduktion in der EG von 30,9% im Jahr 1977 auf 33,63% im ersten Halbjahr 1980 erhöht. Der EG-Ministerrat berät in dieser Woche erneut über den Plan.

Belgien: Regierung Martens stürzt

Anfang letzter Woche ist die belgische Regierung Martens zurückgetreten. Der Anlaß: Zur Verringerung des Defizits der Sozialversicherungen (1981: 34,7 Mrd. bfr) sollten die Beiträge um 13,4 Mrd. bfr erhöht und durch Arzneimittelbeschränkungen, höhere „Eigenleistungen“ der Rentner, schärfere „Zumutbarkeitsbestimmungen“ für Arbeitslose sowie eine polizeimäßige Aufsicht über die „Berechtigung“ von Krankheiten der Lohnabhängigen 15 Mrd. bfr Ausgaben „eingespart“ werden. Den Liberalen war das nicht genug. Die Beitragserhöhungen, von denen ein Teil von den Kapitalisten getragen werden soll, müßten verringert, die Ausgabenkürzungen drastisch erhöht werden. Unter dem Druck der Gewerkschaften lehnten das die

Sozialdemokraten ab. Die Koalition von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen brach auseinander. Welche Regierung immer jetzt zustande kommt, die Finanzbourgeoisie macht ihren Schnitt: 1981 muß die Regierung über 200 Mrd. bfr als Zins auf die Staatsschuld rausrücken.

Grönland will sich von der EG lostrennen

Anfang 1981 führt Grönland eine Volksabstimmung über den Austritt aus der EG durch. Zu erwarten ist, daß die erforderliche Mehrheit der 30000 Wahlberechtigten für den Austritt erreicht wird. Dänemark, das Grönland im Rahmen seines Staatsverbandes zum Beitritt genötigt hatte, hat zugestimmt. Vor einem Jahr mußte es innere Selbstverwaltung zugestehen. Jetzt will es die Hoheit in der Außen- und Sicherheitspolitik behalten wegen Fisch, Öl und Uran.



Niederlande: Soldatenproteste gegen Wehrsoldsenkung

„Stoppt den Gehaltsdiebstahl!“ Unter dieser Losung begann die niederländische Soldatengewerkschaft VVDM mit einer Kundgebung in Den Haag am 17.9. (Bild) eine Serie von Protestaktionen. Sie richten sich gegen die von der Regierung geplante drastische Senkung des Wehrsoldes der etwa 50000 Wehrpflichtigen. Die Regierung will 1981 den gesetzlichen Mindestlohn für Jugendliche um 7 bis 20% senken. Der an diesen Mindestlohn gekoppelte Wehrsold würde dadurch für achtzehnjährige Wehrpflichtige von 684 hfl auf 557 hfl sinken. *Wehrsold für niederländische Wehrpflichtige (in DM pro Monat)*

Alter	seit 1.7.80	Regierungsplan 1981
18	629 DM	512 DM
19	691 DM	615 DM
20	752 DM	701 DM

Quelle: VVDM. 1 DM gleich 1,09 hfl.

ken, für Neunzehnjährige von 751 hfl auf 668 hfl und für Zwanzigjährige von 817 hfl auf 762 hfl. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieser Pläne begann die VVDM, auf Versammlungen in den Kasernen den Widerstand der Wehrpflichtigen zu organisieren. Für den 28.10. ruft sie mit Unterstützung der beiden Gewerkschaftsbünde FNV und CNV zu einer landesweiten Demonstration in Utrecht auf. Die VVDM wurde 1968 von Wehrpflichtigen gegründet. 1976 erkämpften sich die Wehrpflichtigen unter ihrer Führung das Recht auf gewerkschaftliche Versammlungen und Propaganda in den Kasernen und setzten die Anbindung des Solds an den gesetzlichen Mindestlohn für Jugendliche durch. Als nächstes Ziel strebt die VVDM, in der etwa 17000 Wehrpflichtige organisiert sind, die Durchsetzung eines Tarifvertrages für die Wehrpflichtigen an.

Krieg Iran-Irak

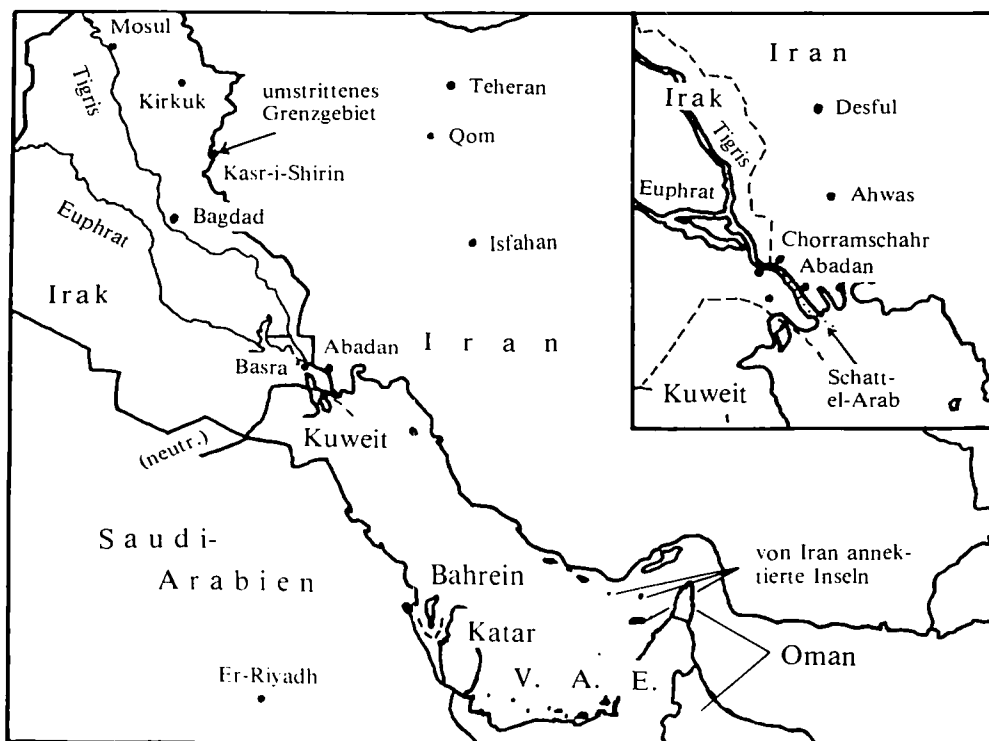
Supermächte lauern auf Gelegenheit für Einmischung am Golf

Die Hinterlassenschaft der Gendarmenrolle, die der Iran unter dem Schahregime für die US-Supermacht gegen die anderen Golfstaaten gespielt hatte, hat die Beziehungen der jungen Islamischen Republik zu ihren arabischen Nachbarn von vornherein belastet. Jetzt ist es mit Irak zum offenen Krieg gekommen.

1969 kündigte der Iran einseitig das 1847 geschlossene und 1937 erneuerte Abkommen über den Grenzverlauf im Schatt-el-Arab. Danach unterstand der ganze Fluß dem Irak, der sonst über keine allseitig verwendbaren Seehäfen verfügt. In Nordirak schürte das Schahregime, das den Kurden im Iran selbst keinerlei Rechte zugestand, die Aufstände der dortigen Kurden. Durch Vermittlung Algeriens wurde der Konflikt zwischen beiden Ländern 1975

Jetzt hat der letzte Premierminister des Schahregimes Bakhtiar aufgerufen, den Krieg zum Sturz der Republik zu nutzen. Dann ist er von Paris abgeflogen, vermutlich nach Bagdad, wo sich bereits haufenweise Schahgeneräle tummeln. Wegen ihrer keineswegs demokratischen Nationalitätenpolitik muß die islamische Führung des Iran um die Einheit des Landes fürchten und damit rechnen, daß im Fall einer Niederlage die großpersische Konterrevolution Auftrieb bekommt. All das erschwert eine rasche Beendigung des Krieges.

Die iranische Armee ist größtenteils mit amerikanischen, die irakische mit sowjetischen Waffen ausgerüstet. Die US-Imperialisten haben das Gerücht, im Austausch gegen die Geiseln ließe sich über Ersatzteillieferungen reden,



vorläufig beigelegt. Für den Preis der Beendigung der iranischen Einmischung in der Kurdenfrage gestand Irak die Verlegung der Grenze im Schatt auf die Flußmitte zu.

Als die britischen Imperialisten 1971 aus dem Golf abziehen mußten, erhob das Schahregime Anspruch auf Bahrain. Am Tag vor der Unabhängigkeit der Vereinigten Arabischen Emirate besetzte die iranische Marine drei zu deren Territorium gehörende Inseln in der Straße von Hormuz, mit Wissen der Briten. Seit Ende 1973 intervenierten iranische Truppen gegen den nationalen Befreiungskampf in Oman.

ausgestreut, um es zunächst zu dementieren. Am Tag des offenen Kriegsausbruches war der irakische Vizepräsident in Moskau, wahrscheinlich zu Verhandlungen über das gleiche Thema. Für die US-Supermacht ist erklärtermaßen die Frage nur, *wann* sie militärisch am Golf intervenieren würde: wenn durch Sperrung der Straße von Hormuz die „Ölversorgung des Westens“ gefährdet sei, die Golfstaaten also so tief in den Krieg verwickelt sind, daß eine Intervention kaum auf wirksamen Widerstand treffen würde. Die Sozialimperialisten wettern – wie vor der Invasion Afghanistans – lauthals über die „Umtriebe der USA“.

Solange sich die Supermächte anmaßen, die „Ölversorgung“ in eigene Marineinfanteristenregie zu nehmen, sind die Golfstaaten zu ziemlich aufwendiger Rüstung gezwungen. Vorschläge zu einem Golfabkommen sind in der Vergangenheit immer wieder an Vormachtansprüchen des Schahregimes, die uneingeschränkten US-Hegemonismus bedeutet hätten, gescheitert. Heute ist der Iran niemandes Gendarm mehr. Irak ist es, trotz seines Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion, auch nicht. Erst der bewaffnete Konflikt schafft handfeste Ansatzpunkte für imperialistische Einmischung, und zwar mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, mehr.

UNO-Generalversammlung Erste Erfolge des Demokratischen Kampuchea

Bereits vor Eröffnung der 35. Generalversammlung der UNO am 22.9. hatte der Premierminister von Singapur Lee Kuan Yew im Namen der fünf ASEAN-Staaten (Singapur, Thailand, Malaysia, Indonesien, Philippinen) erklärt, die Länder der Dritten Welt müßten ihre Stimme in der UNO dafür einsetzen, ein klares „Nein“ gegen alle diejenigen Staaten zu erheben, die behaupten, „die Kriege gegen Afghanistan und Kampuchea seien gerecht“ (Economist, 20.9.80). Am 22.9. wurde die Rechtmäßigkeit des Sitzes des Demokratischen Kampuchea, vertreten durch seinen stellvertretenden Ministerpräsidenten Ieng Sary, durch eine Kommission der Generalversammlung bestätigt. Über 16 Staaten, darunter auch Kanada, Norwegen, Jugoslawien und China, forderten in den Verhandlungstagen bis zum 3.10. den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und den der sowjetisch-vietnamesischen Truppen aus Kampuchea.

Weder der neue Vorsitzende der Generalversammlung von Wechmar noch Genscher, der am 24.9. sprach, unterstützten diese Forderungen. Am 30.9. hielt Ieng Sary eine Rede vor der Generalversammlung, in der er den Abzug der vietnamesischen Truppen und die Durchführung freier Wahlen forderte und sich zur Kontrolle der Wahlen durch die UNO bereit erklärte. Weitere Schwerpunkte der Forderungen der Länder der Dritten Welt in den bisherigen Verhandlungstagen waren der Abzug der US-Truppen aus Südkorea, der Ausschluß Israels aus der UNO wegen seiner Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten und die Änderung der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, insbesondere der Kontrollrechte der imperialistischen Länder über die Roh-

stoffe und Finanzen der Länder der Dritten Welt.

Die westdeutsche Presse ist entschlossen, über die Forderungen der Länder der Dritten Welt und den Verlauf der Vollversammlung nicht zu berichten. Es wäre auch nur hinderlich bei der Ausmalung des epochalen Ereignisses, daß „zum ersten Mal ein Deutscher“ (Die Zeit, 19.9.) den Vorsitz der Generalversammlung führt.

Schon die Umstände der Amtsübernahme liegen zwar im Rahmen der Politik der westdeutschen Finanzbourgeoisie in den internationalen Organisationen, fallen aber doch aus dem des Bildes von der neuen deutschen feinen Art in internationalen Angelegenheiten. Zehn Tage vor Beginn der Generalversammlung hatte Kanzler Schmidt die spanische Regierung genötigt, ihre Kandidatur für den Vorsitz der Generalversammlung zurückzuziehen mit dem Druckmittel des spanischen NATO- und EG-Beitritts. (Latin American Weekly Review, 12.9., und ABC, Madrid, 17.9.)

Also wurde Freiherr v. Wechmar – Jahrgang 1923, Vater aktiver Wehrmachtsoffizier, Oberschule in Königsberg und Berlin, Leutnant in Afrika, von 1947 bis 1958 Leiter des Bonner Büros der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI, ZDF-Osteuropa-Studio, Regierungssprecher, seit 1971 FDP-Mitglied und seit 1974 UNO-Vertreter – Vorsitzender der Generalversammlung. Gleich bei seiner Antrittsrede protestierte die Arabische Liga gegen den Freiherrn. Er hatte nicht einmal vorgegeben, die Forderungen der Länder der Dritten Welt zu akzeptieren, sondern gleich den geplanten Auftritt Genschers vorbereitet. Genscher will sich über „internationale Flüchtlingsprobleme“ auslassen (SZ, 23.9.). Wechmar lobte die Resolution 242, in der die Palästinafrage als „Flüchtlingsproblem“ behandelt wird. Während der Freiherr in der Generalversammlung den „ansehnlichen, verdienten Prestigegewinn“ (Die Zeit) der westdeutschen Finanzbourgeoisie aufführte, blockierten die westdeutschen Vertreter in der Kommission zur Vorbereitung der Verhandlung über eine neue Weltwirtschaftsordnung gemeinsam mit den amerikanischen und britischen Imperialisten die Vorlage einer Verfahrensregelung an die Vollversammlung.

„Berechenbarkeit“ nannte Genscher in der Wahldiskussion im Fernsehen das hervorstechende Merkmal der Außenpolitik der westdeutschen Regierung. Das ist nicht von der Hand zu weisen.

Das Demokratische Kampuchea fordert freie Wahlen und ist zu einer Kontrolle durch die UNO bereit. Die sowjetische Marionettenregierung Heng

Samrins in Phnom Penh hat inzwischen erklärt, sie werde im nächsten Jahr Wahlen durchführen.

Gelingt es nicht, der Forderung nach Abzug der vietnamesischen Truppen und nach Anerkennung des Demokra-

tischen Kampuchea durch die Bundesregierung in Westdeutschland Gewicht zu verleihen, dann ist der Kurs der westdeutschen Regierung gegen das Demokratische Kampuchea abzusehen.

Internationale Arbeiterbewegung

Die polnische Regierung bekämpft die Gewerkschaftsforderungen

Mit dem einstündigen Generalstreik am 3. Oktober 1980 haben die neuen polnischen Gewerkschaften das Ziel verfolgt, die zwischen der Regierungskommission und den Arbeiterräten getroffenen Vereinbarungen sowie die Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen. Hauptforderungen waren Höherstufung aller Arbeiter um jeweils eine Stufe in der Lohntabelle, besondere Berücksichtigung der untersten Lohngruppen, Kontrolle der Preise und Gewährleistung der Versorgung mit bestimmten Grundnahrungsmit-

Reportage der Monatsschrift „Perspektivy“ werden die Arbeiter im Bergbau, einer führenden Branche in den Streiks, angegriffen: „Wer mehr hat, der hat mehr Sorgen ... Um das Thema Sozialfonds zu beschließen, sei gesagt, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die manche an ihren Sozialeinrichtungen schon seit Jahren bauen den Bergwerke haben, ganz einfach ‚Wohlstandsprobleme‘ sind. Denn Zahlen weisen auf, daß der Sozialfonds im Bergbau pro Kopf doppelt so hoch ist wie im Landesdurchschnitt.“



Technische Hochschule in Łódź, Zentrum der polnischen Textilindustrie

teln und Gütern des täglichen Gebrauchs. Forderungen, durch die die Gewerkschaftsbewegung in der Bewegung breiter Teile des Volkes Fuß gefaßt hat, waren insbesondere die nach Aufhebung der Zensur und Beseitigung der Privilegien der neuen Bourgeoisie.

Dieser Stoßrichtung gegen die Bevorzugung von höheren Funktionären in Staat und Gesellschaft entkleidet, wird die Forderung nach Abschaffung von Privilegien jetzt von Presseorganen, die der Parteiführung ergeben sind, benutzt, um zwischen den etwas besser gestellten Schichten der Arbeiter und den ärmeren zu spalten. In einer

Die Bergleute hätten größere Privilegien als Angestellte anderer Wirtschaftszweige, wird behauptet. Dazu gehörten Kredite für Werktätige, die heiraten, Darlehen für Wohnungsteilzahlungen oder den Bau eines Einfamilienhauses zu günstigen Bedingungen. Ein Kredit für den Hausbau könne bei einer Amortisierung von 60% in 50 Jahren abgezahlt werden. Eigentlich hatte sich aber niemand gegen das „Privileg“ gewendet, sein Leben lang den Kredit für eine Unterkunft abzahlen. Gedacht war vielmehr an Änderung der Lage, daß ein normaler Lohnabhängiger sich Urlaub nur alle drei Jahre leisten kann, oder daran,

daß das Fleisch zum Teil unerschwinglich geworden ist und aus dem Konsum zu verschwinden droht, während es in die Läden für die führenden Funktionäre geschoben wird oder für den Export bestimmt ist.

Die polnische Regierung hat eine Untersuchung durchgeführt über die Generation der jungen Bergleute in den Jahren 1976/77, deren Fluktuation die Schwierigkeit belegt, Fachkräfte für den Bergbau mit seinen schweren und gefährlichen Arbeitsbedingungen zu gewinnen. 60% der Bergleute waren zu dem Zeitpunkt unter 24 Jahre alt. 70% von ihnen verließen die Branche im ersten Arbeitsjahr, fast alle aber, nämlich 95%, in den ersten fünf Arbeitsjahren. Die Regierung faßte den Plan, ein Vierschichtsystem bis Ende des Jahres 1981 überall durchzusetzen. Unterstützung hoffte sie durch die Zusage zu gewinnen, daß die Zahl der Arbeitstage von 30 auf 23 im Monat gesenkt werden könne. Die freien Tage sollten über die ganze Woche verteilt sein, und dadurch sollte auch eine ökonomischere Ausnutzung der Einrichtungen zur Erholung und Freizeitgestaltung für mehr Arbeiter erreicht werden. Gegenwärtig stockt die Kohleförderung. Wegen Nichterfüllung der Forderung, daß an freien Wochenenden nur noch freiwillig gearbeitet zu werden braucht, sind die Bergleute zum Teil auch da, wo das Vierschichtsystem bereits eingeführt war, zum Dreischichtsystem zurückgekehrt. Die Regierung klagt darüber, daß die Kohleschiffe in den Häfen leer bleiben.

Die Bergarbeiter werden speziell kritisiert, insbesondere diejenigen mit Familie, wegen „Festhalten an der traditionellen Pflichtenteilung in der Familie“ und praktisch Boykott der Betriebskantinen. Sie ziehen es vor, zum Mittagessen nach Hause zu gehen, wahrscheinlich wegen der besseren Qualität des Essens und der Möglichkeit, einen Teil des Familienlebens, das durch die ununterbrochene Schichtarbeit zerstört wird, aufrechtzuerhalten.

Die Bewegung der polnischen Arbeiter hat große Hoffnungen in weiten Teilen des Volkes geweckt. Die Studenten debattieren über eigene Vertretungskörper, die gewerkschaftlichen Charakter haben sollen. Die Journalisten fordern Freiheiten. Diese Initiativen werden ohne Führung und Erfolg bleiben, wenn die Arbeiterbewegung Niederlagen erleidet. Sie wird dann erst recht nicht instandesein, den Bauern, die nach wie vor am schwersten arbeiten und am wenigsten an der Versorgung mit Dienstleistungen und Sozialversicherungen teilnehmen, eine Perspektive zu bieten. Zum Beispiel trägt die Versorgung mit Wasser auf dem Lande pro Kopf und Tag nur 27

Liter. Als Richtwert für den persönlichen Verbrauch gelten 215 bis 220 Liter. Die polnischen Städte erreichen im Durchschnitt immerhin 150 Liter pro Kopf. Die Lage auf dem Lande verschlechtert sich durch Absenkung des Grundwasserspiegels und Verödung der alten Brunnen, oft Folge der Gewinnung von mineralischen Rohstoffen in großem Maßstab. Die Wasserleitungen, soweit vorhanden, sind in schlechtem Zustand, was bedeutet, daß bei der notwendigen Anwendung von Chemikalien beim Ackerbau immer mehr Schadstoffe ins Grundwasser gelangen und die Qualität des Wassers verschlechtern. Die Aufbereitung des Trinkwassers wird immer aufwendiger. Zwar hat die polnische Regierung den Bauern zugestehen müssen, daß sie, gleichgültig, ob sie ihr Land an den Staat abgeben oder nicht, eine Altersrente erhalten. Diese ist jedoch weit geringer als die der Arbeiter. Lernt die Arbeiterklasse nicht, sich mit der Lösung solcher Probleme zu befassen, so kann ihr die Verbindung mit den Bauern nicht gelingen. Aktuell wird die Lage durch schlimme Mißernten, insbesondere von Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben, erschwert.

Zweifellos wird die polnische Regierung, wenn sie ihr Konzept der eingeschränkten Reproduktion der Massen und der Rationalisierung der Produktionsprozesse in den Hauptzweigen der Industrie gegen die Gewerkschaften nicht durchsetzen kann, unter zunehmenden Druck ihrer Gläubiger kommen. Bereits jetzt ist Polen mit etwa 20 Mrd. Dollar bei den kapitalistischen Ländern verschuldet. Es mußte bei den Banken schon Kredite aufnehmen, um die Zinsen auf frühere Kredite bezahlen zu können. Anfang Oktober hat Österreich abgelehnt, Polen einen Kredit zur Errichtung eines Kohlekraftwerks zu geben. Die westdeutschen Banken erwägen öffentlich, ob sie weiter derartige Kredite vergeben sollen. Die polnische Regierung hat keine Wahl. Sie kann nicht den Forderungen der Gewerkschaftsbewegung, schon gar nicht ihren Lohnforderungen, nachkommen, ohne sich ans Messer zu liefern. Sie versucht den Kern dieser Bewegung zu isolieren, indem sie personelle Änderungen in der Führung von Partei, Staat und bisheriger Gewerkschaft durchführt. Sie kann schon versuchen, einen Teil der Bewegung zu befrieden, weil sie zu großen Teilen von Mitgliedern der Partei, die Reformen wünschen, getragen wird, wenn gleich gerade deswegen die Regierung auch vorsichtig mit ihr umgehen muß. Auf der anderen Seite sind die neuen Gewerkschaften darauf angewiesen, einige Forderungen durchzusetzen, sonst wird die Einheit, die sie auch unter Einschluß von sprengenden und anti-

kommunistischen Kräften, insbesondere der katholischen Kirche, herstellen konnten, zerbrechen. Die Festigung der gewerkschaftlichen Organisation auf der Ebene des ganzen Landes könnte dann kaum gelingen.

Besatzungsstatut Erfolgloser Streik der Reichsbahnarbeiter

Westberlin. „Entweder der Streik bringt uns wirklich was ein, oder wir schmeißen die Klamotten hin und gehen stempeln.“ Diese Äußerung von einem der 3700 Westberliner Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn zum Zeitpunkt der ersten zentralen Streikversammlung zeigt den Mut und die Verzweiflung der Westberliner Eisenbahner, die zunächst ohne gewerkschaftliche Unterstützung gegen ihren Dienstherrn, die Direktion der Deutschen Reichsbahn der DDR, antraten. Es ist ihnen nicht gelungen, über die Forderungen nach 160 DM Lohnerhöhung, vier Tagen mehr Urlaub, freier Arztwahl, Reduzierung der Überstunden, besserer sozialer Betreuung, Überarbeitung des gesamten Lohngefüges und Verzicht auf jegliche arbeitsrechtlichen Repressalien gegen am Streik Beteiligte auch nur *Verhandlungen* zu erzwingen.

Die Reichsbahndirektion hatte bereits im Frühjahr 90 überwiegend im technischen Bereich Beschäftigte entlassen. In den ersten Tagen des Streiks entließ sie weitere 100 fristlos. Noch ausstehende Lohnzahlungen leistete sie nur gegen Abgabe des Dienstausweises. Eine weitere Reduzierung des Fahraufkommens hatte sie bereits früher angekündigt. Gegen die Eisenbahner wurde DDR-Bahnpolizei eingesetzt, mit Hunden ausgerüstet. S-Bahn-Zugführer aus der DDR mußten ohne Streckenkenntnisse und Streckenüberwachung in Westberlin fahren.

Gegen die Streikenden handelte



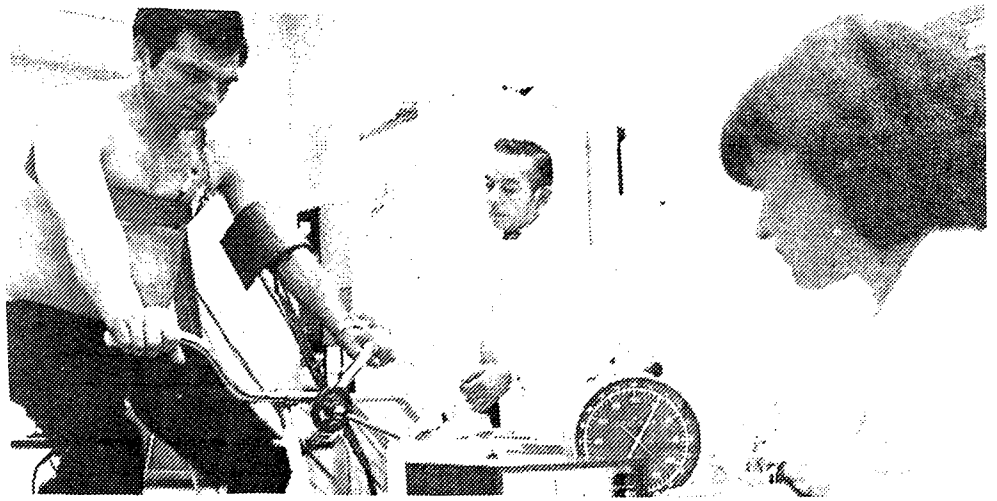
auch der Westberliner Senat, in Übereinstimmung mit der Bundesregierung. Lediglich 20,8% des gesamten Güterverkehrs zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet gehen über die Schiene. Der Senat traf sofort umfangreiche Maßnahmen, um die entstandenen Ausfälle über die Wasserwege und vor allem über die Straße zu transportieren. Speditionsunternehmen aus Westberlin und Norddeutschland wurden angeheuert, um Transporte zu übernehmen. Als nach fünf Streiktagen der Senat aufgefordert wurde, mit der DDR zu verhandeln zwecks Übernahme der Betriebsrechte, lehnte er ab und forderte im Gegenteil die Wiedereröffnung von S-Bahn-Strecken nach Potsdam und anderen DDR-Orten im Rahmen des Besucherverkehrs.

Das Interesse der westlichen Besatzermächte galt in der Hauptsache der Aufrechterhaltung der eigenen Versorgungszüge nach Frankfurt, Bremerhaven, Braunschweig und Straßburg, die von besonderen Bahnhöfen in Westberlin abgehen und für deren ungehinderten Verkehr die UdSSR sich in dem New Yorker Abkommen vom 4. Mai 1949 verpflichtete. Gegen Ende des Streiks forderte die britische Besatzermacht die Streikleitung auf, den besetzten Containerbahnhof zu räumen.

Die Illusionen nach einer „großen Lösung“, d.h. Durchsetzung der Forderungen durch Änderung der Betriebsrechte der S-Bahn, sind im Streik zerbrochen. Zwar ist der Westberliner Senat nicht uninteressiert an einer Übernahme der Betriebsrechte über die S-Bahn, aber er will sie billig haben. Schöne Worte der Sympathie mit den Forderungen der Reichsbahner fallen nicht schwer, wenn man sie nicht erfüllen muß, sondern andere. Tatsächlich scheint ein erfolgreicher Streik ohne Vertretungsrechte der GdED und Unterstützung des DGB kaum möglich.

Volkswagenwerk Arbeitsintensivierung gegen nächste Krise

Braunschweig. Die VW-Kapitalisten, die Ende 1979 noch prognostiziert hatten, daß sie mit dem bereits erwarteten Fallen des Gesamtautomobilmarkts ihren Marktanteil relativ zur Konkurrenz ausbauen könnten, sehen dieses Ziel gefährdet. Für das erste Halbjahr 1980 hatte VW im Inland einen Absatzrückgang von 9% zu verzeichnen. Zwar konnte der Marktanteil mit 31% gegenüber dem Vorjahr bei einem Gesamtrückgang des Inlandsmarktes von 12,3% gehalten werden, aber auch nur mit weiterhin fallender Tendenz. Von der Enge des Marktes profitierte nicht in erster Linie VW mit den kleinen Mit-



Die körperliche Belastbarkeit wird durch Ergometer ermittelt

telklassenmodellen, sondern im wesentlichen die japanischen Automobilkonzerne.

Das ist für die VW-Kapitalisten um so schmerzlicher, als sich auf dem US-Markt eine ähnliche Tendenz abzeichnet. Gleichzeitig kommt die Expansion auf den europäischen Volumenmärkten ins Stocken und erreichte nur noch eine Steigerung von 1,9% (plus 17,7% gesamt im Jahre 1979).

Schien 1979 noch das Kalkül der VW-Kapitalisten voll aufzugehen, mit verstärktem Kapitalexport vornehmlich in die USA und nach Lateinamerika, wo sie auf dem Pkw- und Lkw-Sektor sich eine Monopolposition erobert haben, sowie Umstrukturierungen und Milliardeninvestitionen in den inländischen Werken die Rekordprofite halten zu können, ist ihnen jetzt mit den Japanern ein ebenbürtig aggressiver Konkurrent erwachsen. Nicht die Aggressivität der japanischen Kapitalisten in der Ausbeutung und beim Vordringen auf dem Weltmarkt stört die VW-Kapitalisten, sondern, daß diese Konkurrenz ihnen die bereits abgesteckten Expansionsaussichten schmälert, verschärft durch das doch stärker als erwartete Fallen des Gesamtmarktes insbesondere auf den sogenannten „traditionellen Märkten“ in Europa und den USA.

VW-Finanzchef Thomee hat in der Presse einen Jahresabschluß angekündigt, der nur knapp unter dem Rekordjahr 1979 liegen wird, und den Aktionären eine ordentliche Dividende zugesichert. Dennoch sehen sich die VW-Kapitalisten einem Tempoverlust bei der Durchsetzung ihrer Pläne gegenüber. Als flankierende Maßnahmen zu den Milliarden, die in den inländischen Werken investiert worden sind und weiter investiert werden sollen, war mit der umfangreichen Einführung der MTM-Akkordermittlung und der Ausdehnung der Wechselschichtarbeit beabsichtigt, neue Marken der Schweißauspressung zu setzen. Zwar ist es Schmücker gelungen, die Aufnahme von MTM und Wechselsarbeit in die

Tarifverträge zum Lohnrahmen (1979) und zur Lohndifferenzierung zu erzwingen, aber die Betriebsräte und Belegschaften der VW-Werke konnten bisher die Festlegungen dieser Tarife auch dazu nutzen, die Pläne Schmückers zu durchkreuzen und verschiedene Schranken gegen höhere Vernutzung der Arbeitskraft zu errichten. Die Einführung des MTM-Systems kommt nur stockend voran, und die Festlegung des Lohnrahmentarifvertrages auf 1,5 Min. Mindesttaktzeit wird von Betriebsräten dazu genutzt, die volle Anwendung von MTM an den neuen Maschinen zumindest zu verzögern, wie im Werk Braunschweig an dem „Raketenband“ für die Federbeinmontage (20 Sek. Takt) oder an der automatisierten Montagetaktstraße für die Golf-Hinterachse (18 Sek. Takt). Mit Stückzahlerhöhungen nach der Akkordpausenverlängerung 1979 hat sich Schmücker nicht voll durchsetzen können, und der Ausdehnung von Springerpausen konnte durch Betriebsvereinbarung insbesondere im Braunschweiger Werk ein empfindlicher Riegel vorgeschoben werden. Die Lohndifferenzierung konnte von den Belegschaften und den Betriebsräten zu Höhergruppierungen in nicht unbedeutendem Umfang genutzt werden, gerade auch im Bereich der unteren Lohnniveaus, in Braunschweig allein fast 300 der etwas über 900 Akkordarbeiter im zweituntersten Akkordniveau um eine Stufe (54 Dpf./Std.). Die Absicht der Betriebsführung, die Arbeitssysteme, in denen Wechselarbeit zulässig ist, allein auf Grundlage der bestehenden Lohngruppen zu bilden und darüber auch auszuweiten, ist im wesentlichen durchkreuzt worden, wie auch die Ausdehnung der Bereiche, in denen die Arbeiter von Abteilung zu Abteilung verschoben werden können, nicht in vollem Umfang durchgesetzt werden konnte.

Mit der „Japan-Kampagne“ will Schmücker jetzt den Tempoverlust wieder wettmachen. Eine durch Chauvinismus gesplante Belegschaft wird

nicht mehr imstande sein, sich den verstärkt vorgetragenen Angriffen der Kapitalisten zu widersetzen, wie auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt ihr Übriges tun soll. Auf der Betriebsversammlung im VW-Werk Braunschweig, 30.9., hat Schmücker dann auch rausgelassen, was er unter dem „Kampf gegen die Japaner“ versteht. Ein Krankenstand von über 10% bei VW gegenüber ca. 5% bei den Japanern sei schon ein erheblicher Kostennachteil. Über die Spaltung der Belegschaft in Kranke und Faule will Schmücker die Entlassungen wegen Krankheit durchsetzen, die, wie im Werk Braunschweig, schon wieder einen erheblichen Umfang angenommen haben. Auf Kritik an Arbeitsbedingungen und Verletzungen der Tarifverträge sagte er auf der Versammlung, daß die Arbeiter „ja keiner auf Knien gebeten hat, in dieser ‚Hölle‘ zu bleiben“. Gegen die Sonderzahlung, die von Betriebsrat und fast allen der zwölf Diskussionsredner gefordert wurde, wandte er sich, weil sie jetzt wirklich nicht in die Landschaft passe. Es zeichne sich sowieso schon ab, daß sich das Unternehmen mit den Auswirkungen der Tarife zum Lohnrahmen und zur Lohn-differenzierung wahrscheinlich übernommen habe. Insbesondere würde die für den 1.9.81 vereinbarte weitere Verlängerung der Akkordpausen um insgesamt 16 Min. einen kaum zu verkraftenden Kapazitätsverlust bedeuten. Es gäbe aber im Vorstand keine detaillierten Absichten, diese Festlegung vorzeitig zu kündigen. Die Absicht von Schmücker ist auf jeden Fall, um eine Anrechnung auf den Akkord heruzukommen. Im Werk Braunschweig hat die Betriebsführung inzwischen schon dem Betriebsrat mitgeteilt, daß sie die zusätzlichen Minuten nicht den bestehenden Pausen zuschlagen, sondern ans Schichtende legen will, wenn der Akkord schon geschafft ist.

„Die Lohnstunde kostet (1978) in Japan 14,67 DM und in der BRD 36,00 DM. Im Jahre 1979 kostete eine Lohnstunde im VW-Werk Mexiko 6,00 DM und bei VWoA 19,63 DM“, ließ er in die Mitarbeiterzeitung (10/80) als Drohung schreiben. Mit der Propaganda der „hohen Sozialleistungen bei VW“ verfolgt er die Absicht, die VW-Arbeiter von den übrigen Metallarbeitern abzuspalten.

Die Absichten Schmückers wurden auf der Betriebsversammlung von den Arbeitern angegriffen. Es wurde sich gegen einen Krisenabschlag in der nächsten Lohnrunde ausgesprochen und für einen Abschluß nicht unter Metall. Zur Unterstützung der Manteltarifaueinandersetzungen in der niedersächsischen Metallindustrie wurde aufgefordert und der Kampf der VW-Arbeiter in den Ländern der Dritten Welt unterstützt.

AEG-Telefunken Sanierung soll Profite sprudeln lassen

Mitte September hat Heinz Dürr, der neue Vorstandsvorsitzende der AEG-Telefunken, das „mit Spannung erwartete“ neue „Führungskonzept“ vorgestellt, das die Sanierung des Konzerns beschleunigen soll. Der Kern desselben ist die Absicht, das mittlere und untere Management zu mehr Leistungen zu kitzeln; es gibt Streichungen von Hierarchiestellen und Verlagerung dieser Kompetenzen nach unten, Neuordnung der Karriereplanung und der Aufstiegsmöglichkeiten. Dürr hat klar gestellt: „Die Verwalter müssen den Unternehmern im Konzern weichen



... Nicht Umsatz, sondern das Ergebnis ist entscheidend.“ Betriebsleiter und Ressortleiter, die nicht ausreichende Ergebnisse, sprich Profite vorweisen können, sollen keine Aufstiegchancen mehr haben.

Im Juli hatte das „Handelsblatt“ drei Tage vor der Aktionärshauptversammlung der AEG in einer Finanzanalyse Dürr bescheinigt, daß die Sanierung des Konzerns an den richtigen Stellen ansetze: „Die Finanzanalyse weist nach, daß sowohl die geringe Flexibilität der Personalaufwendungen als auch die nur mäßige Expansion des Unternehmens den AEG-Konzern in seine heutige Lage gebracht haben.“ Es sei zwar in den vergangenen Jahren gelungen, die Zahl der Beschäftigten im Inlandskonzern beträchtlich zu senken und gleichzeitig den „Rohertrag pro Beschäftigten zu erhöhen“, jedoch sind die „Erfolge durch Lohnerhöhungen und Verschiebungen in Richtung qualifizierterer und damit teurerer Arbeitskraft zunichte“ gemacht worden. Unter dem Leitfaden: zu hohe Löhne und relativ zu viele qualifizierte Arbeitskräfte läßt Dürr jetzt seine Truppe

in den einzelnen Werken tätig werden. Mit dem Druckmittel der weiter anstehenden Entlassungen wird das Arbeitstempo intensiviert, erkämpfte Sozialleistungen werden gestrichen, es gibt zahlreiche Versuche, Abgruppierungen vorzunehmen. Die Großbanken, die die AEG kreditieren, wollen Ergebnisse sehen. In den vergangenen sechs Jahren haben die Banken im Schnitt jährlich 355 Millionen DM an Zinsen aus dem Konzern geholt.

US-Energiepolitik Energiemonopole gegen „staatliche Gängelung“

Einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen setzt die US-Finanzbourgeoisie ihre beiden Hauptkandidaten in Trab, um eine weitere Forcierung ihres Energieprogramms vorzubereiten. Reagan würde „den Ölgesellschaften freie Hand lassen“, griff ihn Carter an, wo es doch darauf ankomme, „den Umgang mit und das Denken über Energie“ zu ändern: „Wir müssen der Energieeinsparung höchste Priorität einräumen.“ Reagan konterte: Die USA könnten ausreichend Energie produzieren, wenn nur die Regierung ihre bürokratische Bevormundung aufhöre.

Bürokratische Bevormundung? Am 1.6.79 hatte Carter mit der Freigabe der Preise für auf US-Gebiet gefördertes Öl und Gas begonnen. Zu diesem Zeitpunkt lagen die US-Rohölpreise bei durchschnittlich 13\$ je Barrel (1 Barrel = 159 Liter). Bis 1.6.81 sollen die Preise auf Weltmarktniveau steigen (zur Zeit 30\$ je Barrel). Die US-Finanzbourgeoisie rechnet dadurch mit Extraprofiten von jährlich über 100 Mrd. DM und steigender Förderung, während sich die Heizöl-, Gas- und Benzinpreise der Volksmassen binnen zwei Jahren mehr als verdoppeln werden. Im Juli 1979 verhängte die Regierung für alle öffentlichen Gebäude eine zulässige Höchsttemperatur von 65° Fahrenheit (18,3° Celsius). Am 1.4.80 folgte die „Windfall-Profit-Tax“: Jährlich ca. 28,4 Mrd. \$ sollen durch diese Steuer auf Gewinne der Ölgesellschaften erhoben werden. Tatsächlich schlagen die Ölgesellschaften die neue Steuer einfach auf die Preise für die Volksmassen drauf. Aus dem Erlös dieser Steuer bekommen die US-Bourgeois jährlich ca. 8 Mrd. \$ für die Entwicklung „alternativer Energien“ in den Rachen geworfen, vor allem für Kohlesynthetisierung. Um den US-Imperialisten eine stärkere Stellung auf dem Welt-Energiemarkt zu verschaffen, soll mit staatlicher Hilfe der US-Kohleexport (1979 60 Mio. t) um min-

destens 100 Mio. t gesteigert werden.

Die Kritik Reagans an Carters „Bewormung“ zielt auf vier Punkte. Erstens soll die „Windfall-Profit“-Steuer abgeschafft werden. Dafür könne und müsse zweitens die Regierung die Preiskontrollen auf Öl und Gas sofort und vollständig aufheben. Drittens sollen die „öffentlichen“ Ländereien, auch die Reservate der Indianer und Inuit, rascher und vollständig für die Energiegewinnung freigegeben werden. Auf diesen Ländereien befindet sich ein großer Teil der US-Energiereserven. So lagern allein im Bundesstaat Utah fast alle US-Ölsandvorräte – ca. 4 Mrd. Tonnen Öl – auf Bundesland. Die Kapitalisten fordern schon lange

profitablere Pachtbedingungen für dieses Land. Auf über 40 Mio. Hektar Bundesland in Alaska – fast alles ehemaliges Indianer- und Inuitland – dürfen die US-Ölmonopole bis zum Abschluß einer „Energiestudie“ in fünf Jahren nichts fördern. Viertens sollen alle Umweltschutzvorschriften für Kraftwerke, Kohletagebau etc. gelockert werden.

Zweck des Ganzen: kaltlächelnde Plünderung der Volksmassen durch die Energiemonopole mit solcher Wucht, daß die staatlichen Verbrauchskontrollen gelockert werden können, während die US-Bourgeoisie, angestachelt durch die steigenden Profite, sich zum „Energieexporteur“ mausern kann.

Bischöfe

Synode zur „christlichen Familie“: Staatsanwalt und Beichtstuhl



Für den 12.10. hat der Papst zu einem weltweiten Gebetstag für die derzeit im Vatikan tagende Bischofssynode zum Thema „Die christliche Familie in der modernen Welt“ aufgerufen. Die Synode soll „aufzeigen, was es heißt, Christus im Ehe- und Familienleben nachzufolgen“. In der katholischen Soziallehre taucht die Familie regelmäßig nur als besonders schlagendes Argument zur Rechtfertigung des Privateigentums auf. „Die Natur selbst (hat) das Privateigentum mit dem Bestand der menschlichen Gesellschaft und ihrer wahren Kultur innerlich verbunden, mit dem Bestand und der Entwicklung der Familie.“ Warum? „Wie soll er (der Familienvater) aber jenen Pflichten gegen die Kinder nachkommen können, wenn er ihnen nicht einen Besitz, welcher fruchtet, als Erbe hinterlassen darf?“

Tatsächlich können die Proletarier ihren Kindern nichts hinterlassen, erst recht kein Kapital, „welches fruchtet“. Daß die Lohnarbeiter keine Produktionsmittel haben und daher

auch im Familienverband nichts produzieren können, hat dem Sakrament der Ehe einen empfindlichen und auf die Dauer tödlichen Schlag versetzt. Im Einleitungsreferat des Münchner Kardinals Ratzinger hört sich das Problem so an: Die freien und wechselnden Beziehungen entsprächen dem Zustand des unbeständigen Lebens des Menschen in einer sich dauernd ändernden Welt.

Weil nicht sein kann, was nach Gottes Gebot nicht sein darf, haben die Pfaffen einen neuen Dreh. „Die Familie muß gegen die ungerechtfertigten Usurpationen ihrer Rechte durch den Staat geschützt werden.“ Daß die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben der Reproduktion wie Kindererziehung oder Krankenversorgung als bürokratische Unterwerfung dieser Aufgaben unter den Unterdrückungsapparat des bürgerlichen Staates stattfindet, dient der christlichen Demagogie zum Ansatzpunkt. Nicht die bürgerlichen Fesseln der Vergesellschaftung von Produktion und Reproduk-

tion seien schlimm, sondern die Vergesellschaftung selbst.

Nun kann freilich selbst die geballte geistliche Kraft von 216 Bischöfen und einem Heiligen Vater die Menschheit nicht ins Mittelalter zurückversetzen. Das ist auch nicht beabsichtigt. Bei näherer Betrachtung stellt sich der „Schutz der Familie vor Usurpationen ihrer Rechte“ erstens als „Schutz“ der Versicherungskassen vor Inanspruchnahme ihrer Leistungen durch die Versicherten heraus. „Der Staat darf sich nicht in die Funktionen einmischen, die die Familie erledigen kann (Subsidiaritätsprinzip).“ Eine äußerst kostendämpfende Theologie ist das. Zweitens entpuppen sich die Rechte der Familie gegenüber der Schule als das sattem bekannte „Elternrecht“. Dies besteht in dem Recht der katholischen Kirche, Konfessionsschulen zu unterhalten bzw. zu kontrollieren, und in dem „Recht“ der katholischen Eltern, alsdann ihre Kinder dorthin zu schicken.

Da nimmt es nicht wunder, daß von dem ganzen Streit über den Wahl-Hirtenbrief der westdeutschen Bischöfe das einzige dauerhafte Resultat ein feierliches Bekenntnis der staatstragenden Parteien zur Beibehaltung der – Kirchensteuer ist.

Ausdrücklich soll auf der Synode die Verurteilung solcher „abscheulichen Praktiken“ wie Scheidung, Abtreibung, Homosexualität, Empfängnisverhütung „usw.“ bekräftigt werden. Allenhalben werden jetzt Kampagnen für Verschärfung des Abtreibungsverbots angeleiert, in Italien durch Seine Heiligkeit persönlich. Auf daß die Staatsanwaltschaft der „Seelsorge“ unter die Arme greife.

Einige Auseinandersetzungen scheint es im Bischofskorps darum zu geben, wie rigoros in der Frage der Empfängnisverhütung verfahren werden soll. Die US-Bischöfe haben mitgeteilt, daß in den USA 76,5% der katholischen Frauen „künstliche Methoden der Empfängnisverhütung“ anwenden und nur 26% der Priester das für unmoralisch halten. Der stramme Kurienkardinal Felici hat auf diese Verwechslung des „Sittengesetzes“ mit den Ergebnissen von Meinungsumfragen erwidert: „Für mich ist dieses Dokument (die Pillenzyklika *Humanae Vitae*) abgeschlossen, es gibt keinen Grund, darüber erneut zu diskutieren. Man soll den Statistiken nicht glauben, da Statistiken nichts aussagen.“ Selbst nach den genannten Daten würden sich immerhin 23,5% in diesem Punkt nicht versündigen, was eine stolze Zahl ist. Vor allem aber: Je mehr Sünden je sicherer begangen werden, desto infamer können die Beichtväter mit dem reichen Schatz der Gnadenmittel, den sie zu verwalten haben, drohen und locken.

Die USA bereiten den Waffengang mit der Sowjetunion vor, Schmidt treibt Westeuropa zusammen

Gut drei Jahre lang hatten die USA das Projekt „Modernisierung der NATO-Nuklearstreitkräfte in Europa“ in der Nuklearen Planungsgruppe des Paktes vorkochen lassen. Am 12. Dezember letzten Jahres dann faßten die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten auf einer Sondersitzung den verlangten Beschluß: Von 1983 an bis 1988 werden die USA demnach 572 nukleare Mittelstreckenraketen in Europa stationieren, 108 ballistische Hyperschall-Flugkörper vom Typ Pershing II und 464 Tomahawk-Marschflugkörper (cruise missile). Alle 108 Pershing II werden in der BRD disloziert, weiter-

hin 96 Marschflugkörper, die übrigen in Großbritannien (160) und Italien (112); Belgien und die Niederlande sollen die Stationierung von je 48 Marschflugkörpern übernehmen. Gleichzeitig ziehen die USA 1000 der derzeit 7000 in Europa gelagerten nuklearen Gefechtsköpfe ab.

Als „Nachrüstungs“beschluß haben die Bourgeoispolitiker den NATO-Beschluß in der Öffentlichkeit plazierte. Der Name täuscht. Zwar trifft zu, daß die UdSSR mit ihren hochmodernen Mittelstreckensystemen großer Reichweite operative wie strategische Ziele überall in Europa treffen kann, wäh-

rend sich die NATO durch das Mittelstreckenraketenaufrüstungsprogramm erst in die Lage versetzt, von Europa aus entsprechende Angriffe auf das Staatsgebiet der UdSSR vorzutragen zu können. — Als Begründung für die „Nachrüstung“ hält insbesondere die 1977 in Dienst genommene SS-20-Rakete der Sozialimperialisten her, die 6000 km weit trägt und über Mehrfachgefechtsköpfe mit jeweils unabhängiger Zielplanung und großer Sprengkraft verfügt. Aber nicht erst mit der SS-20 ist die Sowjetunion zu nuklearen Angriffen auf Europa gerüstet; und mit der Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen will die NATO dann auch nicht einfach nur „gleichziehen“.

Praktisch läuten die USA die Vorberейungsrunde für den Waffengang mit dem Rivalen ein. Selbst sind sie mit den Interkontinental-Raketen schon lange imstande, strategische Ziele in der UdSSR zu treffen. Jedoch nur bei vollem Risiko des strategischen Gegenschlages, d.h. der Gefährdung ihres eigenen Staatsgebietes. War indes das Risiko des interkontinentalen strategischen Schlagabtausches zwischen den beiden Supermächten nie besonders hoch, so entfällt es mit der Stationierung der modernen Mittelstreckenraketen in Europa fast vollständig. Die US-Supermacht kalkuliert, den Rivalen um die Weltherrschaft auf lange Sicht ausschalten und gleichzeitig die lästigen Konkurrenten im eigenen Bündnis im Kontinentalkrieg verheizen zu können.

Heute bereits verfügen die BRD, Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Italien, Griechenland und die Türkei sowie die US-Truppen in Europa im Rahmen der NATO über rund 300 taktische Nuklearraketen (zusätzlich zu den ca. 1000 nuklearfähigen taktischen Kampfflugzeugen). Aber zwei Drittel dieser Trägersysteme sind Gefechtsfeldwaffen mit Reichweiten von unter 160 km, großteils sogar unter 15 km. Auch das übrige Drittel wird kaum Ziele auf dem Staatsgebiet der UdSSR erreichen; die Reichweite der Pershing Ia-Raketen, mit denen die Bundeswehr ausgerüstet ist und die bislang noch die schlagkräftigste bodengestützte Mittelstreckenrakete der NATO in Europa ist, beträgt 740 km. Einen ausreichend großen Aktionsradius haben, die US- und britischen unterseebootgestützten Nuklearraketen einmal außer Acht gelassen, nur die 150 in Großbritannien stationierten nuklear-

8

Aufruf der Bundesregierung

Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt

Sicherung des Weltfriedens und damit Sicherheit und Freiheit für unser Volk - Das sind die obersten Ziele der Politik der Bundesregierung.

Gerade der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens hat ein gewissenlos entfesselter Krieg, der Zweite Weltkrieg, schwerste Verluste gebracht. Vor der Wiederholung einer solchen Katastrophe müssen wir uns schützen. Die NATO, der die Bundesrepublik seit 1955 angehört, hat uns bisher Frieden, Freiheit und Sicherheit erhalten. Dieses weltweite Bündnis darf nicht zerstört werden. Schon längst verfügen sowjetische Divisionen — mehr als zwanzig stehen allein in der Sowjetzone — über taktische Atomwaffen.

Nicht falsche Propheten sollen über unsere Lebensfragen entscheiden!

Wahre Friedenspolitik darf nur realistische Politik sein.

Die Bundesregierung stellt fest:

1. Der Nordatlantikpakt ist ein Verteidigungsbündnis.
2. Es geht bei allen Anstrengungen der NATO nur um eins: die Erhaltung des Friedens.
3. Wer die NATO einseitig schwächt, gefährdet Frieden und Freiheit.
4. Atomare Mittel- oder Langstreckenraketen der NATO werden weder an Rhein und Ruhr noch sonstwo in der Bundesrepublik stationiert.
5. Die Bundesregierung hat wiederholt feierlich erklärt, daß sie jedem Abkommen der Großmächte über eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung von vornherein vorbehaltlos zustimmt.

Nicht Wehrlosigkeit sichert den Frieden! Nicht nur der Atomkrieg, sondern jeder Krieg muß verhindert werden.

Daher fordert die Bundesregierung:

Allgemeine, kontrollierte Abrüstung der konventionellen und atomaren Streitkräfte

Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt.

DIE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG



Dr. Adenauer
Bundeskanzler

Prof. Dr. Erhard
Bundesminister für Wirtschaft und
Stellvertreter des Bundeskanzlers

Dr. von Brentano
Bundesminister
des Auswärtigen

Dr. Schröder
Bundesminister
des Innern

Schäffer
Bundesminister
der Justiz

Eitel
Bundesminister
der Finanzen

Dr. h. c. Lübke
Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Blank
Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung

Dr. h. c. Strauß
Bundesminister
für Verteidigung

Dr. Seehofer
Bundesminister
für Verkehr

Stücklen
Bundesminister für das
Post- und Fernmeldewesen

Lücke
Bundesminister
für Wohnungswesen

Prof. Dr. Oberländer
Bundesminister für Vertriebene,
Flüchtlinge und Kriegsgescheandigte

Lemmer
Bundesminister
für gesundheitliche Fragen

Dr. von Markts
Bundesminister für Angelegenheiten
des Bundesrats und der Länder

Dr. Wuermeling
Bundesminister
für Familien- und Jugendfragen

Prof. Dr. Baake
Bundesminister für Atomkern-
energie und Wasserwirtschaft

Dr. Lindrath
Bundesminister für Wirtschaft,
Beruf und Handel

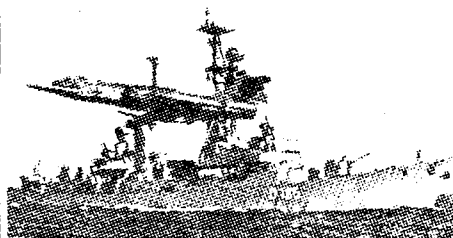
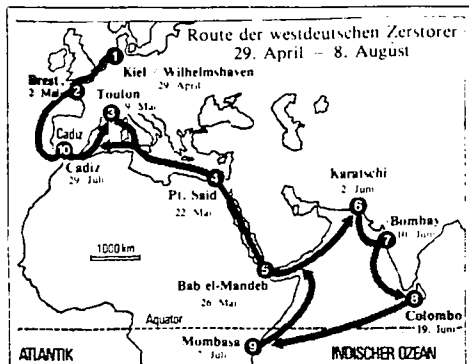
Aufruf der Bundesregierung an die Bevölkerung, veröffentlicht im Bulletin vom 4. Juli 1988 und durch Plakatanschlag.

bestückten F-111-Kampfflugzeuge der USA (1800 km) und die 56 britischen Vulcan-Bomber (2000 km). Bei der entwickelten Luftabwehr der Sowjetunion ist ihre Wirkung jedoch begrenzt, auch können die Flugzeugbasen im Kriegsfall leichter vernichtet werden als die beweglichen Abschussrampen der modernen Mittelstreckenraketen.

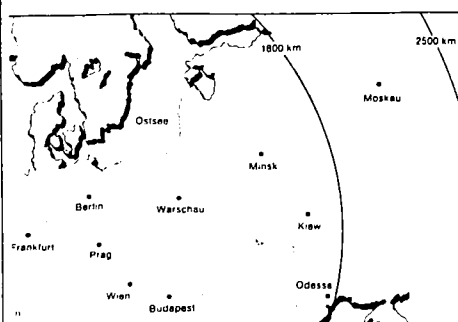
Gegenüber der bisherigen taktischen Nuklearbewaffnung der NATO in Europa sind diese tatsächlich von anderer Qualität. Die Pershing II, die im übrigen dieselben Anlagen wie ihr Vorgänger Ia benutzen kann, hat einen Aktionsradius von 1800 km. Noch größere Reichweite, nämlich bis zu 2500 km, erreichen die Tomahawk-Marschflugkörper; mit ihnen können die US-Imperialisten in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion bis einige hundert Kilometer hinter Moskau beliebige strategische und operative Ziele treffen. Nach Behebung zahlreicher Schwächen früherer Marschflugkörper – der erste und einfachste war die von den deutschen Imperialisten im zweiten Weltkrieg gegen Großbritannien eingesetzte V-1 – bieten die cruise missiles den USA mehrere Vorteile: Sie sind mit Turbotriebwerken mit geringem Treibstoffverbrauch ausgerüstet, daher ihre großen Reichweiten bei kleinem Gewicht, sowie mit mikroelektronischen Lenksystemen, die bei einer Abweichung von nur 30 m extrem hohe Treffgenauigkeit ermöglichen. Da sie 30 m tief fliegen können und aufgrund ihres geringen Radar-Reflexionsvermögens auf dem Radarschirm nur sehr schwer zu erkennen sind, können sie die Luftabwehr weit leichter durchdringen als etwa die F-111-Kampfflugzeuge. Vergnügt konstatieren die US-Imperialisten, daß die gesamte, kürzlich noch modernisierte Luftabwehr der UdSSR gegen die cruise missile noch kein Mittel hat. Überdies sind die Kosten der Tomahawks mit 2,6 Mio. \$ pro Stück verhältnismäßig gering.

Die behauptete Überlegenheit der Sozialimperialisten und ihres Warschauer Paktes auf konventionellem Gebiet besteht im wesentlichen in ihrer Fähigkeit, große Verbände in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion und in Osteuropa zusammenzuziehen und sie rasch durch Polen und die DDR hindurch nach Mitteleuropa zu führen, während sie gleichzeitig mit ihren Mittelstreckenraketen und Backfire-Bombern die Heranführung und Aufstellung von Reserven der NATO bedrohen.

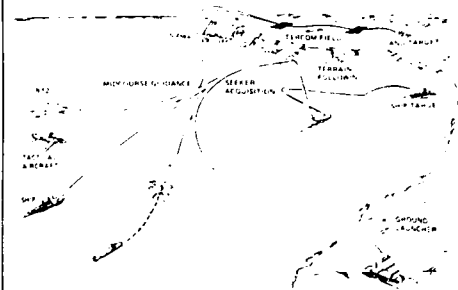
Jetzt stellen ihrerseits die USA die Mittel bereit, die Aufstellung der sozialimperialistischen Stoßverbände weit in deren Hinterland zu verhindern. Zumindest ist die Gefahr der frühen Ver-



1980 führten erstmals zwei westdeutsche Kriegsschiffe zu Manövern in den Indischen Ozean.



Die Marschflugkörper (2500 km Reichweite) erreichen von der BRD aus fast den Ural, die Pershing II (1800 km) die Ukraine.



Einsatzmöglichkeiten der Marschflugkörper (cruise missiles).

Seerouten „Maritime Interessen

Die westlichen Imperialisten sind auf die Verbindungslinien der Weltwirtschaft angewiesen, die Sozialimperialisten dagegen kaum. Ein Seekrieg der UdSSR würde die westlichen Imperialisten, in der Hauptsache aber die westeuropäischen Imperialisten, strategisch treffen. Die UdSSR könnte die Verbindungen Europas zum nordamerikanischen Kontinent im Nordatlantik und die nach Afrika und zum Nahen Osten erheblich stören und die Schlagkraft der westeuropäischen Imperialisten entscheidend schwächen. Für die BRD-Imperialisten ist daher die Verstärkung ihrer Kriegsflotte zwingend:

„Probleme der Versorgungssicherung: 1. Sicherung der normalen Rohstoffimporte, darunter a) Verhinderung eines kritischen Anteils des Warschauer Paktes an den Importen, b) Sicherung der Rohstoffquellen in der Dritten Welt, c) Sicherung des Seetransports ... Zur Lösung der unter Ziffer 1 genannten Probleme (Sicherung der normalen Rohstoffimporte) ist die BRD auf die Solidarität der in gleicher Interessenlage befindlichen Vertrags- und Bündnispartner angewiesen, allein ist sie zu schwach – jedoch aus höchst eigenem Sicherheitsinteresse zu einem angemessenen eigenen Beitrag gefordert. Methoden und Maßnahmen wären ... wesentliche Erhöhung des Beitrags zur maritimen Verteidigung (und damit auch zur Sicherung der Rohstoffimporte aus Übersee). – In Anbetracht der großen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit sind die lebens- und verteidigungswichtigen maritimen Interessen der BRD wesentlich größer als die des Deutschen Reiches vor 1945 ...“ (H. Gierschke, Europäische Wehrkunde 3/75)

Die Ausweitung des NATO-Operationsgebietes über den Wendekreis des Krebses hinaus (gestrichelte Linie auf

nichtung dieser Verbände für die UdSSR erheblich gewachsen und in gleichem Maße ihre Fähigkeit zu Überumpelungserfolgen vermindert. Gleichzeitig bedrohen die Pershing II und cruise missiles die Nachschubwege des Warschauer Paktes, und zwar bereits auf dem Staatsgebiet der Sowjetunion.

Der Warschauer Pakt verliert, soweit er sie überhaupt besitzt, seine konventionelle Überlegenheit. Die Sozialimperialisten wären gezwungen, statt mit großen Panzerverbänden schnell in der Mitte vorstoßen zu können, mit verhältnismäßig kleinen Verbänden auf der ganzen Breite der mög-

lichen Front zu operieren. Ein solcher Angriff wäre zwangsläufig mit hohen Verlusten verbunden, und insbesondere würden die verbündeten Truppen der osteuropäischen Pakt-Staaten schwere Verluste erleiden. Die NATO-Militärstrategen gehen jedenfalls kühl davon aus, daß, wenn es gelingt, die laufende Verstärkung und Unterstützung der Warschauer Pakt-Truppen durch aus Osten, vor allem Westrußland heranrückende Streitkräfte der „zweiten und dritten Welle“ zu unterbinden, die „erste Welle“ von den NATO-Streitkräften isoliert und vernichtet werden könne. Von den Divisionen der Sowjetunion sind 31 in der

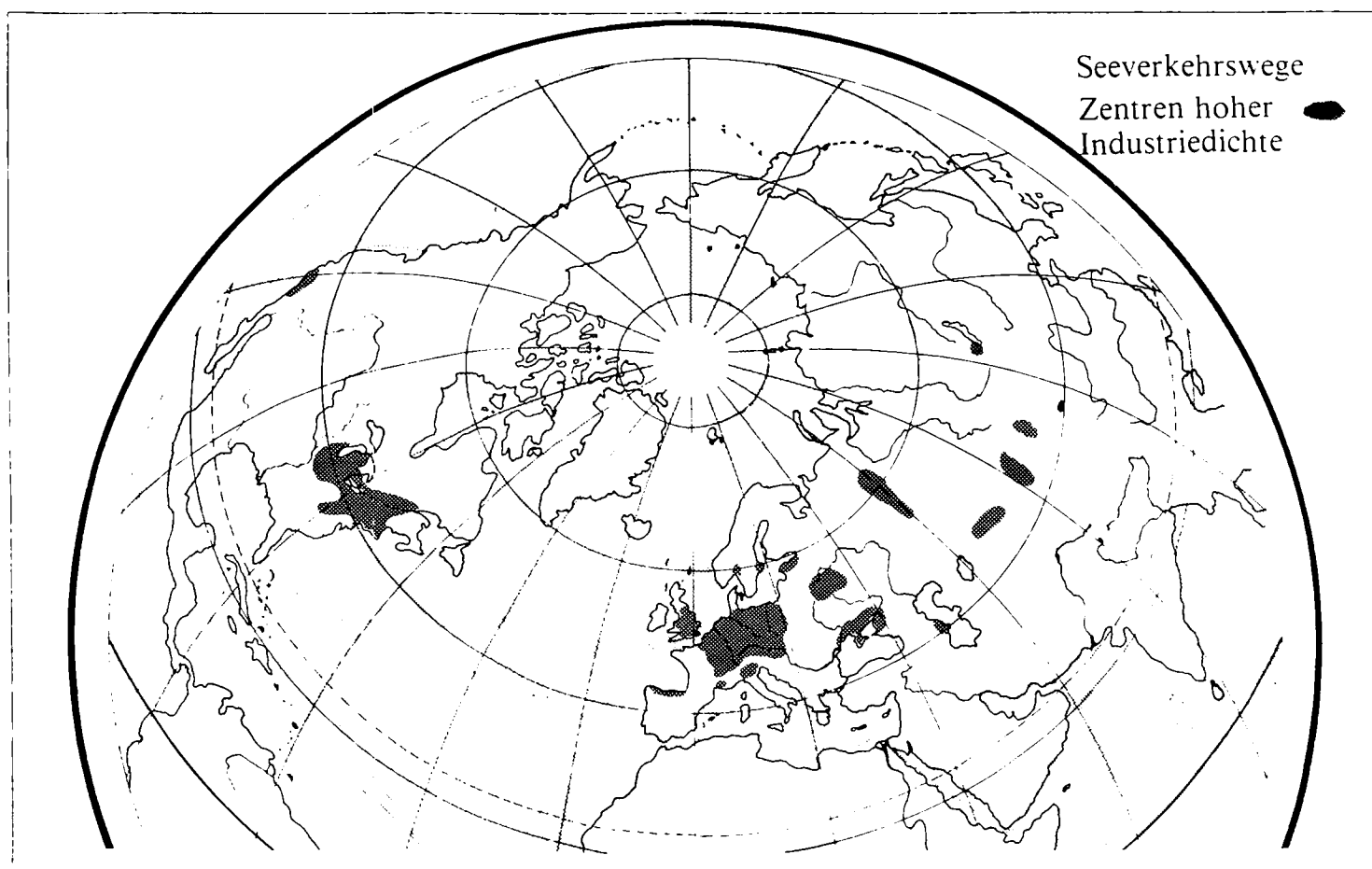
der BRD wesentlich größer als die des Deutschen Reichs vor 1945 ...“

der Karte) wird erwogen, um den Seeweg um das Kap gegen den Seekrieg der UdSSR zu schützen und den Ländern der Dritten Welt zu drohen. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie sieht dabei die Chance, endlich Flagge auf allen Weltmeeren zu zeigen und ihr Gewicht im Bündnis weiter zu erhöhen. Leisler Kiep erklärte kürzlich, daß die „Interessen Europas und der Bundesrepublik ... auch im extremen Fall die Bereitschaft beinhalten müssen, deutsche Marineeinheiten im Südatlantik oder am Kap einzusetzen“. (Spiegel, 28. Juni 1980)

Aber als *strategische* Antwort auf ei-

nen Seekrieg seitens der UdSSR, der auf die Lähmung der Produktionskapazitäten vor allem Westeuropas zielt, hatten die westlichen Imperialisten bislang nur die strategischen Bomber, die Interkontinentalraketen und die U-Boot-Raketenwaffe der USA. Derartige Atomschläge der USA gegen die Produktionskapazitäten der UdSSR würden einen Gegenschlag gegen die USA herausfordern. Mit den Mittelstreckenraketen können die USA die UdSSR strategisch treffen, ohne ihr gesamtes Staatsgebiet einem Gegenschlag auszusetzen. Hauptsächlich fällt die Haftung für einen Mittelstreckenrake-

tenschlag gegen die UdSSR auf die westeuropäischen Imperialisten, die Hauptbetroffenen von einem Seekrieg der UdSSR. Die BRD-Imperialisten gehen das hohe Risiko ein in der Kalkulation, daß wegen der Mittelstreckenraketen ein Angriff der UdSSR sich eher gegen die Flanken Europas richtet, daß der Gegenschlag der UdSSR zunächst die rückwärtigen Nachschubstellungen trifft (z.B. Rotterdam – Antwerpen) und daß ein Schlag mit Mittelstreckenraketen gegen die Aufmarschstellungen und Produktionspotentiale der UdSSR den Weg nach Osten öffnet.



DDR, der CSSR, Polen und Ungarn stationiert. 64 stehen in den Militärbezirken Baltikum, Weißrußland, Karpaten, Kiew, Leningrad, Moskau und Odessa. Für die Sozialimperialisten jedenfalls, deren militärische Erfolgsaussichten stark von der Möglichkeit der Überrumpelung abhängen, wächst nicht nur das Risiko der Niederlage, sondern auch das Ausmaß der möglichen Niederlage.

Die Behauptung, es diene die NATO-Mittelstreckenraketaufrüstung der „Abschreckung“ und also dem Frieden, gehört zum Standard-Verdunkelungsrepertoire aller Bourgeoispolitiker, die sich für den Beschluß

stark gemacht haben. Das Gegenteil ist der Fall. Wer wollte schon annehmen, daß die USA die Möglichkeit, den Expansionsdrang ihres größten Rivalen nachhaltig und spürbar zu dämpfen, ungenutzt lassen? Und wer wollte annehmen, daß die Sowjetunion in dieser Aussicht tatenlos verharrt? Sie hat den NATO-Aufrüstungsbeschluß mit ihrem Einmarsch in Afghanistan beantwortet, wo ihre Truppen seither praktische Kampfverfahren sammeln. Sie wird so aufzurüsten versuchen, daß sie Mitteleuropa von der Süd- und der Nordflanke der NATO her angreifen kann.

Und sie wird zweifellos jeden Ein-

satz nuklearer Mittelstreckenraketen gegen ihr Staatsgebiet von Mitteleuropa aus mit Raketenbeschuß mitteleuropäischer Ziele, zuallererst der Nordsee- und Atlantikhäfen, über die die Masse des Nachschubs aus den USA, Kanada und Großbritannien rollt, beantworten.

Mit weitreichenden Folgen haben sich die westeuropäischen Finanzbourgeois mit ihrer Zustimmung zum Stationierungsbeschluß dem Kalkül der USA unterworfen. Die nuklearen Mittelstreckenraketen werden auf europäischem Territorium stationiert; sie bleiben in der ausschließlichen Verfügungsgewalt der USA. Nur der US-

Entschliefungen des 13. o. Gewerkschaftstages der IG Metall: 3. Entspannung und Abrüstung

Ausgehend von den Grundsätzen der internationalen Gewerkschaftsbewegung fordert der 13. ordentliche Gewerkschaftstag erneut zu einer Politik der Entspannung und Abrüstung auf. Die Aufrechterhaltung des Friedens hat für die Arbeitnehmer absoluten Vorrang. Trotz aller ideologischen Gegensätze in der Welt gibt es keine Alternative zu einer Politik der Entspannung und des friedlichen Neben- und Miteinanders der Völker. Im letzten Jahrzehnt sind in wesentlichen Bereichen Erfolge beim Übergang von der Konfrontation zur Kooperation erzielt worden.

Die vertrauensbildende Atmosphäre in den Ost-West-Beziehungen wurde jedoch durch den militärischen Einmarsch der Sowjetunion in den blockfreien Staat Afghanistan nachhaltig gestört. Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt diese militärische Aggression der Sowjetunion, er fordert den vollständigen Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und hofft, daß die UdSSR zur Entspannungspolitik zurückkehrt.

Die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens durch den amerikanischen Kongreß ist eine Voraussetzung für die Fortführung der Verhandlungen zwischen den Großmächten über eine wirksame Reduzierung der strategischen Waffen (SALT III). Die derzeit jährlich auf 500 Milliarden Dollar gestiegenen weltweiten Rüstungsausgaben müssen dringend durch internationale Vereinbarungen gesenkt werden.

Entspannung und Abrüstung kann nicht ohne oder gegen eines der großen weltpolitischen Lager erreicht werden. Deshalb wendet sich der 13. ordentliche Gewerkschaftstag auch und gerade in der derzeitigen Lage gegen eine Politik des kalten Krieges.

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung West-Europas mit Mittelstrecken-Raketen. Er hält Abrüstung und Entspannung als Grundvoraussetzung für eine, die Arbeitnehmer überzeugende Reformpolitik. Er fordert alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf, sich für die Sicherung des Friedens durch eine Politik der Entspannung einzusetzen.

Eine europäische und internationale Friedensordnung muß das Lebensrecht aller Nationen, deren Selbstbestimmung und die Unverletzlichkeit der Grenzen respektieren. Der Gewerkschaftstag ist sich bewußt, daß für die an der Nahtstelle der Bündnissysteme gelegene und exponierte Bundesrepublik Deutschland die Perspektive des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung ganz besonderes Gewicht hat.

Auf diesem Wege war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein Meilenstein, der den Erwartungen der Gewerkschaftsbewegung entsprach. Sie ist der umfassendste Kooperationsversuch zwischen Ost und West, den es seit Ende des zweiten Weltkrieges in Europa gegeben hat. Dies gilt von den drei Hauptbereichen der Schlußakte gleichermaßen, nämlich in den Fragen der Sicherheit, der Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft und Wissenschaft sowie in humanitären und anderen Bereichen. Die IG Metall fordert die beteiligten Länder auf, in der bevorstehenden Nachfolgekonzferenz diese Politik wirksam fortzusetzen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Entspannungspolitik ist die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Trotz Belastungen von seiten der DDR ist die Bilanz der bisherigen Bemühungen zur Verwirklichung des Grundlagenvertrages insgesamt positiv. Die IG Metall hat die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition von Anfang an unterstützt und bekennt sich ungeachtet aller Schwierigkeiten erneut zur Fortführung der innerdeutschen Entspannungspolitik.

Der Gewerkschaftstag erwartet von der Bundesregierung, daß sie auch künftig alle Möglichkeiten der Entspannungspolitik ausschöpft und alle Möglichkeiten, zu Abrüstungsvereinbarungen zu gelangen, nutzen wird. Sie muß mit gebotener Zähigkeit und Umsicht an den internationalen Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung (MBFR) durch eigene Initiativen aktiv mitwirken. Rüstungspolitische Alleingänge der Militärbündnisse oder einzelner Bündnisstaaten müssen unbedingt vermieden werden.

Der Gewerkschaftstag verurteilt deshalb die neuesten rüstungstechnologischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, die die Führung eines begrenzten Atomkrieges ermöglichen.

Die Sowjetunion wird aufgefordert, die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die NATO ihren Nachrüstungsbeschluß annullieren kann. Unabhängig davon fordert der Gewerkschaftstag die Bundesregierung auf, zusammen mit den westlichen Bündnispartnern eine nicht an Bedingungen geknüpfte Verhandlungsbereitschaft zu zeigen.

Der Gewerkschaftstag bekräftigt die ablehnende Haltung der IG Metall gegenüber der Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte. Die Bundesregierung wird aufgefordert, weiterhin keine militärischen Güter in Spannungsgebiete zu liefern. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Rüstungsproduktion auf Dauer keine Beschäftigungssicherheit bietet. Das Vollbeschäftigungsziel ist kein Hinderungsgrund für Abrüstungspolitik.

Der Gewerkschaftstag fordert, daß alle beteiligten Regierungen sich für die Sicherung des Friedens, für Entspannung und für Abrüstung bei den entsprechenden internationalen Verhandlungen einsetzen.

Aus: Der Gewerkschafter, September 1980, Sonderdruck

Präsident kann die Raketen zum Einsatz freigeben, gegebenenfalls auch der Oberste Alliierte Befehlshaber Europa SACEUR, der zwar in dieser Eigenschaft formell dem NATO-Verteidigungsplanungsausschuß und darüber dem NATO-Bündnis verantwortlich, als gleichzeitiger Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa aber direkt dem US-Präsidenten unterstellt ist.

Zwar hat der britische Verteidigungsminister Pym Anfang 1980 lautstark erklärt, niemals werde eine der in Großbritannien stationierten Marschflugkörper ohne Zustimmung der britischen Regierung abgeschossen werden können. Der NATO-Pressesprecher beim Hauptquartier in Brüssel hat jedoch, auf unsere Nachfrage, Pym ausdrücklich dementiert und jeden Veto-Anspruch der europäischen Stationierungsländer weit von sich gewiesen.

Mit anderen Worten: Mit der Zustimmung zur Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium, die sie auch noch mit 300 Mio. \$ bezahlen müssen (Gesamtkosten des Beschlusses: 6 Mrd. \$) geben die westeuropäischen Finanzbourgeois Souveränitätsrechte preis und übernehmen die volle Haftung für die Folgen. Sie ermuntern die US-Supermacht zum Krieg, dessen Schlachtfeld Europa sein wird, und liefern gleichzeitig der sozialimperialistischen Supermacht den möglichen Kriegsvorwand.

Ausgerechnet der deutsche Schmidt, Weltkrieg-II-Leutnant, kann das Verdienst auf seine Brust heften, den NATO-Beschluß unter den europäischen Bündnismitgliedern und damit überhaupt durchgesetzt zu haben.

Anfang 1975 bereits deutet das US-Verteidigungsministerium in seinem Jahresbericht für 1976/77 das Interesse der BRD an der Teilnahme bei „Entwicklung und Stationierung“ der Pershing II an. Am 28.10.1977, mehrere US-Dokumente vermerken es ausdrücklich, fordert der Kanzler in London als „erster europäischer Führer“ recht deutlich die Mittelstreckenraketenaufrüstung: „Durch SALT neutralisieren sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion. Damit wächst in Europa die Bedeutung der Disparitäten auf nukleartaktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West ... Die Allianz muß bereit sein, für die gültige Strategie ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen ...“ – Zu dieser Zeit hatten schon längst die Verteidigungsminister der USA, der BRD und Großbritanniens einen „privaten Meinungsaustausch“ (US-Wireless File, 7.12.1979) über die Stationierung von Pershing II und Tomahawk-Marschflugkörpern aufgenommen.

Während die Vorbereitungen für den Mittelstreckenraketenbeschluß al-



US-Soldaten bewachen US-Atomsprengköpfe in der Pfalz

so schon mit voller Kraft, wenngleich in exklusivem Kreis, angelaufen sind, verhandelt die Nukleare Planungsgruppe der NATO offiziell noch über die Einführung der Neutronenwaffe und überschütteten Carter & Co. die Öffentlichkeit mit der „Neutronenbombendiskussion“. Nicht ganz erfolglos. Der Widerstand gegen die Neutronenbombe war bis tief in alle westeuropäischen Sozialdemokratien, so auch die SPD, hinein überaus heftig. Demgegenüber hatte Schmidt auf dem SPD-Parteitag im November 1979 relativ wenig Mühe, den Widerstand gegen die Stationierung der Pershing II und Marschflugkörper zu brechen. Bereits in den Auseinandersetzungen 1977/78 hat die westdeutsche Bundesregierung den widerlichen Part des europäischen Schäferhundes übernommen. Am 4. April 1978 informierte Carter den angereisten Genscher über seine – drei Tage später verkündete – Entscheidung, die Produktion der Neutronenwaffe auf unbestimmte Zeit zu ver-

schieben. Genscher hatte daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als, mit Blick auf die ja schon betriebene Mittelstreckenraketenstationierung, zum ersten Mal öffentlich die Zustimmung der BRD zur Produktion der Neutronenwaffe zu erklären. Inzwischen hat Carter, fast in aller Stille, die Produktion der Neutronenwaffe übrigens freigegeben.

Als die Carter-Regierung im Frühjahr 1979 offiziell die Entscheidung für die Mittelstreckenraketenaufrüstung der NATO traf – halbamtliche US-Darstellung: „Die Schmidt-Rede (1977 in London; Red.) stachelte die Carter-Administration zur Tätigkeit an.“ (US-Wireless File, 9.9.80) –, hatte Schmidt jedenfalls die meisten europäischen NATO-Mitglieder, vor allem das anfangs zögernde Italien, zur Zustimmung getrieben. Belgien, das zwar allgemein dem Beschluß zugestimmt hat, sich auf die Stationierung im eigenen Land bis Ende 1981 aber nicht festlegen will, und die Niederlande, die

sich ihre Entscheidung bis ebenfalls Ende 1981 vorbehalten, allerdings nicht. Beide Länder wären v.a. aufgrund ihrer großen Häfen die ersten, die unter den Nuklearbeschuß der Sozialimperialisten gerieten, und bereits wenige Angriffe würden die hochzentralisierten Produktionskapazitäten der geographisch kleinen Länder vernichten. Ihr anhaltender Widerstand veranlaßte den Kanzler, kaum von seiner Moskau-Reise im Juni dieses Jahres zurückgekehrt, zu der drohenden Aufforderung: Für weiteres Gezaudere sei nun, da Er die UdSSR zu Verhandlungsbereitschaft bewegt habe, wirklich kein Grund mehr.

1958 hatte die Adenauer-Regierung, unter dem Druck einer starken Bewegung gegen die atomare Aufrüstung der BRD, in einem feierlichen Aufruf, unterschrieben von allen Ministern, erklärt: „Atomare Mittel- und Langstreckenraketen der NATO werden weder an Rhein und Ruhr noch sonstwo in der Bundesrepublik stationiert.“ Das war – zumindest halbwegs – gelungen. Wenige Wochen zuvor nämlich hatte dieselbe Bundesregierung die Aufrüstung der Bundeswehr mit taktischen Trägersystemen von Reichweiten bis zu ca. 200 km beschlossen. 1959 dann wurde die Bundeswehr mit Matador-, Nike Ajax-, Nike Hercules- und Honest John-Raketen ausgestattet. Die ehrgeizigen Absichten hatte Adenauer schon 1957 in der „Welt“ so dargelegt: „Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, daß unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen. Die großen Waffen haben wir ja nicht. Aber wie sehr die Entwicklung im Fluß ist, sehen Sie daraus, daß Großbritannien erklärt hat, es wolle eine nukleare Macht werden.“ – Zu diesem Zeitpunkt hatten die US-Imperialisten, die in Großbritannien, Italien und der Türkei nukleare Langstreckenraketen stationiert hatten, die sie Mitte der 60er Jahre aufgrund der Entwicklung der Interkontinentalraketen wieder abzogen, bereits atomare Sprengköpfe in der BRD gelagert.

Schmidt rundet, nachdem ein Anlauf der BRD Anfang der 60er Jahre, selbst „Atommacht“ zu werden, vor allem am Widerstand der imperialistischen Konkurrenten in Europa gescheitert war, in würdiger Nachfolge Adenauers den Bruch der öffentlichen Verpflichtung, niemals nukleare Mittel- oder Langstreckenraketen in der BRD zu stationieren, vollends ab: Erst unter seiner Regierung werden wirklich Mittelstreckenraketen, und nicht nur nukleare Gefechtsfeldwaffen, auf westdeutschem Territorium stationiert.



1958: DGB-Demonstration gegen die atomare Aufrüstung der BRD

VW Südafrika: Streik gegen Niedrigstlöhne

Je mehr Kapital die westdeutsche Bourgeoisie im Ausland anlegt, desto öfter führen die Arbeiter in zahlreichen Ländern der Welt Kämpfe gegen elende Niedrigstlöhne westdeutscher imperialistischer Konzerne. VW Südafrika ist die größte Autofabrik im Land, VW beutet dort 3500 Arbeiter aus. Im Juni und Juli dieses Jahres streikten die schwarzen Arbeiter drei Wochen lang für eine Erhöhung des Mindeststundenlohns von 1,15 Rand auf 2 Rand (etwa 4,40 DM). Die Kapitalisten boten 1,40 Rand (3 DM), während sie den Facharbeitern 3,35 Rand (7,40 DM) statt bisher 2,50 Rand zahlen wollten. VW baute auf die geringen Geldmittel der Gewerkschaften und das Verbot der Unterstützung aus dem Ausland. Die Arbeiter mußten bei 1,49

Gewerkschaften zu unterlaufen. Deshalb fördern sie die „Siemens Staff Association“, die Vereinigung der Siemens-Beschäftigten. 1100 Arbeiter der Werke Kalwa und Worli, die sich in der Metallarbeitergewerkschaft AEW organisiert hatten, mußten vom Dezember 1977 bis August 1978 streiken, weil Siemens sich weigerte, mit ihrer Gewerkschaft über Erhöhung der niedrigen Löhne auch nur zu verhandeln. Die AEW ist Mitglied des Gewerkschaftsbundes INTUC. Nach sieben Monaten Streik entließ Siemens 950 Arbeiter. Mit Unterstützung der Metallarbeiter anderer Betriebe konnten die Belegschaften die Entlassungen zurückschlagen und die Anerkennung der Gewerkschaft durchsetzen.

VW do Brasil gegen 40-Stunden-Woche

Volkswagen do Brasil ist mit 33900 Arbeitern und Ange-

beiter den Streik ohne Erfolg abbrechen. Der Durchschnittslohn der Metallarbeiter in Sao Bernardo lag im Januar bei 14115 Cruzeiros (etwa 559 DM) im Monat.

Liberia: Streiks in den Erzbergwerken

Mehrere Streiks führten die Erzbergarbeiter in Liberia in diesem und im letzten Jahr gegen die imperialistischen Bergwerksgesellschaften durch. Die meisten der 20000 Arbeiter verdienen weniger als 250 DM im Monat. Den größten Streik führten die 4800 Arbeiter der LAMCO-Bergwerksgesellschaft, einer schwedisch-amerikanischen Firma, die auch Erz an westdeutsche Monopole liefert. 3 Wochen lang streikten sie im August letzten Jahres erfolgreich für Lohnerhöhungen. In kleineren Streiks wehrten sich die Arbeiter der

Kreis der deutschen Baubetriebe, denen ein teilweises Ausweichen vom ertragsschwachen Inlandsmarkt auf das risikoreichere Auslandsgeschäft möglich war.“ 400 von Züblin in Costa Rica ausgebeutete Arbeiter traten am 7. April 1980 gegen die elenden Löhne, für Sicherheitseinrichtungen und Anerkennung der Bauarbeitergewerkschaft in den Streik. Züblin entließ am 17. April alle Arbeiter und erklärte, daß nur wieder eingestellt wird, wer zu den alten Bedingungen weiterarbeitet.

Portugal: Streiks in Automobilwerken

Die portugiesischen Automobilarbeiter arbeiten ausschließlich in Montagewerken der Imperialisten – vor allem General Motors, Ford, Renault, Daimler Benz, VW und British Leyland. Die Löhne der 65000 Autoarbeiter liegen etwa bei einem Viertel der Arbeiterlöhne in Mitteleuropa. 50% des ausländischen Kapitals in Portugal stammten 1978 aus der EG, nur noch 11,3% aus den USA. Am 13. März und zwei Tage Ende Mai streikten die Metallarbeiter für mehr Lohn und bessere Tarifverträge.

Seeleute kämpfen für ITF-Tariflöhne

Der Internationale Transportarbeiterbund ITF führt eine Kampagne gegen die Niedrigstlöhne auf Schiffen. Im April hielten die Arbeiter die „Terzia“ in Philadelphia, USA, fest. Die 24 philippinischen Besatzungsmitglieder hatten sich beschwert, daß die Schiffskapitalisten ein am 7. Januar mit ihnen geschlossenes Abkommen, daß sie ITF-Löhne zahlen, drei Tage später gebrochen hatten. Die „Terzia“ gehört der Baltika-Schiffahrtsgesellschaft Reith & Co. Die westdeutschen Reith-Kapitalisten mußten eine Bankgarantie über 750000 DM vorlegen, ehe die Gewerkschaft das Schiff 14 Tage nach der Landung freigab. Der ITF-Tarif liegt bei 670 Dollar im Monat mindestens. – Zur gleichen Zeit streikte in Rotterdam die Besatzung der unter panamaischer Flagge laufenden „Hans Oldendorff“ erfolgreich. Den 17 Seeleuten war der Lohn von 410 Dollar auf 391 Dollar gekürzt worden. Die „Hans Oldendorff“ gehört den westdeutschen Rhenania-Kapitalisten. Über die Registrierung des Schiffes in Panama wollen sie Heuer und Steuern sparen.

Die meisten sind illegal – Rechte der Gewerkschaften in Südafrika

Registrierung: Alle Gewerkschaften müssen sich bei einer Regierungsstelle registrieren lassen. Diese entscheidet, ob die Gewerkschaft registriert wird oder nicht. Einen Anspruch darauf hat sie nicht. Wird sie registriert, muß sie regelmäßig ihr Kaszenbuch prüfen lassen. „Illegale Ausgaben“, z.B. für Streikfonds, sind also nicht möglich. Außerdem muß sie ihre Mitgliederlisten vorlegen. Erst acht azanische Gewerkschaften haben sich registrieren lassen, mehr als 20 nicht (registriert sind außerdem 54 Gewerkschaften indischer Arbeiter, 40 „gemischte“ und 80 Vereinigungen der Siedler). Mitglieder der Gewerkschaften können jetzt auch die Arbeiter aus den

Homelands werden.

Lohnverhandlungen, Streiks. Nicht-registrierte Gewerkschaften dürfen nicht mit den Kapitalisten verhandeln. Darum gibt es große Streikkämpfe. Wenn eine registrierte Gewerkschaft mit einem Lohnangebot der Kapitalisten nicht zufrieden ist, muß sie zuerst eine paritätische Schlichtungsstelle anrufen. Ist das fruchtlos, muß sie den Arbeitsminister anrufen. Erst wenn das ergebnislos bleibt, darf sie zum Streik aufrufen. Das ist bislang noch nicht geschehen. Alle Streiks sind also illegal, die Arbeiter machen sich des Vertragsbruchs schuldig wie auch des (kriminellen) Vergehens des Aufenthalts in den

„weißen Gebieten“ ohne Arbeit. Nach dem Gemeindearbeiterstreik in Johannesburg wurden 1200 der 10000 streikenden Arbeiter deportiert. **Vertrauensleute.** Registrierte und nicht-registrierte Gewerkschaften wählen Vertrauensleute. Es gibt keinerlei gesetzlichen Schutz für sie. Versammlungen während der Arbeitszeit sind verboten. **Veröffentlichungen** der Gewerkschaften werden regelmäßig von der Regierung verboten. **Finanzen** werden von der Regierung kontrolliert. Sie hat am 6. Juni dem registrierten Gewerkschaftsbund FOSATU z.B. verboten, Geld von den 14 Mitgliedsgewerkschaften einzuziehen. Annahme von Geldern von Gewerkschaften aus dem Ausland ist prinzipiell verboten.

Rand, etwa 3,30 DM, abschließen. Der Streik wurde von den Arbeitern in den anderen Autowerken wie auch von VW-Arbeitern und Metallgewerkschaften in Europa breit unterstützt.

Siemens India erkennt Gewerkschaft an

Siemens India Ltd. ist einer der größten Hersteller von Elektromotoren, Schaltern und elektromedizinischem Gerät in Indien. Die Kapitalisten versuchen, wie in anderen Ländern auch, die gewerkschaftliche Organisation durch ihnen genehme „gelbe“

stellten das größte Automobilkapital in Brasilien und der größte Kapitalist überhaupt. VW hat 1979 über die Hälfte aller in Brasilien produzierten Personenwagen hergestellt, 521272 Stück. In zwei großen Streiks im November 1979 und im April und Mai dieses Jahres legten die brasilianischen Arbeiter die imperialistischen Autowerke lahm. Sie forderten Lohnerhöhung, vierteljährliche Inflationszuschläge, mindestens einjährige Arbeitsverträge, Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden, Anerkennung der Gewerkschaften. Nach 41 Tagen mußten die Ar-

anderen beiden Firmen, u.a. der Bong Mining Co., an der Thyssen, Hoesch und Krupp beteiligt sind. Mehr als ein Viertel der Erzexporte Liberias wird in die BRD geliefert.

Costa Rica: Züblin gegen Baugewerkschaft

Das westdeutsche Baukapital Züblin kaufte sich 1977 über eine Scheinfirma in Costa Rica für den Ausbau des Hafens Puerto Limon ein. 1978 wurde mit dem Bau begonnen. Im Geschäftsbericht 1979 schreibt Züblin: „Züblin gehört zu dem vergleichsweise kleinen

Unbezahlte Zwangsarbeit anstatt Arbeitserlaubnis für Asylanten

Bielefeld. Mit dem Nachtragshaushalt 1979 und im Haushalt 1980 von NRW hat die Landesregierung die Zahl der Kammern bei Asylgerichten um fünf erhöht, drei neue Kammern bei Verwaltungsgerichten und zwei neue Senate bei Oberverwaltungsgerichten sollen eingerichtet werden. Damit soll der Richtwert der Landesregierung, höchstens 10% der Asylanträge positiv zu bescheiden, durchgesetzt werden. Obwohl Asylanten im ersten Jahr keine Arbeitserlaubnis erhalten, hat die Stadt Herford eine Methode gefunden, diese Arbeitskraft auszunutzen. Gezwungenermaßen leben die Asylanten von der Sozialhilfe, sind von der Stadt in einer Hotel genannten Absteige untergebracht, erhalten ein Frühstück und 7 DM Taschengeld am Tag. Nun sollen sie vorderhand in der Stadtgärtnerei oder auf dem Friedhof arbeiten: „Ohne Geld, nur mit einer Aufwandsentschädigung“. Ihre Arbeit fällt nicht unter die Sozialversicherungs- und Steuerpflicht und braucht keine Arbeitserlaubnis. Diese Art Zwangsarbeit hat Tradition, und es ist erklärlich, wenn sich alle Landtagsparteien einig sind in der Ablehnung zentraler Sammellager, denn: „Das ist ein Horrorbild für die internationale Reputation der Bundesrepublik“ (Grundmann, CDU). Dafür strebt die Landesregierung Sammelunterkünfte bei den Gemeinden an, für bis zu 150 ausländische Arbeiter.

Ausdrücklich hat Rau in seiner Regierungserklärung darauf verwiesen, daß gerade das Land NRW und seine Vorläuferprovinzen über einige Erfahrungen im Anwerben und Bereitstellen von ausländischer Arbeitskraft für die Kapitalisten verfügen. Hunderttausende polnischer Arbeiter wurden im 19. Jahrhundert zum Ausbau der Bergwerke an der Ruhr angeworben. Nach dem 1. Weltkrieg waren es wieder Polen und Italiener. Vorwiegend für die Ausbeutung im Bergwerk nutzten die Kapitalisten diese Arbeitskräfte. 1925 waren ca. 410000 polnische Arbeiter in Deutschland beschäftigt, im französischen Elsaß waren 1930 von 300000 Bergarbeitern 113000 Ausländer, vorwiegend Polen und Tschechen. Nach 1950 steigt die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter in der BRD stetig, von 1960 bis 1973 rapide auf über 2 Millionen. 1973 wird von der Bundesregierung ein Anwerbestopp verhängt, die Anwerbestellen im Ausland geschlossen, zwischen 1973 und 1980

wird die Zahl der ausländischen Arbeiter um ca. 600000 gesenkt. Nicht erfaßt werden in der Statistik die Arbeitskräfte aus den RGW-Staaten, die die westdeutsche Bourgeoisie auf ihren Arbeitsmarkt gelockt hat. Mit Entwicklung der Krise beginnt sie jedoch auch hier Klagen zu führen über die Probleme, die „deutsche Volkszugehörigkeit“ dieser Leute festzustellen.

Rund 19 Millionen Einwanderer insgesamt seit 1950 verzeichnet die Statistik, dem stehen ca. 10 Millionen Fortzüge und Auswanderungen gegenüber. Die politischen und gewerkschaftlichen Rechte dieser Einwanderer sind völlig unterschiedlich. Können sie „deutsche Volkszugehörigkeit“ nachweisen, so steht ihnen die Einbürgerung zu, kommen sie aus EG-Ländern, so haben sie Aufenthalts- und Arbeitsrecht, kommen Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern, so besteht zum Teil Visumszwang für sie; über ihr Aufenthalts- und Arbeitsrecht wird je nach Lage auf dem Arbeitsmarkt entschieden. Stellen sie einen Antrag auf politisches Asyl, so dürfen sie ein Jahr nicht arbeiten und sind zu Zwangsarbeit oder Schwarzarbeit gezwungen. Ein beträchtlicher Teil von Arbeitskräften ist aus der Arbeitslosenversicherung vollständig entfernt.

Öffentlicher Dienst Nach Klunckers Selbstkritik – was nun?

Im Wahlkampf hatte sich Helmut Schmidt an dem Thema Staatsverschuldung vorbeigeschwindelt nach dem Motto: Ein Häuslebauer muß eben Schulden machen. Jetzt, nach glücklichem Stimmenfang, geht es an die Sanierung der Staatsfinanzen und wird mit den Haushaltsberatungen im November/Dezember die Rechnung präsentiert. Eine ausgesprochen niedrige Lohnerhöhung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird der staatliche Dienstherr anstreben, eine nochmalige Verschärfung der Rationalisierung steht ins Haus, verbunden mit Stellenstreichungen. Die in den letzten Monaten veröffentlichten kommunalen Haushaltspläne 1981 gehen in diese Richtung und sehen verschiedentlich direkten Stellenabbau vor – bei den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, wo die Arbeit gemacht wird und sich die Arbeitshetze in den letzten Jahren

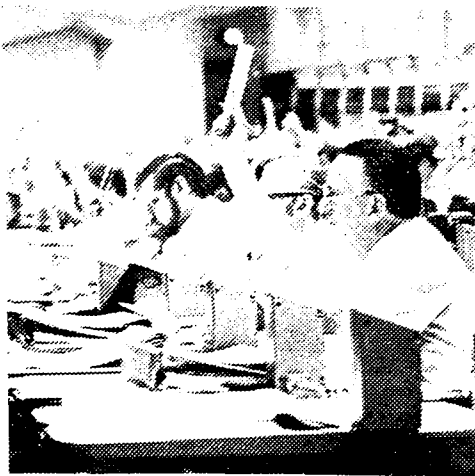
enorm verschärft hat. Seit dem Frühjahr wird außerdem über ein neues Haushaltssicherungsgesetz 1981 spekuliert, wie es Schmidt schon 1975 vor-exerziert hat. Abbau nicht abgesicherter Zuschläge, Streichung der Zusatzversorgung und Arbeitsmarktabgabe für Beamte sind im Gespräch.

Die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter im öffentlichen Dienst ergibt nach Abzug der offiziellen Preissteigerungsrate, daß die Abschlüsse nach 1974 im großen und ganzen immer niedriger geworden sind und kaum noch eine Erhöhung gebracht haben. Die wachsende Steuerprogression, die ständig steigenden Beitragssätze zur Sozialversicherung und der Anstieg der Bemessungsgrenzen der Sozialversicherung haben die Reallöhne für die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach 1974 sogar ins Minus rutschen lassen. Sockel- und Mindestbeträge bei einigen Abschlüssen haben diese Wirkung für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen allerdings etwas gemildert. Besonders getroffen worden sind durch die Abzugslast die Frauen in Steuerklasse V; die Steuerreform 1975 hat die Abzugslast mit einem Schlag von 33% auf 48% hochschnellen lassen, und bis 1978 sind die Abzüge sogar auf 54% des Bruttolohns bei BAT VII gestiegen. Der 6,9%-Abschluß von 1980 schließlich ist – gemessen an der offiziellen Preissteigerungsrate – einer der schlechtesten der letzten Jahre.

Der ÖTV-Gewerkschaftstag hat die Tarifpolitik der letzten Jahre und besonders den letzten Tarifabschluß kritisiert, weil „es nicht gelungen ist, in dem erwarteten und sicherlich auch notwendigen Umfang einen zusätzlichen Ausgleich für die unteren Einkommen durchzusetzen“ (Klunker). Eine Hauptvorstandsentschließung, in der es hieß: „Die Tarifpolitik der ÖTV hat auch in den Jahren 1976 bis 1979 gute Erfolge gezeigt“, wurde nicht angenommen, stattdessen eine des Bezirks NRW II, in der kein Wort von erfolgreicher Tarifpolitik steht. In vielen Anträgen zum Gewerkschaftstag wurde eine stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und eine Streichung der untersten Lohn- und Gehaltsgruppen verlangt. Bei der Aufstellung der Forderung für 1981 wird man sich danach richten können.

Nach der eindeutigen Kritik an den Abschlüssen der letzten Jahre auf dem Gewerkschaftstag ist eine deutlich höhere Forderung als in den letzten Jahren sinnvoll; alles andere würde den Interessen der Bewegung in den öffentlichen Diensten widersprechen.

Der ÖTV-Gewerkschaftstag hat außerdem die Grundsätze des ÖTV-Hauptvorstandes zur Arbeit in Schichten und zur Arbeit zu unregelmäßigen



Der ÖTV-Gewerkschaftstag verabschiedete das Aktionsprogramm gegen Nacht- und Schichtarbeit.



Zeiten bestätigt. Dieses Aktionsprogramm gegen überintensive Arbeitslast bei Schichtarbeit gewinnt jetzt besonderes Gewicht, weil für verschiedene Bereiche des öffentlichen Dienstes Tarifverhandlungen darüber anstehen; z.B. über die Bereitschaftsdienste der Krankenhausärzte. In den letzten Tagen haben die Beschäftigten der Post in verschiedenen Städten mehrstündige

Warnstreiks durchgeführt, u.a. beim Luftpostvertrieb auf dem Frankfurter Flughafen und bei der Paketzustellung in München. Die Postgewerkschaft fordert, daß Arbeit am Wochenende, an Feiertagen und in Nachtschicht als eineinhalbfache Arbeitszeit berechnet wird, dazu Zusatzurlaub und regelmäßige gesundheitliche Untersuchungen für Schichtarbeiter.

Seehäfen

Im Hamburger Hafen Einführung von Konti-Schicht erneut verhindert

Hamburg. Seit Jahren versuchen die Kapitalisten, im Hafen voranzukommen in Richtung Kontischicht. Bei den letzten Verhandlungen um den Rahmentarif und die Sonderbestimmungen für den Hamburger Hafen sind sie gescheitert. Jetzt wollte die Betriebsführung der Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft (HHLA) einen neuen Vorstoß landen, indem am

Containerterminal Burchardkai jede siebte Woche eine ständige III. Schicht gearbeitet werden soll. Bisher konnten die Hafenarbeiter nur einmal in der Woche zur III. Schicht verpflichtet werden.

Die dänische Maersk-Linie und die Hapag-Lloyd haben der HHLA angeblich mit dem Abzug ihrer Schiffe gedroht, wenn die HHLA nicht eine Ab-

fertigung rund um die Uhr zusichert.

Unter dem Druck der Drohung mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und in einer Betriebsratssitzung, wo elf Ersatzbetriebsräte anwesend waren, wurde vom Betriebsrat in Abweichung von seiner bisherigen Politik folgende Betriebsvereinbarung unterschrieben: „Die Mitarbeiter des Burchardkai können innerhalb von jeweils sieben Wochen für eine Woche (montags bis freitags) zur ständigen III. Schicht am Burchardkai vermittelt werden.“ Die Betriebsvereinbarung sollte eine Laufzeit von neun Monaten haben, und zwar bis zum 15. Juni 1981.

Sofort nach Bekanntwerden dieser Vereinbarung wird von der Belegschaft der Kampf organisiert. Am 11. September versammeln sich fast alle Kollegen der Frühschicht am Burchardkai einschließlich der Handwerker und Angestellten. Der Betriebsratsvorsitzende und der ÖTV-Sekretär werden für ihre Zustimmung zur ständigen III. Schicht angegriffen. Die Pausenversammlung der etwa 500 Hafenarbeiter bringt die Entschlossenheit zum Ausdruck, durch Verweigerung der Mehrarbeit die Betriebsvereinbarung zurückzukämpfen.

Am Tag darauf wird bekannt, daß aufgrund von Abfertigungsschwierigkeiten am Burchardkai bereits zwei Schiffe abgezogen worden sind. Die bürgerliche Presse versucht, die Belegschaft der HHLA gegen den Betriebsrat und gegen die Gewerkschaft aufzuhetzen. Die HHLA-Betriebsführung bietet neue Verhandlungen an und fordert die Kollegen auf, „in bisher gewohntem Maße wieder freiwillig Mehrarbeit zu leisten, um so ... die Containerposition der HHLA nicht noch mehr zu gefährden“.

Gestützt auf den Kampf der Kollegen am Burchardkai und auf die Unterstützung dieses Kampfes im ganzen Hafen, der sowohl auf der Funktionsärtskonferenz der ÖTV-Abteilung Seehäfen zum Ausdruck kommt wie auch in den verschiedenen Betriebsversammlungen, gelingt es, die Betriebsvereinbarung zumindest vorerst außer Kraft zu setzen. Der Betriebsrat kann mit der Betriebsführung der HHLA eine Regelabsprache treffen, wo in einer zweimonatigen Testphase versucht wird, die alte Regelung, geringfügig geändert, zu praktizieren und damit die Abfertigungsschwierigkeiten zu beheben. Diese Regelabsprache hat den organisierten Abbruch der Überstundenverweigerung ermöglicht, die ja nicht beliebig lange hätte so vollständig gehalten werden können. Gleichzeitig haben die Hafenarbeiter am Burchardkai, ihr Betriebsrat, ihre Vertrauensleute und alle Hafenarbeiter die Möglichkeit, den Zusammenschluß gegen die Nacharbeit und die Einführung der Kontischicht zu festigen.



Beim Löschen von Zitronen im Schiff

Eine Lohnerhöhung von 8% ab 1.1.81 schlägt der ÖTV-Hauptvorstand den Seehafenarbeitern vor. Abteilungssekretär Rumpel begründete die Höhe vor der Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte folgendermaßen: Preissteigerungsrate 5,5% und Zuwachs des Sozialprodukts um 2%. Alle Diskussionsredner sprachen sich für eine höhere Forderung aus. Einer hatte bereits ausgerechnet, was die Forderung für die verschiedenen Lohngruppen – die Steuerreform eingerechnet – bringt. LG III brutto 167 DM, netto 92 DM, LG VIII brutto 222 DM, netto 123 DM. Es wurde enthüllt, daß ein Kollege mit Lohngruppe III für einen Vierpersonenhaushalt schon 2200 DM braucht, er aber nur 1700 verdient bei Normalschichten. Der Rest, der fehlt, zwingt zu Doppelschichten. Von der Lage im Hafen aus wurde eine zweistellige Zahl gefordert und die Durchsetzbarkeit mit dem großen Arbeitskräftemangel im Hamburger Hafen begründet. Nach den Diskussionen der Mitglieder beschließt die Bundestarifkommission am 17.11.1980.

Baden-Württemberg Grüne sechs Monate im Stuttgarter Landtag

Stuttgart. Seit März sind die Grünen im Stuttgarter Landtag. Zu keiner Zeit hat man sich aus der bürgerlichen Presse ein Bild über ihre Tätigkeit machen können. Praktisch komplett unterschlagen wurden die rund drei Dutzend Anfragen der Grünen u.a. zu Kernkraftwerken, Straßenbau, Hochschulen oder Mittelstreckenraketenstationierung, in denen Forderungen von Volksbewegungen aufgenommen waren. – In einer Anfrage zur Verurteilung Heidelberger Medizinstudenten wegen Teilnahme an den Kämpfen gegen das Praktische Jahr wurde die Landesregierung z.B. gefragt, ob sie die Urteile für gerechtfertigt und die Strafverfolgung für verhältnismäßig hält, ob sie eine Amnestie für möglich hält, wie in der Öffentlichkeit gefordert. In der Begründung der Anfrage hieß es, der Boykott der Lehrveranstaltungen war Teil breiter öffentlicher Kritik. Eine Amnestie könne heute das „hochschulpolitische Klima an der Universität Heidelberg“ wesentlich verbessern. – Nach zwei Monaten hat die Landesregierung die Anfrage schriftlich abgeschmiert: Die Studenten seien wegen strafbarer Handlungen verurteilt worden, im übrigen sei die Justiz unabhängig. Das Vorgehen gegen den „aktiven rechtswidrigen Boykott“ sei richtig gewesen. Amnestie:

„Nein.“ – Eine Debatte im Landtag um diese „Antwort“ der Landesregierung hat es nicht gegeben, obwohl die Forderung der Heidelberger Studenten damit alles andere als vom Tisch war, wenn auch nicht zwecks „Verbesserung des hochschulpolitischen Klimas“.

In der Debatte um die Regierungserklärung hatten die Grünen erklärt: „An den Hochschulen ist die Verfaßte Studentenschaft wieder einzuführen. Es ist keine gute Politik, wenn man aus Angst vor unbequemen Gremien diese erst gar nicht zuläßt. Wenn man von Dezentralisation spricht, Herr Teufel (CDU-Fraktionsvorsitzender), dann sollte man auch für die Autonomie der Hochschulen, auch für ihre Satzungsautonomie, eintreten.“ Nur die Grünen hatten in dieser Debatte die Forderung nach Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft unterstützt. Späth ging darauf nicht ein. Kultusminister Engler hat vorletzte Woche angekündigte Novellierungspläne zum Landeshochschulgesetz zurückgezogen, ohne heftigen Protest aus dem Landtag fürchten zu müssen. Solchen wie Engler wird das Geschäft unnötig erleichtert, wenn bei der Begründung für die Verfaßte Studentenschaft Anleihen beim CDU-Fraktionsvorsitzenden gemacht werden, wo dieser doch mit „Dezentralisation“ einen Finanzraubzug des Landes bei den Gemeinden im Auge hat.

Mit ihrer Landtagsarbeit zufrieden sind die Grünen selber nicht, hauptsächlich wegen mangelnden eigenen Durchblicks. Es sollte ihnen aber auch zu denken geben, ob es ihren Absichten dienlich ist, wenn Späth schon bei der Debatte der Regierungserklärung danken konnte, daß *alle* die Probleme der Regierungserklärung als „unsere gemeinsamen Probleme“ ansähen.

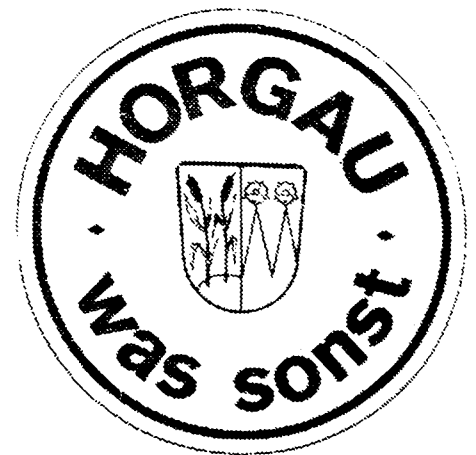
Horgau/Bayern Zäh bekämpft ein Dorf die Gemeindereform

München. Die ca. 2000 Einwohner der Gemeinde Horgau – 12 km westlich von Augsburg gelegen – kämpfen seit drei Jahren gegen die Gemeindegebietsreform der bayerischen Staatsregierung. Am 23.12.1977 hatte der damalige Innenminister Merk die Zwangsauflösung Horgaus und die Eingemeindung nach Zusmarshausen verfügt.

„Wenn Sie mal nach Bayern kommen ... Horgau klagt an! Oder: Warum ein Dorf voller CSU-Wähler Strauß beim Wort nimmt“, ist der Titel einer Broschüre, die Mitglieder des Bürgervereins Rothtal in Horgau herausgegeben haben, um während des

Bundestagswahlkampfes darauf hinzuweisen, „wie der Staat und seine Mehrheitspartei, die CSU, mit dem Bürger umgehen“. F.J. Strauß hatte während des Landtagswahlkampfes betont, er stehe auf seiten der Horgauer.

Die Gemeindegebietsreform war noch unter der Federführung des Ministerpräsidenten Goppel durchgeführt worden, „um ausreichend leistungsfähige Verwaltungseinheiten“ zu erhalten. Die Horgauer sehen darin jedoch einen Schritt, ihnen jegliche Selbstentscheidung der Gemeinde zu nehmen. So hat ihnen die neue Gemeindeverwaltung prompt sämtliche Kommunalsteuern erhöht, deren Zahlung sie je-



doch bis zum Zwangseinzug durch den Gerichtsvollzieher boykottierten. Wütende Horgauer demolierten das Auto des CSU-Vorstandsvorsitzenden des Ortes, und per Telefon prasselten dauernd Schimpftiraden auf ihn ein. Da befürchteten die bürgerlichen Politiker, „daß im Herzen von Schwaben Anarchie Platz greift“.

Als der Gemeinderat aufgelöst wurde, gründeten die Horgauer den Bürgerverein. Er ist Forum der Auseinandersetzung um die Weiterführung des Kampfes, und „er darf zwar keine Personalausweise verlängern ... aber er hat unsere Dorfgemeinschaft am Leben erhalten. Es vergeht kein Monat ohne Aktionen zum Wohl unserer Bürger.“ Er sammelte 1540 Unterschriften gegen die Auflösung der Gemeinde Horgau. Das sind 98% der Horgauer.

Am 24.9. zogen 100 Horgauer mit einem Autokorso von 35 Pkw zum Landrat Frey nach Augsburg, um ihre Forderungen zu bekräftigen. Auf einer Versammlung am 29.9. beriet der Bürgerverein, ob sie nach den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen auch die Bundestagswahlen boykottieren sollten. Eine Mehrheit sprach sich gegen den Boykott aus, aber auch gegen eine Wahlempfehlung. Der Plan, einen Hungerstreik durchzuführen, wurde zunächst aufgegeben. Stattdessen wird ein Hungerwarnstreik erwogen.

Erneuter Versuch, den Krankenpfleger Böse für die Folgen der Kostendämpfung verantwortlich zu machen

Freiburg. Nachdem in dem Zeitraum von Oktober 1975 – der Eröffnung des Rheinfeldener Kreiskrankenhauses – und Dezember 1975 auf der Intensivstation von 108 Patienten 20 gestorben waren, wurde der Krankenpfleger R. Böse am 21. Dezember 1975 verhaftet. Er sollte verantwortlich gemacht werden für die Folgen der Kostendämpfung und als Mörder hinter Gitter oder als Irrer in die Anstalt gebracht werden.

Im August 1978 war das Landgericht Freiburg gezwungen, den Krankenpfleger Böse freizusprechen. Es konnte die Tatsache, daß der Tod der 20 Patienten Ergebnis der gesetzlich festgelegten „Wirtschaftlichkeit“ war, nicht aus der Welt schaffen. Das Kreiskrankenhaus Rheinfelden war errichtet und organisiert worden auf Grundlage des Krankenhausfinanzierungsgesetzes

Patient F.H. sei, da kein Narkosearzt bereitstand, trotz heftiger Blutungen nicht in der Nacht, sondern erst am nächsten Vormittag nachoperiert worden. Wie feststeht, verstarb er bei der Nachoperation.“

Die Intensivstation in Rheinfelden war als Beobachtungsstation eingerichtet, wurde aber tatsächlich als Behandlungsstation von den Abteilungen Chirurgie und Innere benutzt. Entsprechend fehlte das notwendige Personal. Usw. usf. Diese Tatsachen stehen fest, und das Freiburger Landgericht mußte sie teilweise in dem Urteil von 1978 anerkennen.

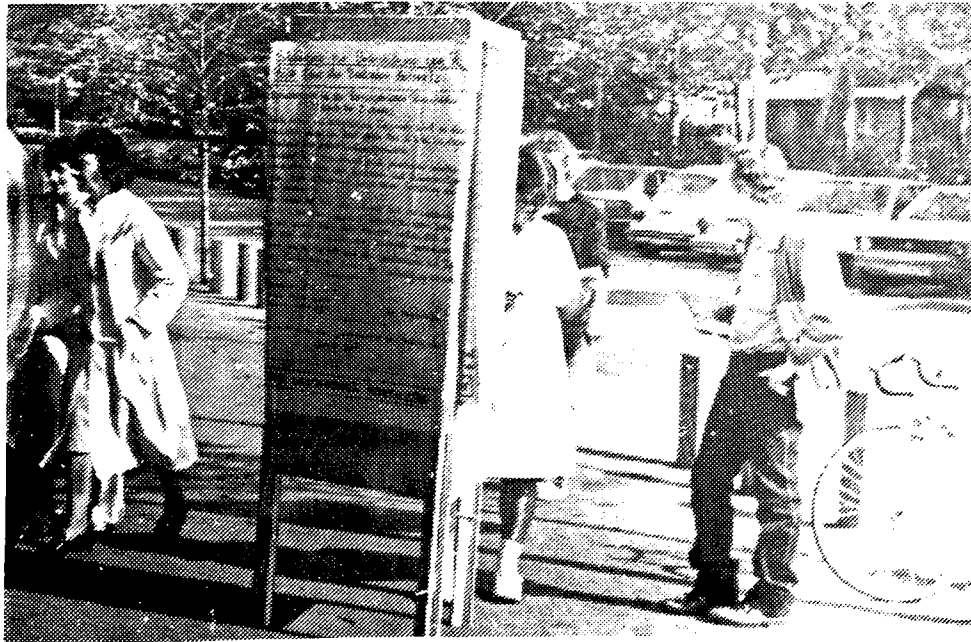
Im September 1979 hatte der Bundesgerichtshof den Freispruch aufgehoben, auf Grundlage dieses Urteils begann am 23.11.1980 der Revisionsprozeß am Freiburger Landgericht.

Der Freispruch wurde durch den

sucht wurde, den Krankenpfleger R. Böse stellvertretend für die Beschäftigten im Gesundheitswesen verantwortlich für die Folgen der Kostendämpfung zu machen und hinter Gitter zu bringen, zeigt dies ebenso deutlich der am 23. September begonnene Revisionsprozeß am Freiburger Landgericht.

Die Verteidiger von R. Böse stellten zu Beginn der Verhandlung Ablehnungsanträge gegen die Richter Duckwitz und Becker und gegen die psychiatrischen Gutachter Degwitz und Hadenbrock. Sie führten dazu an, daß Richter Schönefuß – Richter im ersten Verfahren – gegenüber anderen Richtern geäußert habe, er werde Revisionsgründe in das Urteil einbauen. Eine auf diese Äußerungen gestützte Dienstaufsichtsbeschwerde hatte Schönefuß in einer dienstlichen Erklärung zurückgewiesen, in der er erklärt habe, nicht er hätte dies gesagt, vielmehr sei er zum Spott der Kollegen geworden, und die Strafrichter hätten ihm empfohlen, Revisionsgründe in das Urteil einzubauen.

Nachdem die Richter erklärt hatten, sie hätten die von Schönefuß behaupteten Äußerungen nie gemacht, Duckwitz hätte nicht einmal die Presseberichte verfolgt, wurden die Anträge der Verteidigung abgelehnt. Immerhin: Richter Schönefuß wurde inzwischen abserviert. Der Gutachter Degwitz, der R. Böse bei den nach seiner Inhaftierung 1975 folterartigen Vernehmungen, Vernehmungsfähigkeit bescheinigt hatte, „durfte freiwillig“ gehen. Ein weiterer Antrag der Verteidigung ist zunächst erst einmal vom Tisch. Es geht um die Gutachten des vom Gericht bestellten Prof. Aderjahn vom Rechtswissenschaftlichen Institut in Heidelberg. Er beabsichtigt, neue Gutachten vorzulegen über Gehirnserum, Herz und andere Organe der verstorbenen Patienten, mit denen die Vergiftung durch Herzglykoside festgestellt wird. Tatsache ist aber, daß nach Aussage des Gutachters Dr. Dr. Friedrich im ersten Verfahren 1978 nur noch 50–100 Gramm Leber und etwas Niere von den Leichen vorhanden sei. Zudem haben u.a. der Richter Schönefuß und auch einer der Verteidiger von R. Böse bei einer Besichtigung der Kühltruhen, wo die Leichenteile aufbewahrt waren, schon 1978 festgestellt, daß nur noch Leber- und Nierenteile vorhanden waren. Wie kommt Prof. Aderjahn also zu den untersuchten Leichenteilen der verstorbenen Patienten?



35 Beschäftigte der Universitätsklinik Freiburg fordern erneut die sofortige Freilassung des Krankenpflegers Böse und Einstellung des Prozesses. von 1972 und der entsprechenden Ländergesetze: des Krankenhausgesetzes von 1975 und des Krankenhausbedarfsplans von Baden-Württemberg.

So gab es von Anfang an keinen Anästhesisten; bei notwendigen, nicht eingeplanten Operationen mußte er aus Lörrach geholt werden. Chefarzt Behrens, der nach den Todesfällen und deren Bekanntwerden in der Öffentlichkeit mit einem „Schweigegehd“ von 160000 DM vom Kreistag entlassen wurde, war der einzige Arzt, der „bedeutende Operationen“ durchführen konnte. Auf Grundlage von Aussagen von Kollegen von R. Böse mußte das Freiburger Landgericht in dem Urteil 1978 u.a. als erwiesen festhalten: „Der

BGH aufgehoben, indem ein unter Folter erzwungenes „Geständnis“ – Böse war 41 Stunden ohne Schlaf, er wurde über den Tatvorwurf nicht informiert, er wurde als „eiskalter Mörder“ beschimpft, ihm wurde mit „älteren erfahreneren“ Polizeibeamten gedroht usw. – zur Grundlage der Revision gemacht wurde. Damit hat der BGH das Landgericht verpflichtet, mit dem „Geständnis“ als Grundlage zu einer Verurteilung zu kommen. Gleichzeitig hat der BGH damit insgesamt polizeilichen Foltermethoden gegen Beschuldigte den Weg geebnet.

War mit dem Urteil des BGH eindeutig, daß mit allen erdenklichen Methoden weiterhin hartnäckig ver-

Germanistenprozesse Erstes Urteil in den Berufungsverhandlungen

Heidelberg. Insgesamt 84 Monate Gefängnis und mehr als 25000 DM Geldstrafe haben Heidelberger Gerichte bisher gegen studentische Vertreter in Fakultätskonferenz, Fachschaft, Boykottausschuß und AStA wegen Organisation und Beteiligung am Streik der Germanistikstudenten gegen die unerträglichen Studienbedingungen im Wintersemester 76/77 verhängt. Jetzt sollen diese Urteile, die bisher noch nicht rechtskräftig sind, in zweiter Instanz abgesegnet und vollstreckbar gemacht werden.

Am 3.10.80 wurde das Mitglied der Fachschaft Germanistik S. Koch in zweiter Instanz wegen „gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Nötigung in zwei Fällen und gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs in Tateinheit mit versuchter Nötigung in zwei weiteren Fällen“ zu 1800 DM Geldstrafe verurteilt. Ein weiterer Punkt der Anklage, für den in erster Instanz noch drei Monate auf Bewährung verhängt wurde, wurde auf Antrag des Staatsanwalts eingestellt, allerdings unter der Auflage, daß die Angeklagte auf die Revision gegen das ganze Urteil verzichtet.

„Auch wenn heute vieles nicht mehr so festgestellt werden kann, wie es damals war“, so das Gericht zu der dürftigen Beweislage, so sei doch „die intellektuelle Mittäterschaft“ der Angeklagten entscheidend. Straferleichternd falle ins Gewicht, so das Urteil weiter, daß „katastrophale Zustände am Germanistischen Seminar herrschten, die zu solchen Aktionen geführt haben ... Trotzdem kann ein Streik im Arbeitsleben und der Streik der Angeklagten nicht verglichen werden. Außerdem wären solche Aktionen auch im Arbeitsleben rechtswidrig gewesen, denn es geht nicht an, daß wild gestört wird.“ Bei der Strafzumessung sei außerdem positiv zu werten, daß es bestimmte Anzeichen dafür gebe, daß „die Angeklagte so uneinsichtig nicht ist ... vielleicht auch deshalb, weil die Gruppe, für die sie tätig ist, in Auflösung begriffen ist.“ So recht wollte das Gericht allerdings an seine eigenen Spekulationen über die angeblich gewachsene „Einsicht“ der Angeklagten nicht glauben: „Es mag sein, daß sich die Angeklagte verstellt hat.“

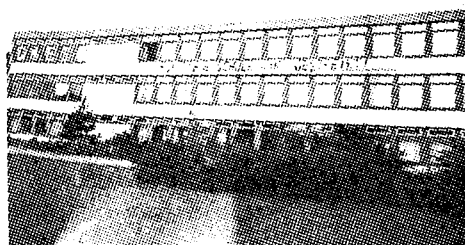
Gegen Ende des Monats wird – teilweise wegen derselben Anklagepunkte – das zweitinstanzliche Urteil gegen das ehemalige Mitglied der Fachschaft Germanistik D. Emig gesprochen. In

erster Instanz war er zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Gerade noch rechtzeitig zur Eröffnung der Berufungsverfahren hatte die Landesregierung von Baden-Württemberg auf eine kleine Anfrage der Grünen im Landtag erklärt, sie lehne die Einstellung der Verfahren und eine Amnestie für die bereits verurteilten Studenten ab.

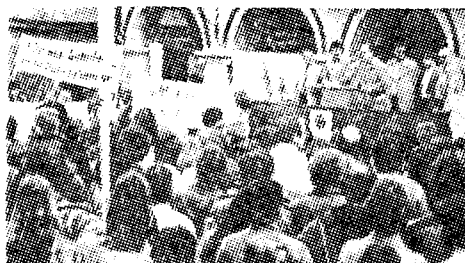
Hauptschulen Bald noch mehr Noten und schärfere Prüfungen

Die „Beseitigung der Hauptschule als Restschule“ gewinnt Kontur: am direktesten gegenwärtig bei den Übertrittsregelungen nach Abschluß der vierten Klasse der Grundschule, aber nicht bloß an diesem Punkt.

Im November 1979 gerieten leitende Kultusbeamte in Bayern in Bestürzung



Hamburg. Schulstreik im Juli gegen Auflösung und Verkauf der Volks- und Realschule Weißenhof.



Kundgebung der GEW am 21.7. in Sigmaringen gegen Entlassung von 43 Lehrkräften.

über die Entwicklung der Übertritte in das Gymnasium zu einem Umfang von 30% des Jahrgangs. Sie kamen zu der Feststellung, daß das gegenwärtige Übertrittsverfahren nicht mehr in der Lage sei, das „politisch gewünschte dreigliedrige Schulsystem zu erhalten“. Wie der bekannt gewordenen Ergebnisniederschrift dieser Verhandlungen zu entnehmen ist, sahen die Kultusbeamten einen Grund für diese Entwicklung in „mangelnder Loyalität der Grundschullehrer zum Ministerium“; im übrigen verhielten sich die Lehrer zu nachgiebig gegenüber dem Druck der Eltern.

In Baden-Württemberg ist die Über-

gangsquote trotz Einführung eines an den Notendurchschnitt gebundenen und durch Tests und Beratungen ergänzten Auswahlverfahrens nach ersten Berechnungen und entgegen Erwartungen des Kultusministeriums von 61,5% 1979/80 auf 64,6% in diesem Schuljahr gestiegen. Der Vizepräsident im Oberschulamt Karlsruhe Klar wurde tätig. Ohne längere Ausführungen über Begabung, Fähigkeiten, Neigungen, die durch Unterricht und Erziehung mit Beamtenbeistand freigelegt und durch Noten bescheinigt werden sollen, stellte er die Verteilung von 30000 Deutsch- und Mathematiknoten einer einfachen Normalverteilung gegenüber und warf den Lehrern vor, „der Anteil der Note 2,0 (sei) noch nach Berücksichtigung des pädagogischen Wohlwollens um etwa 90% zu hoch.“ Die „eigentliche Begabung“ dagegen werde von den Lehrern nicht richtig gefördert: „Der Anteil der Note 1 ist sogar gegenüber der Normalverteilung deutlich unterrepräsentiert.“ Außerdem sei es ein Unding, daß über 70% der Schüler überdurchschnittliche Leistungen bescheinigt würden. Als erste Konsequenz fordert Klar die Heraufsetzung der Notenschwellen für den Übertritt.

Für die Kultushoheit ist somit erneut bewiesen: Gefahr Nr. 1 für die Hauptschule ist der „in der Normalverteilung der Begabung nicht begründete Drang zu den weiterführenden Bildungseinrichtungen“. Dem kann abgeholfen werden. Aber nicht bloß durch Noten. Die Hauptschule soll auch „attraktiv“ werden. Wer hofft, daß nun vielleicht Schulverhältnisse beseitigt werden, die dazu führen, daß zunehmend mehr Erwachsene sich z.B. an den Grundrechnungskursen der Volkshochschulen beteiligen müssen, wird enttäuscht. Die baden-württembergische Landesregierung z.B. plant als Kernpunkt dieser „Attraktivität“ die Einführung einer „Abschlußprüfung“ an den Hauptschulen noch in diesem Schuljahr.

Der Hauptschüler des 9. Schuljahrs soll danach in wenigstens vier bzw. im A-Kurs in mindestens fünf Fächern eine schriftliche Arbeit oder eine mündliche Prüfung ableisten, die im Verhältnis zu den übrigen Noten des Schuljahrs im Zeugnis mit einem Drittel gewichtet wird. 1978 verließen in der ganzen BRD rund 130000 Schüler die Hauptschule „ohne Abschluß“. Sie sollen es bei Einführung dieser Prüfung also genau bescheinigt kriegen, und die, die es gerade noch geschafft haben, werden auch wissen, daß sie den Vorstellungen der Kultusbeamten nur gerade eben entsprechen. Die Kultusbeamten erhalten zu den gegenwärtig rund 400 Millionen Noten, die sie pro Schuljahr gebrauchen, um Unter-

drückung und „fördernde Auslese“ zu organisieren, noch etliche Hunderttausend dazu.

Das Programm der „Beseitigung der Hauptschule als Restschule“ erleichtert es den Kapitalisten, auch bei in den nächsten Jahren abnehmenden Schulabgängern, die Auswahl für ihre Ausbildungsplätze zu treffen. Wer aber für zu leicht befunden wird, auf den wartet ja immer noch die Chance im „Anlernberuf“.

NATO Aktionen gegen die Herbstmanöver

Hannover. Die diesjährigen NATO-Herbstmanöver waren von vielen Protesten begleitet. Bereits Ende Juli dieses Jahres gaben zwanzig antimilitaristische Gruppen, Bürgerinitiativen und politische Organisationen das erste maNÖver-Info heraus, in dem Materialien und Meldungen über die Manöver und die Kämpfe dagegen zusammengestellt waren. Dies war ein erster Schritt, um den Kampf gegen die Herbstmanöver auf einer guten Informationsgrundlage durchführen zu können. Dies war auch ein gemeinsamer Schritt, obwohl verschiedene politische Positionen vorhanden sind.

Schnell wurde deutlich, daß die Herausgabe einer Informationsschrift nicht ausreicht. Ein Kongreß gegen die Herbstmanöver wurde vom 22. bis 24. August von einer Hannoveraner Initiative durchgeführt. Die hundert Teilnehmer erörterten in den Arbeitsgruppen die imperialistischen Kriegsinteressen des BRD-Imperialismus im Bündnis der NATO. Bezüglich des weiteren Vorgehens legten die Teilnehmer des Kongresses fest, daß eine Demonstration am 20. September unter den Forderungen „Kampf den imperialistischen Kriegsvorbereitungen – Keine NATO-Manöver“ die verschiedenen örtlichen Aktionen gegen die Herbstmanöver zusammenfassen sollte.

Zu diesem Zeitpunkt sind die Vorbereitungen zu den Herbstmanövern im vollen Gang. Verbindungsoffiziere suchen die Gemeinden auf und erläutern die beabsichtigten Manöveroperationen. Verschiedene Bauern weigern sich, daß Panzer ihre Felder zerstören. Die Kartoffelernte, Rüben- und Maisernte sind noch nicht abgeschlossen. In der Lüneburger Heide klagen ein Förster und private Waldbesitzer gegen die Zerstörung von Waldungen. Ein 3000 Hektar großes Waldgelände wurde in den letzten Jahren durch Manöver total zerstört. In der hessischen Ge-

meinde Schlüchtern wird eine Viertel-million Mark Schaden aus dem Manöver Reforger 78 geltend gemacht.

Ende August und Anfang September führt die Bundeswehr Truppenparaden im Detmolder Raum durch. Es kommt zu Protestaktionen. Allein in Detmold protestieren 600 Demonstranten gegen die Kriegspropaganda der Bundeswehr. Die bürgerliche Presse reagiert aufgeschreckt: „Geheimbericht: Radikale wollen NATO-Manöver und Bundeswehr-Jubiläum stören.“

Am 2. September finden die ersten Truppenbewegungen in Großbritannien in Richtung Westdeutschland statt. Zwei Blockaden führt die antimilitaristische Gruppe in den Niederlanden gegen die durchfahrenden Truppen durch.

15. September. Die eigentlichen Herbstmanöver beginnen. 170000 Soldaten sind an verschiedenen Manövern unter der allgemeinen Bezeichnung



„Autumn Forge“ beteiligt. Im Manövergebiet kommt es zu Aktionen der örtlichen Initiativen gegen die Herbstmanöver. Einige Bauern verwehren den Truppen die Zufahrt auf ihre Felder. Flugblattaktionen der verschiedenen Initiativen stoßen auf Interesse. Manöverbeschilderungen suchen die Truppen oft vergeblich. Sie wurden entfernt. Vier Tote und 16 Verletzte fordert allein die Übung „Spearpoint“ in Niedersachsen.

Nach verschiedenen dezentralen Aktionen gegen die Herbstmanöver findet in Hildesheim am 20. September eine einheitliche Demonstration statt. Über 2000 Demonstranten beteiligen sich an der Demonstration. Sie fordern den Austritt aus der NATO und den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages. 400 türkische Arbeiter beteiligen sich an der Demonstration mit der Forderung: Verhindert jegliche Hilfe an die türkischen Faschisten.“

IG Druck und Papier Gewerkschaftstag vom 12. – 18.10. in Augsburg

München. 384 Anträge liegen den Delegierten zur Beratung und Beschlußfassung vor. Für den Bereich der Tarifpolitik wird deutlicher als 1977 die Aufgabe formuliert, in den Bereichen der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie wie auch bei den Angestellten den Anschluß an das Tarifniveau der Arbeiter in der Druckindustrie herzustellen.

So fordert der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, den Tariflohn der Papierverarbeitung schnellstens anzugleichen, um die Belegschaften und Betriebsräte nicht weiter dem Zwang von Betriebsvereinbarungen zur Sicherung des Effektivlohns auszusetzen. Für den neu auszuhandelnden Manteltarifvertrag wird gefordert, Angleichung bei Urlaub und Urlaubsgeld sowie bei den Zulagen für Überstunden- und Schichtarbeit zu erreichen.

In den Anträgen zur Angestelltenarbeit wird hervorgehoben, daß der wachsende Organisationsgrad der Angestellten (von 1977 auf 1979 um 6,5%) seinen Ausdruck in der Vereinheitlichung der Angestelltentarife finden muß, die derzeit noch nach Buch-, Zeitschriften- und Zeitungsverlagen sowie regional gegliedert sind. Der Landesbezirk Hessen tritt dabei dafür ein, die Verträge für die Buch- und Zeitschriftenverlage gemeinsam mit der HBV abzuschließen. Ziel bleibt ein gemeinsamer Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte, wozu als erstes gleiche Laufdauer der Verträge hergestellt werden soll.

Ausführliches Antragsmaterial liegt über notwendige Schutzbestimmungen gegen den Verschleiß der Arbeitskraft und zur gesetzlichen Sozialversicherung vor. Für die Novellierung der Arbeitszeitordnung wird die Fixierung der 40-Stunden-Woche verlangt. Der Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saar fordert die Beseitigung der 10-Stunden-Regelung. Weitere Anträge wenden sich gegen die Ausnahmebestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, gegen die Ausweitung der Teilzeitarbeit und die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen.

Der Landesbezirk Baden-Württemberg hat detaillierte Anträge zu den Sozialversicherungen formuliert. Darin wird die alleinige Versichertenverwaltung für die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung gefordert. In der Arbeitslosenversicherung sollen die Beiträge allein von den Kapitalisten gezahlt werden und Zuschüsse aus Steuermitteln beseitigt werden.

5% vom Durchschnittslohn und Verlust kollektiver Rechte sollen zur Unterwerfung zwingen

Hannover. In Westdeutschland einschließlich Westberlin gab es 1978 165 Gefängnisse mit 58 100 Haftplätzen. Es herrscht eine ständige Fluktuation, man kann mit 200 000 bis 300 000 Menschen rechnen, die jährlich eingesperrt und entlassen werden. So sieht das Leben dieser Menschen in den Gefängnissen aus, dargestellt am Beispiel des Frauengefängnisses Vechta, Niedersachsen. Vechta ist eine ländliche Kleinstadt. In mehreren Anstalten sind etwa 600 Gefangene untergebracht. Dort ist das einzige niedersächsische Frauengefängnis mit etwa 120 Gefangenen. Die meisten Gefängnisse liegen auf dem Land, in Niedersachsen gerade auch fast alle Neubauten, Bückeburg, Celle II, Hameln-Tündern. Es gibt viele solcher Anstaltszusammenballungen fernab von Großstädten und großer Industrie. In den Gefängnissen herrscht zwar Arbeitszwang, es ist aber nie ausreichend Arbeit vorhanden. So hatten in Niedersachsen 1978 von 5 106 Gefangenen 2312 ganzjährig Arbeit. Die vorhandene Arbeit ist durchgängig unqualifiziert. Die Frauen in Vechta müssen Gummimatten entgraten, Gewürze sortieren, Plastiktüten legen, die einzige maschinelle Arbeit ist Nähen auf ganz niedrigem technischen Niveau. Eine Gefangene, abwechselnd beschäftigt bei den Gewürzen und Tüten, war in neun Monaten zu 30% ohne Arbeit. Beahlt wird im Schnitt 1980 5,25 DM täglich, das sind 5% des Durchschnittslohns des vorvergangenen Jahres (1978) aller Rentenversicherten.

Für die Gefangenen sind diese Verhältnisse ein Dreck, die Arbeit eine Qual. Entsprechend sind sie oft krank, können mal einen Tag nicht, was in Vechta mit Freizeitsperre behandelt wird. Das Geld reicht kaum für Zigaretten, Kaffee, etwas Kosmetikmittel. Sonst bleibt bei Entlassung Verschuldung, die Angehörigen leben vom Sozialamt.

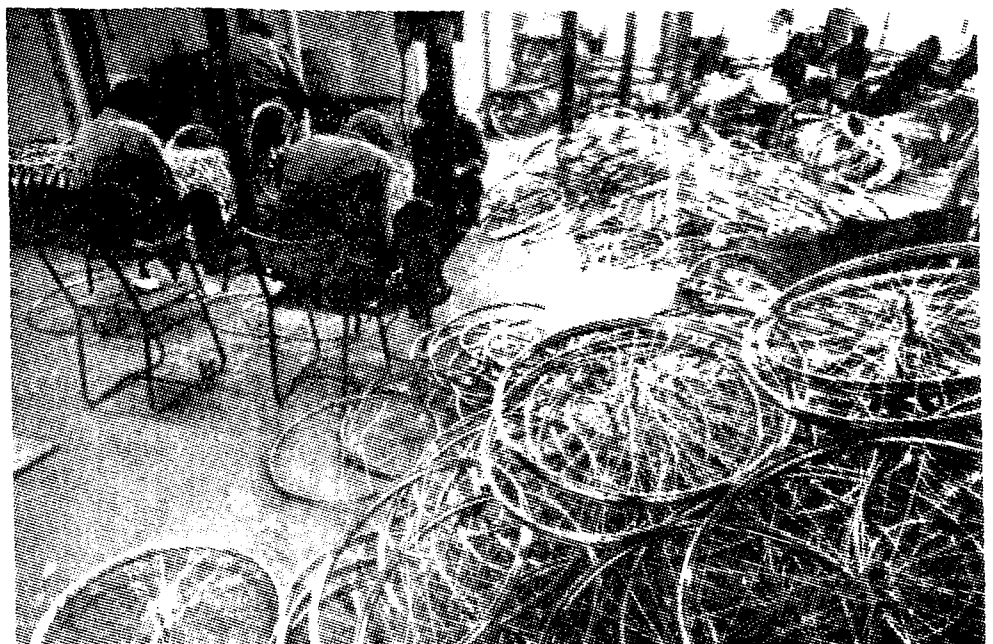
Die Kapitalisten als Klasse haben die Gefangenen nicht in die allgemeine Produktion und Ausbeutung eingliedern können. Das wird durch die Beschäftigungslage belegt, wird dokumentiert durch die örtliche Lage der Gefängnisse, auch wirken die normalen Reproduktionszwänge in der Gesellschaft unter den geschilderten Verhältnissen nicht. In der Geschichte des Gefängniswesens hat es überhaupt nur bestimmte Phasen gegeben, in denen Gefangene im größeren Maßstab ökonomisch vernutzt werden konnten. Die

erste Form war der Verkauf zum Gebrauch als Galeerensklaven, was geschichtlich mit Durchsetzung der Segelschifffahrt überholt war. Dann gab es den Verkauf in den Kolonien zum Einsatz in Bergwerken und bei Besiedelung. In der frühen Phase des Kapitalismus bei einfacher Produktion wurden die Gefangenen in Arbeitshäusern – der baulichen Vorform der heutigen Gefängnisse – ausgebeutet, was mit Entwicklung der Produktionsmittel tatsächlich nicht mehr ging. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts ließ man die Gefangenen dann zunächst dahinvegetieren, sie starben massenweise an Krankheiten und Unterernährung. Die Bourgeoisie konnte nie eine kostengünstige Konzeption zum Gefängniswesen entwickeln. Insbesondere hat sie keinen Weg der allgemeinen Einbeziehung der

Gefangenen in die fabrikmäßige Ausbeutung gefunden. Das Gefängniswesen kommt die Bourgeoisie im Gegenteil teuer. So kostete es den Staat in Niedersachsen z.B. 1978 131,5 Millionen Mark, die Einnahmen aus Ausbeutung betrugen nur 13,6 Millionen. Diesem Kostenproblem versucht die Bourgeoisie jetzt so beizukommen: Seit 1977 sind die Gefangenen in die Arbeitslosenversicherung einbezogen, mit Folge der Überwälzung von Ausbildungs- und Entlassungskosten. Weitere Überwälzung von Kosten auf die Sozialversicherungen sollte in der laufenden Legislaturperiode durch Einbeziehung in die gesetzliche Krankenversicherung erfolgen, das Gesetz hängt noch im Vermittlungsausschuß. Für 1985 ist Gleiches für die Rentenversicherung geplant.



Schuld und Sühne des Mittelalters bedeutete nicht nur Leiden und Verstümmelung, sondern absolute gesellschaftliche Isolation



Schuld und Sühne 1980: Gefangenenzwangsarbeit männlicher Gefangener im Gefängnis Vechta/Niedersachsen

Das Gefängniswesen, die dafür aufgewendeten Gelder haben für die Bourgeoisie den Zweck, die Unterdrückung aufrechtzuerhalten. Nicht die Unterdrückung der Gefangenen selber, das bringt ihr keinen Nutzen. Die Volksmassen sollen auf Grundlage des Gefängniswesens über Moral und Erziehung vom Bruch der bürgerlichen Gesetze durch Drohung mit diesen Gefängnissen abgehalten werden.

Entsprechend muß es nach dem Interesse der Bourgeoisie in den Gefängnissen schikanös, rechtlos, widerlich zugehen. So haben die Gefangenen vor und nach Erlass des Strafvollzugsgesetzes von 1977 keine Rechte. Urlaub usw. kann gewährt werden. Diese Kann-Vergünstigungen – eben keine Rechte – werden nur gewährt zur Erpressung. Wer sich nicht einfügt, bekommt keinen Urlaub. Widerstand von mehreren Gefangenen wird gegen alle gewendet, es wird Freizeitkleidung eingeschränkt, Besuch oder der Zellenaufschluß, der in Vechta z.B. in den letzten Jahren nicht erweitert, sondern verkürzt worden ist. Mit diesem perfiden Erpressungssystem konnte die

Bourgeoisie gerade mit den ausgefeilten Formen des Strafvollzugsgesetzes auch relative Teilerfolge erringen. Die Zahlen von Entweichungen bei Urlaub sind relativ gering, weil Flucht heute mit sicherem Aufgreifen und dann monatelanger Urlaubssperre bedroht ist, meist auch weitere Verfahren wegen Überlebensdiebstählen pp. hinzukommen. Die Kehrseite ist, daß dadurch die Gefängnisolation stark gelockert ist. Ein Nachrichten- und Absprachewesen läuft quer durch die Gefängnisse. Alles Mögliche wird reintransportiert, vor allem Geld, früher Alkohol, heute Rauschgift. Darauf reagiert die Bourgeoisie wieder mit Verschärfung der Unterdrückung, widerlichen Kontrollen einschließlich Ausziehen, Bücken zur After- und Scheidenkontrolle; Polizeirazzien mit Rauschgift hunden, die die Zellen verhaaren; Trennscheiben; Aufbau von besonderen Sicherungsgruppen, die bei Massenrazzien ganze Gefängnisse durchwühlen – alles vom niedersächsischen Justizminister Schwind 1980 erstmals breit praktizierte Neuerungen. Gleichzeitig entwickeln sich unter diesen Ver-

hältnissen im „freien“ Vollzug unter den Gefangenen, die sich individuell darauf einstellen, Subkulturen, gegenseitige Abhängigkeiten, in die auch die schlecht bezahlten und entsprechend bestechlichen Wärter einbezogen sind.

Das reformistische Konzept der Masseneinzeltherapie, das ganze Geschrei nach Psychologen und Psychiatern, ist eine zusätzliche Unterdrückung. Auf der anderen Seite nutzen das einzelne Gefangene, spielen mit und bekommen so Vergünstigungen. An einzelnen Punkten wird auch übel an Gefangenen rumexperimentiert, z.B. zur Phallografie, Stereotaxie. Für das Gefängniswesen ist das aber so wenig von Belang wie der ganze Ausbildungsrummel. So machen Gefangene diverse Ausbildungen z.B. zum Schuster nur wegen des damit verbundenen Urlaubs und sonstigen Vergünstigungen.

Die einzige ideologisch konsequente Begründung für dieses Gefängniswesen wäre die gleiche wie für die Körperstrafen feudaler Kulturen: Schuld und Sühne. Dafür wird von rechts auch angetreten, so von Strauß, wenn er „ganz freimütig“ im Wahlkampf erklärte, ihn interessierten mehr die Opfer als die Resozialisierung der Täter, die natürlich auch ...

Die Gefangenen kommen unter diesen Gefängnisverhältnissen aus ihrer sozialen Deklassierung nicht raus. Es ist schon subjektiv schwer, sich aus dem Kriminellenmilieu zu lösen. Man muß objektive Bedingungen schaffen, die das jedem ermöglichen, der raus will. Dazu brauchen die Gefangenen normalen Lohn, was nur über gewerkschaftliche Rechte, Tarifrecht geht.

Dies wird von Gefangenen aus Lingen, Niedersachsen und aus München gefordert und vom Strafrechtsverteidigertag 1980 unterstützt. Gesetzesreformen der Bourgeoisie, wie der derzeitige Plan, den Lohn von 5% auf 10% zu erhöhen, der ebenfalls im Vermittlungsausschuß hängt, ändern die Lage nicht. Unbedingt muß mit der Gefängnisunterdrückung aufgeräumt werden. Dazu brauchen die Gefangenen politische Rechte und das Recht auf Gefangenenträte statt Kann-Vergünstigungen und Gefangenemitverantwortungen nach Belieben der Anstalten. Gewerkschaftlicher Zusammenschluß unter den Gefangenen und mit der Arbeiterklasse ist Voraussetzung, um diese Verhältnisse Stück für Stück zu ändern. An diesem Mangel sind bisher alle Revolten in den Gefängnissen zusammengebrochen, konnte in Kämpfen keine Kontinuität entwickelt, konnten keine gemeinsamen Fronten aufgebaut werden und half auch häufige punktuelle Unterstützung von draußen nicht weiter. Der ÖTV-Vorstand hat 1978 Aufnahmeanträge von Gefangenen abgelehnt. Das muß neu besprochen werden.

Vechta: Gefangenemitverantwortung bringt Forderungen vor

Seit dem 5.8.1980 boykottiert die Gefängnisleitung Vechta Frauen, Niedersachsen, die fünf Sprecher der Gefangenemitverantwortung. Auf der letzten gemeinsamen Sitzung vom 29.7. hat die GMV über folgende Fragen mit der Leitung verhandelt: Ergebnisprotokolle an alle Gefangenen; Festlegungen von Besprechungs- und Versammlungsterminen; Einblick in die Lohnberechnungsgrundlagen; Kritik an Freizeitsperre bei Krankheit, an Durchsuchung nach Besuch; Forderung, daß die Hausmädchen (Kalfaktoren) zweiwöchentlich sonntags frei haben und ihnen Überstunden gezahlt werden; Tauchsieder-Beschaffung für neue Gefangene; Erhöhung des Kosmetikeinkaufs; Diät auch zum Frühstück und Abendbrot; Forderungen zu Gardinen, Fernseher, Kleiderhaken, Herd, Tabakautomat, Lichtregelung. Solche Verhandlungen fanden wöchentlich statt, etliches konnte durchgesetzt werden, von korrekter Grundlohnabrechnung bis Rügen von Wärterinnen wegen Unverschämtheiten. Auf dieser Grundlage konnte sich die GMV fest auf die Mitgefangenen stützen, auch sonst entwickelte sich der Zusammenschluß, so wurde der Hofgang gemeinsam verlängert oder Reinigung der Kirche verweigert.

Am 5.8.1980 legte die GMV zum zweitenmal eine Resolution gegen die Mißhandlung von Gefangenen durch Isolation, Fesselung und zwangsweises Ausziehen vor. Die Leitung nahm die Resolution zum Anlaß, die GMV zu boykottieren: Seither wurde gehetzt, Sitzungen wurden verweigert, Anträge nicht bearbeitet; die GMV sei zwar nicht abgesetzt – was nach der Satzung nicht geht –, sie sei aber handlungsunfähig. Das gelte auch, wenn diese GMV durch Wiederwahl bestätigt würde. Das bewirkte unter den Gefangenen schließlich Spaltung zwischen denen, die das nicht hinnehmen wollten, und denen, die eine tätige GMV wollten. Nach neun Wochen konnte die Anstalt Abwahl von vier der fünf Sprecher durchsetzen. Die Gefangenen haben dann beraten, daß diese Spaltung beseitigt werden muß. Sie wollen die Einheit jetzt so wiederherstellen, daß auf den fünf Stationen neue Sprecher gewählt werden, die sich nicht von den alten Sprechern absetzen, sondern die Tätigkeit der GMV fortsetzen wollen in enger Zusammenarbeit mit den alten Sprechern und allen Gefangenen. Die Gefängnisleitung spürt, daß ihr die Spaltung nicht gelungen ist, und droht unter der Hand schon mit völliger Abschaffung der GMV, der „Schule der Demokratie“.

Hannover: Gefangene gegen Trennscheiben

Hannover. 23 Gefangene aus der JVA Hannover fordern mit Resolution vom 20.8.1980: „Protest gegen die Anstaltsverfügung Nr. 3/80 vom 28.1.1980 – Besuchsregelung bei Gefangenen unter Einsatz des gesonderten Besucherraumes mit Trennscheibe. Unter Berufung auf rechtsstaatliche Grundsätze fordern die nachfolgend Unterzeichnenden, obige Anstaltsverfügung mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Die Anstaltsverfügung vom 28.1.1980 ist rechtswidrig und daher unzulässig. Nach Absprache mit unseren Angehörigen wird vorbehalten: bei unmittelbarer Betroffenheit auf eine Besuchsmöglichkeit unter diesen unzumutbaren und menschenunwürdigen Bedingungen zwangsläufig zu verzichten. Derart barbarische Methoden sind nachweislich nicht einmal im Dritten Reich zur Anwendung gebracht worden.“ (23 Unterschriften)

Kann-Wahlrecht im Strafvollzugsgesetz

Hannover. Der Genossin Rosenbaum wird im Frauengefängnis Vechta, Niedersachsen, seit 14.1.1980 über neun Monate jeder Ausgang und Urlaub verweigert, insbesondere auch zur Teilnahme am Bundestagswahlkampf als Landeslistenkandidatin des KBW. Strafvollstreckungskammer Vechta und Oberlandesgericht Celle haben das für rechtens erklärt. Begründung ist, sie sei 1975/76 mehrfach aus politischen Auseinandersetzungen heraus abgestraft, besonders wegen Beleidigungen von Bourgeois. Es gäbe keine Anzeichen für Änderung der Gesinnung. Es bestehe die begründete Gefahr, daß sie, auch nur ein paar Stunden außerhalb der Anstalt, gleich wieder beleidige, insbesondere im hitzigen Wahlkampf.

Türkische U-Häftlinge im Hungerstreik

München. In den JVA Aichach, Augsburg, Kaisheim, Landsberg und München werden 25 türkische Antifaschisten in U-Haft gehalten, die sich am 17.6.80 in Augsburg an einer Aktion gegen eine Veranstaltung des „Islamischen Kulturvereins“ beteiligt haben sollen. Die Haftbefehle werden aufrechterhalten, obwohl sich in einigen Prozessen

schon gezeigt hat, daß die Lügegebäude, auf denen sie beruhen, sehr rasch in sich zusammenbrechen und freigesprochen werden muß. Die „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD und Westberlin (ATIF)“ organisiert vom 15.–23.9.80 einen Hungerstreik, an dem sich auch die 25 Inhaftierten in bayerischen Gefängnissen beteiligen. Er richtet sich gegen jede Art von „Türkei-Hilfe“ des BRD-Imperialismus, gegen die militärische und ökonomische Unterstützung der faschistischen Militärjunta durch Waffenlieferungen und Kredite, gegen die Duldung faschistischer türkischer Organisationen und die Verfolgung fortschrittlicher türkischer Organisationen in der BRD.

Justizminister gegen Unterschriftenaktion

Freiburg. Mit einem Erlaß zum Verbot von Unterschriftensammlungen in Vollzugsanstalten vom 8.7.1980 hat das

Justizministerium Baden-Württemberg auf die letzte Unterschriftenaktion in der Vollzugsanstalt Freiburg reagiert. Die Häftlinge haben begonnen, einen Gefangenerrat zu organisieren und eine Unterschriftensammlung zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und des Essens durchzuführen. Einer der Häftlinge ist daraufhin für drei Wochen von allen gemeinsamen Veranstaltungen ausgeschlossen worden, weil ein derartiges Vorgehen „ohne Absprache mit der Vollzugsanstalt im Hinblick auf die Ordnung in der Anstalt nicht hingenommen werden“ könne. Schon im vorigen September wurde durch eine Unterschriftensammlung von Häftlingen und Verteidigern gegen die Anstaltsleitung die weitgehende Wiederaufhebung eines Umschluß- und Freizeitverbotes in der Haftanstalt durchgesetzt. Anfang Dezember 1979, nach dem tödlichen Sturz eines Untersuchungshäftlings während einer Vernehmung beim

Rauschgiftdezernat, griffen elf Häftlinge in einem Brief die Vernehmungsmethoden der Kripo an. Im gleichen Monat wandten sich 58 Gefangene der Vollzugsanstalt mit einer gemeinsamen Erklärung an den Landtag gegen die Willkür der Anstaltsleitung.

Schüler unterstützen Gefangene in Vechta

Nachdem in Presse und Rundfunk über Mißhandlungen von Frauen in dem Frauengefängnis Vechta berichtet worden war, haben Schüler an der Hedwig-Heil-Schule eine Wandzeitung verfaßt und Unterschriften gesammelt. Eine Rechtsanwaltsgehilfenklasse in Hannover hat gefordert, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Sie schreiben: „Wir sprechen den betroffenen Frauen unsere Solidarität aus. Die Gefangenenmitverantwortung muß zur Untersuchung herangezogen werden und über alle Ergebnisse unterrichtet werden.“

Wahlrechtsschutz war nicht vorgesehen

Der jetzige § 73 StVollzG war im Entwurf weder zum Schutz des aktiven noch des passiven Wahlrechts gedacht. Der Halbsatz fehlte. Intention war laut Begründung des Entwurfs, z.B. jemanden, der sich bisher Unterhaltszahlungen entzogen hatte, zum Zahlen zu zwingen. Der Bundesrat nahm nicht dazu Stellung, die Bun-

Zweierlei Maß bei der Regelung des Urlaubs

Seit dem 1.1.80 ist der § 42 „Freistellung von der Arbeitspflicht“ in Kraft. Durch Vermischung mit dem § 13, Bestimmungen über „Urlaub aus der Haft“, ist keine Regelung erreicht, die dem Verhältnis des freien Lohnarbeiters entspricht. Die einzelnen

Strafvollzugsgesetz: Hilfe während des Vollzugs. Entwurf § 66. Der Gefangene wird in dem Bemühen unterstützt, seine Rechte und Pflichten wahrzunehmen, namentlich für Unterhaltsberechtigten zu sorgen und einen durch seine Straftat verursachten Schaden zu regeln.

Verabschiedete Fassung § 73. Der Gefangene wird in dem Bemühen unterstützt, seine Rechte und Pflichten wahrzunehmen, namentlich sein Wahlrecht auszuüben sowie für Unterhaltsberechtigten zu sorgen und einen durch seine Straftat verursachten Schaden zu regeln.

desregierung stimmte dem Vorschlag zu. Die unpräzise Einfügung wurde von den Gerichten genutzt, um festzustellen, daß Leute, die bei

schikanösen Bedingungen werden durch Verordnungen der Länder geregelt. Der Ur-

§13 (1) Ein Gefangener kann bis zu einundzwanzig Kalendertage in einem Jahr aus der Haft beurlaubt werden ...

(2) Der Urlaub soll in der Regel erst gewährt werden, wenn der Gefangene sich mindestens sechs Monate im Strafvollzug befunden hat.

Parlamentswahlen kandidieren und andere Ziele verfolgen als die bürgerlichen Parteien, eingemauert gehören, so Helga Rosenbaum.

§42 (2) Auf die Zeit der Freistellung wird Urlaub aus der Haft angerechnet, soweit er in die Arbeitszeit fällt und nicht wegen einer lebensgefährlichen Erkrankung oder des Todes eines Angehörigen erteilt worden ist.

urlaub insgesamt ist der Willkür der Gefängnisleitung unterworfen.

§ 6. Behandlungsuntersuchung. Beteiligung des Gefangenen.

(1) Nach dem Aufnahmeverfahren wird damit begonnen, die Persönlichkeit und die Lebensverhältnisse des Gefangenen zu erforschen ... (2) Die Untersuchung erstreckt sich auf Umstände, deren Kenntnis für eine planvolle Behandlung des Gefangenen im Vollzuge und für die Eingliederung nach seiner Entlassung notwendig ist. (3) Die Planung der Behandlung wird mit dem Gefangenen erörtert.

§ 7. Vollzugsplan. (1) Auf Grund der Behandlungsuntersuchung wird ein Vollzugsplan erstellt ... (3) Der Vollzugsplan ist mit der Entwicklung des Gefangenen und weiteren Ergebnissen der Persönlichkeitserforschung in Einklang zu halten.

nen zulässig ist, erledigt sich die Zuweisung zur Wohn-

gruppe, wo keine Arbeit ist, die Planung des Einsatzes.

Banken stimmen Umschuldungsprogramm zu – Zins-einnahmen innerhalb von zwei Jahren verdoppelt

In der letzten Woche stimmten Bankiers und Regierungsvertreter bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds einem Umschuldungsprogramm zu, das der Türkei etwas mehr Zeit für die Rückzahlung von 3 Mio. Dollar Kredit gibt, die im letzten Jahr aufgenommen wurden. Die Einzelheiten waren bereits mit der Regierung Demirel ausgehandelt worden, die am 12. September von Generälen gestürzt wurde. Für die Demirel-Regierung wie auch jetzt für die Generalsjunta verhandelte Turgut Özal mit den Imperialisten. Özal „genießt das Vertrauen der internationalen Bankenkreise“, schreibt die britische Finanzzeitung „Financial Times“. Die Militärajunta hat ihn zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt, mit der besonderen Aufgabe, das „wirtschaftliche Sanierungsprogramm“ durchzusetzen.

Es war kein Zufall, daß Özal wenige Tage vor dem Putsch in London und Bonn war. Die imperialistischen Gläubigerländer hatten die türkische Regierung Anfang dieses Jahres zu einem selbstmörderischen „Sanierungsprogramm“ gezwungen, dessen Durchführung durch die Kämpfe der Arbeiter und Bauern stark behindert wird. Mit dem Militärputsch wollen die Imperialisten sich Mittel schaffen, den Widerstand gegen ihren Plünderungsfeldzug zu brechen.

Die Türkei hat mehr als 17 Mrd. Dollar Auslandsschulden. Das ist fast doppelt soviel wie der türkische Staat in diesem Jahr insgesamt an Steuern einnehmen wird. Von diesen 17 Mrd. Dollar schuldet die Türkei den imperialistischen Banken 4,8 Mrd. Dollar, den Regierungen anderer Länder – vor allem imperialistischer Länder – 8,2 Mrd. Dollar und internationalen Organisationen wie Weltbank, Europäischer Entwicklungsbank und Währungsfonds 4 Mrd. Dollar. 1978 holten die internationalen Kredithäer 489 Millionen Dollar allein an Zinsen aus der Türkei, 1979 waren es schon 629 Mio. Dollar, und nach Schätzungen der von imperialistischen Ländern beherrschten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werden es 1980 1,6 Mrd. Dollar sein. Innerhalb von zwei Jahren haben die Imperialisten ihre Zins-einnahmen aus der Türkei also mehr als verdreifacht.

Das waren die Hebel, die das Kapital Anfang dieses Jahres ansetzte, um der Demirel-Regierung das „Sanierungs-

programm“ zu diktieren. Der Türkei wurde mit der Sperrung der Kredite gedroht, die sie für die Rückzahlung der älteren Kredite braucht – also mit dem Staatsbankrott.

Das „Sanierungsprogramm“ sah nach diesen Verhandlungen dann so aus: Erhöhung der Preise der Staatsunternehmen, nämlich Heizöl, Kohle, Eisenbahn und Textilien um 100%, Elektrizität um 120%, Benzin um 45%, Zigaretten um 55%, Post um 75%, Zucker um 80%, Kunstdünger um 400%. Für landwirtschaftliche Erzeugnisse führte die Regierung eine Sonderabgabe ein, die die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und einem von der Regierung festgesetzten internen Preis wegsteuert. Das Geld soll für „export-orientierte Investitionen“ eingesetzt werden. Kapitalanlagen ausländischer Monopole, auch in der Ölindustrie, wurden erleichtert. Die Regierung mußte einer Steuerreform zustimmen. Und sie wurde gezwungen, die türkische Lira gegenüber dem Dollar um 33% abzuwerten, d.h. die Türkei bekommt für alle Exporte weniger und

Programms. „Löhne, Gehälter und Erzeugerpreise“ seien entscheidend. Die Generalsjunta, die das Sanierungsprogramm ausdrücklich bestätigt hat, verbot deshalb als erstes alle Streiks, gewerkschaftliche und revolutionäre Tätigkeit. Pressezensur, Demonstrationsverbote, Buchkonfiskationen und Kriegerrecht im ganzen Land werden bei dem Versuch benötigt, das Programm durchzusetzen.

Die OECD verlangt in ihrem Jahresbericht auch eine „dynamische, exportorientierte Haltung von türkischen Firmen und Regierungsstellen, damit eine größere Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung in sich selbst ein Ziel wird. Die größere Öffnung für Auslandsinvestitionen wird hierbei von Vorteil sein.“

Die Forderung nach „Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung“ ist nichts Neues. Die US-Imperialisten fordern das seit 1945. Die bürgerlichen Revolutionäre, die das Volk bei der Zerschlagung des alten, bankrotten osmanischen Reiches und der imperialistischen Intervention 1919 bis 1923



Massenverhaftungen durch die Armee in der Nacht des Putsches

muß mehr für Importe zahlen.

Für die Arbeiter- und Bauernmassen bedeutet dies Programm sofortige und drastische Verelendung. Die Arbeiter wehren sich gegen diese Verelendung mit Streiks. 50000 Metallarbeiter streikten zwei Monate lang im Juli und August, ebenso 30000 Textilarbeiter. Mit Landbesetzungen und Versammlungen gegen Wucher, Steuern und hohe Kunstdüngerpreise protestierten die Bauern.

Die OECD forderte im April in ihrem „Jahresbericht Türkei“ eine „feste und kräftige Durchsetzung“ des

führten, hatten nämlich Anstrengungen für die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit des Landes gemacht. Ausländische Firmen wurden verstaatlicht, der Aufbau der eigenen Industrie gefördert und die Auslandsschulden fast ganz zurückgezahlt. Von 1929 bis 1939 konnte die Türkei z.B. die Elektrizitätsproduktion um 223% steigern, die Kohleförderung um 86%, die Zementproduktion um 337%. Aber die türkische Bourgeoisie führte keine wirksame Landreform durch, sondern schützte den Großgrundbesitz und unterdrückte die kleinen Bauern,

insbesondere im 2. Weltkrieg. Alle Bauern mit weniger als 4 Hektar mußten ihre Zugochsen an den Staat abliefern, was für viele den Ruin bedeutete. Ab 1943 wurden die Bauern stärker besteuert, während die Beamten ausdrücklich entlastet wurden. Sinkende landwirtschaftliche Produktion und große Unzufriedenheit auf dem Land waren die Folgen.

Auf dieser Grundlage konnten die US-Imperialisten 1945 ihr Vordringen in die Türkei beginnen. Sie boten „selbstlose“ Kredite für den Wiederaufbau und für Waffenkäufe an. Die Angebote waren mit der Ankunft amerikanischer Berater bei der Armee und im Wirtschaftsministerium verbunden. Nach wenigen Jahren hatten die USA mit Drohungen und Schmeicheleien die bürgerliche Regierung soweit, daß sie 1947 einen Militärvertrag unterzeichnete, den Vorläufer des NATO-Beitritts.

Wirtschaftlich bestanden die USA auf einem „neuen Entwicklungsweg“ für die Türkei. Für Kredite wurden Bedingungen gestellt, z.B. die Stilllegung des 1939 eröffneten Stahlwerks Karabük. Die Türkei sei ein Agrarland und solle Maschinen importieren. Mit Billigprodukten aus Westeuropa und den USA, deren Import durch erzwungene Zollsenkungen erleichtert wurde, behinderten die Imperialisten die Entwicklung der türkischen Industrie bzw. zerstörten sie. Ihre eigenen Kapitalanlagen waren dabei höchst profitabel. Die Türkei mußte ihre Exporte von Rohmaterial, vor allem Lebensmitteln (Nüsse, Obst, Getreide) und Erzen (Chrom, Bauxit und andere) ausdehnen, um für die teuren Importe von Maschinen, Werkzeugen, Kunstdünger usw. zahlen zu können. Während das Land zwischen 1930 und 1946 dauernd eine positive Handelsbilanz hatte – also mehr exportierte als importierte –, ist die Bilanz seit 1947 negativ – d.h., die Türkei verschuldet sich immer mehr bei den Lieferländern. Das erste große Sanierungsprogramm setzten die Banken 1958 durch, als sie die Streichung staatlicher Ausgaben für den Aufbau der türkischen Industrie erzwangen.

Die Assoziierungsverträge mit der EWG 1963 brachten die westeuropäischen Mächte verstärkt ins Geschäft, „auf Kosten der USA“, wie ein US-Minister klagte. Die westeuropäischen Imperialisten setzten die Politik der „Arbeitsteilung“ fort. Die BRD ist inzwischen Haupthandelspartner und ein Hauptgläubiger. Die Exporte der Türkei bestehen weiterhin aus Lebensmitteln und Erzen. Die Unterentwicklung der türkischen Wirtschaft ist auch die Voraussetzung dafür, daß die Imperialisten gegenwärtig mehr als eine Million türkische Arbeiter in ihren Ländern ausbeuten.

Südkorea

Todesurteil gegen Kim Dae Jung

Wegen „Verschwörung zur Rebellion“ hat ein südkoreanisches Militärgericht den bürgerlichen Oppositionsführer Kim Dae Jung am 17. September zum Tode verurteilt. 23 Mitangeklagte erhielten, ebenfalls aufgrund erfolgterter und in der Hauptverhandlung widerrufener „Geständnisse“, Gefängnisstrafen zwischen 2 und 20 Jahren. Der japanische Gewerkschaftsbund Sohyo führte gegen die Terrorurteile eine Kundgebung in Tokio durch. Die japanischen Imperialisten sind die Hauptprofiteure an der von US-Besatzern bewachten Arbeitskolonie Südkorea.

Scheinheilig hatte die Supermacht vor „ernsten Konsequenzen“ eines Todesurteils „gewarnt“. Diese bestanden darin, daß am Tag der Urteilsverkündung D. Rockefeller eine neue Filiale der Chase Manhattan Bank eröffnete. Kurz darauf hat das Militärregime bekanntgegeben, jetzt würden die Tore für ausländische Investitionen „weiter geöffnet“. Sie waren bisher schon offen genug, um in 18 Jahren über 1 Mrd. Dollar Kapital ins Land zu schleusen. Jetzt können die Kapitalexperteure auch in der Nahrungsmittel- und Pharmaindustrie sowie in Grund und Boden investieren. Bisher mußte an Niederlassungen ausländischer Konzerne zu 50% ein koreanischer Partner, und sei es ein Strohhalm, beteiligt werden. Das hat Teile der einheimischen Bourgeoisie an imperialistische Interessen gebunden. In vielen Fällen wird diese Bestimmung jetzt gestrichen. Die imperialistischen Monopole wollen den ganzen Profit.

USA

Wehrerfassung der Jugend erzwungen

Zwischen dem 21. Juli und 2. August hatten sich 4 Millionen männliche Jugendliche in den USA bei einem der 34 500 Postämter zu melden und ihre Personalien einschließlich Wohnsitz, Telefonnummer und Sozialversicherungsnummer anzugeben. Erfasst wurden die Jahrgänge 1960 und 1961; der Jahrgang 1962 wird ab 5. Januar 1981 innerhalb von sechs Tagen erfasst; der Jahrgang 1963 und alle späteren müssen sich innerhalb von 30 Tagen vor oder nach ihrem 18. Geburtstag melden. Wer nicht auf den Postamt erscheint, dem droht die Bourgeoisie mit einer Strafe von bis zu 5 Jahren Gefängnis und/oder bis zu 10 000 Dollar

Geldstrafe. Die Strafe gilt auch für den Aufruf zur Nichtregistrierung und die Nichtmeldung von Umzügen. Auf dem Erfassungsformular ist vermerkt, daß diese Personalien im Bedarfsfall dem Justizministerium, Arbeitgebern von Zivildienstleistenden, dem FBI, der Einwanderungsbehörde, dem Innenministerium, dem Amt für Beschäftigung von Kriegsveteranen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Diese Wehrerfassung hatte Carter als Antwort auf den Überfall der Sozialimperialisten auf Afghanistan Anfang 1980 angekündigt und im Kongreß mit deutlichen Mehrheiten durchgesetzt. Zwei Auseinandersetzungen wurden innerhalb des Kongresses geführt: Sollten auch die Frauen erfasst werden? Carter war dafür, die Ausschüsse des Kongresses waren dagegen. Eine Verfassungsklage wegen Benachteiligung der Männer durch Nichterfassung der Frauen hatte Erfolg; im Laufe des Jahres wird der Oberste Gerichtshof endgültig entscheiden. Sollte die Verweigerung des Kriegsdienstes zugelassen werden? Der Senator Hatfield verlangte, in die Erfassungsformulare ein Feld aufzunehmen, in dem sich die Jugendlichen als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen bezeichnen könnten. Der Kongreß lehnte das ab.

Die US-Imperialisten hatten die Wehrpflicht 1971 und die Wehrerfassung 1975 ausgesetzt. Das war eine Abwehrmaßnahme gegen die Zersetzung des Wehrpflichtigenheeres während des Indochinakrieges. Die Siege der Völker von Kampuchea und Vietnam wurden dadurch erschwert. Der US-Bourgeoisie gelang so die Konsolidierung ihres bewaffneten Armes. Die Berufsarmee hat allein zwischen Oktober 1979 und Mai 1980 230 500 Freiwillige angeworben, meist für drei Jahre, viele von ihnen arbeitslose Jugendliche und Fabrikarbeiter. Diese Berufsarmee reicht aus für imperialistische Aggressionen; für den imperialistischen Krieg großen Maßstabs ist das Kanonenfutter der Wehrpflichtigenarmee unabdingbar. Die jetzige Wehrerfassung bereitet die Wiedereinführung der Wehrpflicht vor, und zwar vor allem als Maßnahme der Unterdrückung nach innen. Die „Aktionseinheit Mittlerer Westen gegen Wehrerfassung und Wehrpflicht“ hat dagegen die Losungen aufgestellt: „Keine Wehrerfassung; keine Wehrpflicht; keine Dienstverpflichtung; keine militärische Intervention“.

Schwächen hat die Bewegung in der Kritik der Berufsarmee und des Rivalitätsstrebens der beiden Supermächte. Die Berufsarmee ist aber der Kern des imperialistischen Gewaltapparates und der imperialistischen Aggression. Die Kriegsvorbereitung der US-Bourgeoisie gegen die sozialimperialistische Su-

permacht ist keinen Deut gerechter als die Kriegsvorbereitungen gegen die Dritte Welt. Diese Schwächen kann der Präsidentschaftskandidat Reagan nutzen – er tritt gegen die Wehrrfassung auf und fordert höhere Besoldung der Berufsarmee und noch schärfere Aufrüstung.

Durch die Wehrrfassung über die Postämter hat die Regierung Carter eine wirksame Verhinderung der Wehrrfassung erschwert wie auch die Postbeschäftigten zur Tätigkeit für den Gewaltapparat gezwungen. An den Kampfaktionen haben sich vielfach Gewerkschafter beteiligt. In San Francisco sprachen auf einer Kundgebung Ende Juli der stellvertretende Bezirkssekretär der Postarbeiter und der Bezirkssekretär der Gaststättenarbeiter, die gerade im Streik gegen die großen Hotels der Stadt standen. Die führenden Organisationen der Antiwehrrpflichtbewegung kommen aber von den Hochschulen, auf die etwa 45% der US-Jugend gehen, und den Kirchen.

Da in den USA bisher keine allgemeine Meldepflicht besteht, ist es für die Bourgeoisie nicht sofort möglich, festzustellen, wie viele Jugendliche sich der Registrierung entziehen. Die Regierung rechnet mit 98% Registrierung, das wären 80000 Verweigerer. Die Organisationen gegen die Wehrrfassung und Wehrrpflicht rechnen mit erheblich höheren Zahlen; aus einzelnen Bezirken meldeten sie über 40% Verweigerung. Über die Sozialversicherungsnummer kann die US-Bourgeoisie jedenfalls alle Lohnabhängigen überprüfen. Bis 1. November plant sie Abschluß der Datenverarbeitung und Aufnahme der Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaften.

Fiat/Italien

Streik gegen geplante Massenentlassungen

Seit fast vier Wochen halten die Streikaktionen der italienischen Fiat-Belegschaften an. Teils wird unbefristet gestreikt, teils führen die Arbeiter in den Abteilungen häufige Kurzstreiks durch. Mitte September hatte das Automonopol angekündigt, am 7.10. würden 14469 Arbeiter entlassen. Bereits seit Ende der Werksferien mußten 70000 der 130000 Lohnabhängigen der Autowerke an zwei Wochentagen Feierschichten machen.

Nach dem Urteil von Fiat-Arbeitern, die in ausländischen Autofabriken gearbeitet haben, sind die Anlagen technisch veraltet. Wegen der weit niedrigeren Löhne – ein Facharbeiter verdient gut 500000 Lire, nicht einmal 1100 DM – hat der Konzern noch in



der letzten Bilanz Profite ausgewiesen. Jetzt sind 432000 Autos, fast ein Drittel der Jahresproduktion, unverkauft. Die Fiat-Kapitalisten wollen die Krise nutzen, um eine drastische Verschärfung der Arbeitshetze durchzusetzen.

Die Gewerkschaft lehnt Entlassungen ab. Kurzarbeit soll, wenn sie schon angesetzt wird, „rotierend“ durchgeführt werden, damit nicht ein fester Teil der Belegschaft abgespalten wird und damit die ersten Entlassungskandidaten darstellt. Ein für den 2.10. bereits beschlossener Generalstreik wurde abgesagt, als Fiat nach dem Sturz

der Regierung Cossiga die angekündigten Entlassungen zunächst aufschob. Doch schon wenige Tage später setzte der Konzern für 24000 drei Monate Zwangsurlaub zu Kurzarbeitergeld (80% des Lohns) ab 6.10. an. Unter den Betroffenen sind 282 Vertrauensleute – die Kapitalisten wollen die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb treffen. Die Arbeiter antworteten sofort mit Blockade aller Werkstore, um die Auslieferung fertiger Autos zu unterbinden. Für den 10.10. haben die Gewerkschaftsbünde zum landesweiten Generalstreik aufgerufen.

IWF-Jahresversammlung

Raub von Opec-Geldern mißlungen. Beitritt Chinas stärkt Dritte Welt.

Gleichzeitig mit Berichten von der Washingtoner Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank vermeldete die Presse, daß jetzt an die türkische Militärdiktatur ein weiterer Teil des zugesagten IWF-Kredits in Höhe von 1,625 Mrd. \$ ausbezahlt wird. Die Diktatur bietet die Gewähr für die Einhaltung der verlangten Kreditaufgaben: Abwertung der türkischen Währung, was die türkischen Produkte auf dem Weltmarkt verbilligt, ebenso aber den imperialistischen Kapitalexporth in die Türkei; Abbau der Hemmnisse für den Kapitalexporth in die Türkei; strikte Lohnkontrolle. Ende letzten Jahres hatte der IWF bei der Kreditvergabe an Portugal ein ähnliches Sanierungsprogramm diktiert, das u.a. die Aufhebung der Enteignungen von Großgrundbesitz, Lohnsenkungen, Streichung von Lebensmittelsubventionen und Abwertung verlangte. Auch Ägypten, Peru, Sambia, Zaire und andere Entwicklungsländer sind in den letzten Jahren von IWF und Weltbank derart erpreßt worden.

Wegen des ungleichen Tausches auf

dem Weltmarkt, bei dem die nationale Arbeit der Entwicklungsländer weniger zählt als die in Industrieprodukten verkörperte nationale Arbeit der imperialistischen Länder, und wegen der fortgesetzten Verschlechterung dieser Austauschverhältnisse sehen sich die Entwicklungsländer gezwungen, mangels Devisen entweder auf den Import z.B. dringend benötigter Maschinen zu verzichten oder aber eine negative Zahlungsbilanz in Kauf zu nehmen und sich zu verschulden.

Als Mitgliedsland im IWF hat ein Entwicklungsland, das eine bestimmte Einlage in Form seiner nationalen Währung und in Form von Weltgeld – Gold oder zumeist Dollar – in den IWF getätigt hat, Sonderziehungsrechte (SZR), die sich an seiner Einlage, seiner Quote bemessen. Will das Land z.B. von den BRD-Imperialisten Maschinen kaufen und hat es die nötigen DM dafür nicht, so muß es Sonderziehungsrechte an die Bundesbank geben. Es zieht damit einen Währungskredit, der verzinst werden muß und nur mit Auflagen gewährt wird, sobald die Ziehungen des Landes 25% seiner Quote

beim IWF übersteigen. Die vom IWF verhängten Auflagen wie die Abwertung, die die Austauschverhältnisse für das Entwicklungsland auf dem Weltmarkt weiter verschlechtert, und die Zinslasten verstärken ihrerseits die Abhängigkeit und Verschuldung. Etwa 20% ihrer Exporterlöse müssen die Entwicklungsländer – einschließlich der Opec-Länder – gegenwärtig allein für Rückzahlungs- und Zinslasten aus Auslandsschulden aufwenden.

In einem Sofortprogramm verlangten die Länder der Dritten Welt auf der Jahresversammlung von IWF und Weltbank u.a.: zusätzliche Zuteilungen von SZR an die ölimportierenden Entwicklungsländer in Höhe von 7,7 Mrd. \$, also eine Ausweitung des Rahmens für Währungskredite, der bislang auf 100% der Quote bei einem Jahr Laufzeit begrenzt war; Aufstockung der jährlichen Zuteilungen von SZR auf mindestens 12,9 Mrd. \$; Heraussetzung der auflagenfreien ersten Kredittranche, die gegenwärtig 25% der SZR eines Landes beträgt, um 50%; Erhöhung des Quoten- und damit des Stimmanteils der Entwicklungsländer von derzeit 33% auf 45%; schließlich die Kopplung der Ausgabe von neuen SZR, mit denen sich die Imperialisten in erster Linie selbst bedienen, mit zusätzlichen Entwicklungshilfeszahlungen.

	Quoten (Stimm- gewichte)	% der SZR- Bestände und Devisenbestände im IWF
Australien	2,0%	0,6%
Belgien	2,3%	3,8%
BRD	5,6%	14,3%
Frankreich ...	4,9%	5,0%
Großbritannien	7,5%	4,6%
Italien	3,2%	3,6%
Japan	4,3%	9,0%
Kanada	3,5%	3,1%
Niederlande ..	2,4%	3,4%
USA	21,7%	13,0%
104 Entwick- lungsländer ...	32,0%	30,6%

Entwicklungsländer mit Opec, ohne VR China.
Quelle: International Financial Statistics 5/80.
Quoten nach IWF-Jahresbericht 1979

Durch den Beitritt der VR China und Zimbabwes zum IWF und zur Weltbank stellen die Entwicklungsländer inzwischen 122 von 141 IWF-Mitgliedern. Die VR China hält 3% der Quoten im IWF; die Bevölkerungszahl aller im IWF vertretenen Länder hat sich durch Chinas Beitritt fast um die Hälfte erhöht. Das politische Gewicht der Entwicklungsländer in IWF und Weltbank ist dadurch weiter gewachsen, wenn auch die westlichen Imperialisten durch ihre Quoten nach wie vor über die Stimmehrheit verfügen. Der chinesische Finanzminister Wang

Bingqian verlangte auf der Konferenz eine Reform der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, wozu eine Änderung der Stimmverhältnisse im IWF, die Erleichterung der Bedingungen der Kreditvergabe, eine erhebliche Steigerung der Entwicklungshilfe und der Abbau von Handelsrestriktionen gehöre. Der Vertreter Tansanias Jamal forderte für IWF und Weltbank die gleiche Stimmregelung wie in allen internationalen Organisationen: ein Land, eine Stimme.

Die westlichen Imperialisten hatten beabsichtigt, die benötigten zusätzlichen Mittel für IWF und Weltbank großenteils von den Opec-Ländern zu besorgen und auf diese Weise einen Teil der Überschüsse der Opec-Länder unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit diesem Raubzug scheiterten sie auf der Konferenz. Nachdem die westlichen Imperialisten den Beobachterstatus für die PLO abgelehnt hatten, verhandelten die Opec-Länder nicht mehr über die Finanzierung von IWF und Weltbank aus Opec-Mitteln. Denn es war klar, daß die Imperialisten das alleinige Sagen über die Verwendung der Ölgelder haben wollten. Einig waren sie sich, mittels Weltbank und IWF die Ausplünderung und Erpressungen gegen die Entwicklungsländer fortzusetzen und daran nichts zu lockern. Besonders die wirtschaftlich potentesten Räuber USA, BRD und Japan verlangten die strikte Beibehaltung der Kreditaufgaben des IWF, die auch für die Großbanken Maßstab der Kreditwürdigkeit eines Landes sind. US-Staatssekretär Bergsten vom Schatzministerium zynisch: „Sie (die Entwicklungsländer; Red.) sind tragisch in die Irre geführt. Diese Institutionen sind die, welche am meisten für sie tun.“ Matthöfer, Türkei-Experte des IWF, erklärte, die Politik der Kreditaufgaben müsse erhalten bleiben. Außerdem trage nämlich in vielen Ländern die Überschuldung an den Zahlungsbilanzschwierigkeiten erheblich Mitschuld. Matthöfer zeigte sich zudem besorgt über die Schaffung von „Krediten aus dem Nichts“; der BRD-Imperialismus, Hauptgläubiger des IWF, fürchtet um sein gutes Geld. Lediglich Frankreich, aufgrund seiner eigenständigen Politik gegenüber der Dritten Welt auch stärker unter dem Druck der Entwicklungsländer, unterstützte die Forderungen wie die Zuteilung von mehr SZR an die Entwicklungsländer und die Lockerung der Auflagen bei der Kreditvergabe.

Zugestehen mußten die Imperialisten, daß die Länder statt wie bisher 100% künftig bis zu 600% ihrer Quote auf drei Jahre ausleihen können und daß Zinssubventionen für Entwicklungsländer gewährt werden. Außerdem mußten sie einer Überprüfung der Stimmanteile bis 1982 zustimmen.

Afghanistan Aktionen in Kabul treffen Invasoren

Mit der Zerstörung der Felder und Dörfer und der Vertreibung der Bauern versuchen die sozialimperialistischen Invasoren, den Kampf des afghanischen Volkes an der Wurzel auszurotten. In zwei großen Offensiven im Nordosten verwüsteten russische Truppen das Konar-Tal. Die Guerillastreitkräfte kehrten nach den Offensiven zurück und sorgten dafür, daß die russischen Truppen und afghanischen Hilfstruppen sich nicht aus ihrem befestigten Stellungen wagten. Nach wie vor ist die Desertionsrate in der afghanischen Armee hoch. Das Karmal-Regime versucht, Widersprüche zwischen einzelnen Stämmen durch Bestechung zu verschärfen. – Während die Hauptstärke der Guerillakräfte auf dem Land liegt, gibt es mehr und mehr Meldungen von erfolgreichen Aktionen auch in den Städten, vor allem in Kabul. Vor kurzem wurde ein hochrangiger sowjetischer Offizier von einer Menschenmenge aus dem Auto ge-



zogen und getötet. Die Einheit, die den Anschlag ausführte, konnte entkommen. Das berichtete der indische Journalist Kuldip Nayar, der vor wenigen Tagen aus Kabul nach Delhi zurückgekehrt ist. Nach Nayars Angaben haben die Sozialimperialisten 20000 Mann in der Stadt Kabul und Umgebung, die sich aber bei Tage selten zeigen. Ab acht Uhr abends zeigen sich die Panzer auf der Straße. Am 3. Oktober gab es in Südwestkabul eine größere Schlacht in der Nähe des Hauptquartiers der Besatzungsarmee. – Der nach der sozialimperialistischen Invasion im Dezember installierte afghanische Präsident Karmal wird in dieser Woche erstmals amtlich nach Moskau reisen.



Filmkritik

Spannender Mystizismus: „Das Imperium schlägt zurück“

Der Krieg des *Guten* gegen das *Böse* geht weiter. Am 12. Dezember läuft in den westdeutschen Kinos der Film „Das Imperium schlägt zurück“ an, Fortsetzung von „Krieg der Sterne“. Die „Rebellen“, angeführt von dem blond-blauäugigen amerikanischen Oberschüler-Typ Luke und der ebenso spießigen Prinzessin Leia, werden von den Truppen des Imperiums aus ihrer Basis auf dem Eisplaneten Hoth nach einer wilden Schlacht, die sie mit Gewehren aus Schützengraben, mit stählernen Kabeln und Handgranaten ge-

ke löst sich auf und hervor kommt: der Kopf Lukes! Auch wenn das wirkliche Duell mit Dark Vader am Schluß des Films noch aussteht: Der Kampf der Rebellen gegen das Imperium ist letztlich der Kampf des *Guten* im Menschen gegen das *Böse* ebendarin.



Reaktionärer Mystizismus, verpackt in spannende intergalaktische Schlachten, in Verfolgungsjagden in den Leib einer Monsterschlange hinein und wieder hinaus, das Ganze aufgelockert durch Witzeleien des Roboterpärchens C-3PO und R2-D2, eines Gespanns à la Dick und Doof: das ist die Mischung



des Films. Die „Technologie der Zukunft“ wäre danach: fähig, alle Naturschranken zu überwinden, aber immer noch angewiesen auf zwerghaft verkümmerte Arbeiterrassen und ab und an gestört durch Kurzschlüsse oder Arbeiterunruhen.



gen monströse wandelnde vierbeinige Panzerfestungen führen müssen, schließlich vertrieben.

Luke begibt sich auf einen sumpfigen Planeten zu dem uralten zwerghaften Guru Yoda, um *Jedi* zu werden, eine Art Messias. Zu seiner Ausbildung gehört neben mancherlei Waldläufen auch – ein einarmiger Handstand.

Vor allem aber werden die Zuschauer in einige Geheimnisse der mysteriösen *Kraft* eingeweiht, die auf Lukes Seite steht, deren sich aber auch das *Böse*, also Dark Vader, bedient. „Sie schafft das Leben und läßt es wachsen. Ihre Energie umgibt uns und verbindet uns.“ Sie ist „überall, wartet darauf, gespürt und benutzt zu werden“, erklärt Yoda.

Und das *Böse*? „Zorn, Zorn, Furcht und Aggression! Das ist die dunkle Seite der *Kraft*. Hab acht vor ihr!“ In einer Schlangenhöhle folgt eine erste Auflösung des Geheimnisses: Luke trifft auf die *Erscheinung* Dark Vaders, schlägt ihr den Kopf ab, die Mas-

„Das Teehaus“ Beijinger Volkskunsttheater in der BRD

Das Beijinger Volkskunsttheater gastiert im September und Oktober mit dem Bühnenstück „Das Teehaus“ des berühmten chinesischen Dramatikers Lao She in der BRD und Frankreich. Es ist die erste chinesische Theateraufführung im Ausland; der Text wird simultan ins Deutsche übersetzt. Erst seit 70 Jahren gibt es in China Schauspiel. Den 200 Sprechtheatern stehen rd. 2000 Ensembles der traditionsreichen chinesischen Oper gegenüber, jedoch wächst die Bedeutung des Schauspiels. Vom Volkskunsttheater wurden seit seiner Gründung (1952) über 140 ausländische und chinesische Stücke aufgeführt. Der Dreiakter „Teehaus“ ist mit 300 Aufführungen (Uraufführung 1958) eines der populärsten.

Lao She gelingt es, durch die Darstellung dreier Zeitabschnitte (1898; 1918; 1948) am Beispiel eines Beijinger Teehauses die sozialen Umwälzungen in einem halben Jahrhundert wiederzugeben. Das Stück schildert realistisch die feudal-koloniale Dekadenz der alten Gesellschaft und ihren unvermeidlichen Untergang unter den Schlägen des Imperialismus; bankrott und ruiniert treffen sich Teehausbesitzer, nationaler Kapitalist und Aristokrat in der letzten Szene. Auch für sie eröffnet erst der Sieg der neudemokratischen Revolution eine neue Perspektive.

Ökologen Die Aussichtslosigkeit der Menschengeschichte

„Da unten, stets betrogen,
saust die geschäftige Welt.
Schlag noch einmal die Bogen
um mich, du grünes Zelt.“

Dieser spätromantischen Stimmung Eichendorffs könnte Amery etwas abgewinnen, wenn er es nicht besser wüßte. Nämlich, daß dies auch kein Weg ist, wie die Menschheit gedeihen kann. In seinem Buch „Der Untergang der Stadt Passau“ hat die große „Seuche“ 1981 fast die ganze Erdbevölkerung vertilgt. Die Übriggebliebenen sammeln sich im südlichen Europa. Der Held der Geschichte ist Lois Retzer, von den neufeudalen Passauern verächtlich „Bauernfünfer“ genannt. Er ist Apothekerssohn, wurde links, „obwohl das 1976 schon nicht mehr modern war“, und plante, einen „Grundriß des ökologischen Materialismus“

zu schreiben. Stattdessen wird er zum klugen Führer einer Gruppe in Rosenheim, die er lehrt, Subsistenzwirtschaft zu treiben, um unabhängig zu sein. Er rettet sie vor der Verfolgung der drohenden Passauer, indem er seinen Ziehsohn beauftragt, das Volk in die blaugrünen Berge zu führen. Sterbend erkennt er: „Er hatte eine neue mitteleuropäische Politik eingeleitet – und doch eine schändliche alte: die alte Politik der Wölfe und Schafe, der Tiger und Antilopen ... und später ... würde dann etwas in den neuen Geschichtsbüchern stehen über Lois, den Dschingis-Khan.“ Die Folgen kennt der Leser bereits aus einer eingeschobenen Chronik über die Eroberung des verderbten Passau durch Rosmer und verbündete Ungarn. Fazit des Skeptikers: Der Mensch kann die Geschichte nicht vernünftig gestalten. Daß er mit der Natur nicht in Einklang kommt, liegt an der Natur des Menschen. Aus jedem neuen Paradies gehen wieder Kain und Abel hervor. Erlösung ist notwendig: „Wie hätte er es anders machen sollen ... mit seinen begrenzten Einsichten ...? Da half wohl nur die Barmherzigkeit.“

Heyne-Buch 3461, München 1975, Preis 3,80 DM

Religion

„Ein anderes Leben“ – Selbstmord auf Raten

Der Trappistenprior Schellenberger wendet – in gekanntem Selbsterfahrungsgruppenstil – sein Inneres nach außen, wahrscheinlich in der Hoffnung, enttäuschte Opfer der Meditationszirkelwelle daran kleben zu machen. Er hätte da was zu bieten: „Leer werden für Gott“. Dann kann eine „letzte ‚Ruhe‘ in der extremen Auslieferung und Verzweiflung“ eintreten. Dem Prior, der ständig mit dem Glück der Selbstentlebung kokettiert, ist auch schon ein – sündenfreier – Zugang zu diesem gelungen: „Einmal habe ich mich auf die Pritsche in der Eremitage gelegt und mir vorgestellt, daß dies der Augenblick meines Todes sein könnte ... Wie in konzentrischen Kreisen löste sich mein Geist nach innen hin von allem ab ... Es hätte nur noch eines winzigen Schrittes bedurft, und er wäre vollends zu Null geworden und wäre durch das enge Ohr des Zunichtewerdens gegliedert – wohin? Ich ahnte eine unfäßbare neue Welt von unendlicher Weite in einer absoluten Stille und Klarheit.“ – Der Prior und Novizenmeister zu Mariawald in der Eifel rektifiziert das Glaubensopium zu purem Heroin. Herder dealt.

Bernardin Schellenberger: Ein anderes Leben; Herder Freiburg 1980, 135 Seiten, 16,80 DM

Hl. Vater

Biosphäre gebrechlich, Verbrauch und Wachstum schrecklich

Wenn der hl. Vater Wojtyla will, kann er bei seinem Besuch in der BRD aus dem Glaubensschatz der Mutter Kirche einige Kleinodien an unerwartete Adressen ausschenken. Nämlich an die Grünen. Bereits 1971 hat die römische Bischofssynode ein Dokument geschaffen, geeignet, den ökologischen Zeitgeist in den Bannkreis christlichen Konservatismus zu ziehen.

„Die neuesten technischen Möglichkeiten beruhen auf der weltweiten Einheit des Wissenschaftsbetriebes, auf dem weltumspannenden zeitlosen Nachrichtenverkehr und auf der Entwicklung einer Weltwirtschaft, in der alles mit allem in Wechselwirkung steht. Neuerdings beginnen die Menschen jedoch, sich auf eine neue und tiefere Dimension ihrer Einheit zu besinnen, indem ihnen bewußt wird, wie Naturschätze, beispielsweise so kostbare Güter wie Luft und Wasser, ohne die kein Leben möglich ist, und all die Dinge, die zur schmalen und gebrechlichen ‚Biosphäre‘ alles dessen gehören, was auf dieser Welt lebt, nicht unerschöpflich sind, sondern als einmalige und unersetzliche Ausstattung der gesamten Menschheit sorgsamer Pflege und des Schutzes bedürfen.“

Die von Gott „einmalig und unersetzlich“ geschenkten Naturbedingungen des Lebens bedürfen der Pfleger und Schützer. In dieser Sachverwaltung von Gottes Eigentum finden die Menschen eine „neue und tiefere Dimension ihrer Einheit“. Die bisherige Entwicklung hat sich – luziferisch überheblich – auf so Sachen wie Wissenschaftsbetrieb, Nachrichtenverkehr und Weltwirtschaft konzentriert. Hochmut kommt vor den Fall, und hinter dem Blendwerk staut sich auf nichts wie Dreck:

„Überdies hat die Nachfrage der wohlhabenderen – gleichviel ob kapitalistischen oder sozialistischen – Länder nach Rohstoffen und Energie (wie auch die schädliche Wirkung ihrer Abfälle auf Atmosphäre und Ozeane) ein solches Ausmaß erreicht, daß die wesentlichen Voraussetzungen des Lebens auf dieser Erde wie Luft und Wasser unwiederherstellbar geschädigt würden, wenn diese Höhe des Verbrauchs, dieser Grad der Verschmutzung und diese Schnelligkeit des Wachstums bei der gesamten Menschheit Platz greifen würde.“

Hierin steckt ein beachtlicher Scher- und Kunstgriff der synodalen Hirten; man spricht nicht etwa von „der Höhe dieses Verbrauchs“, sondern von die-

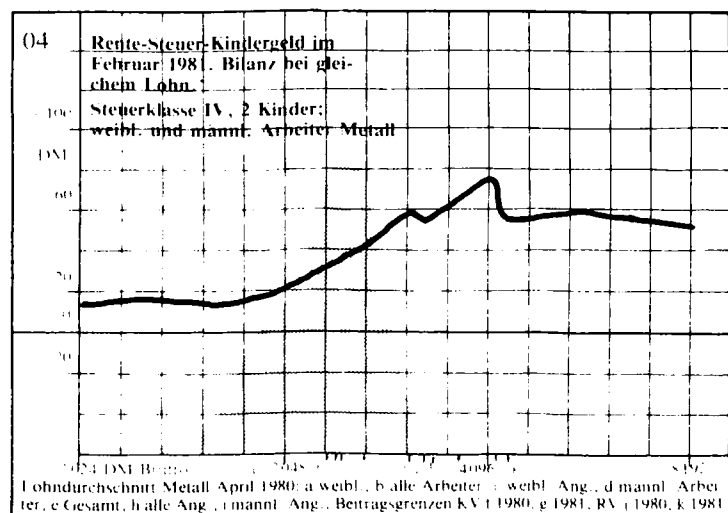
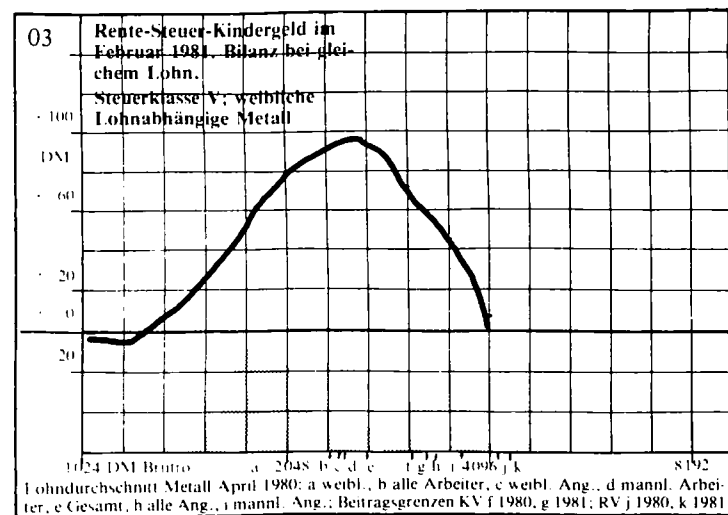
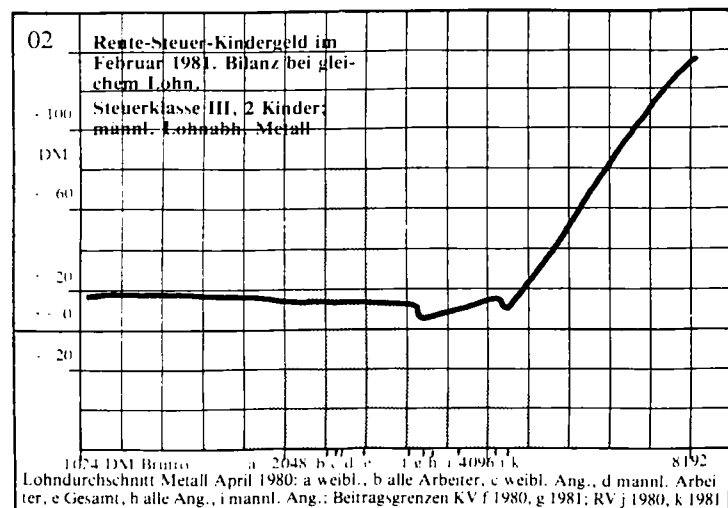
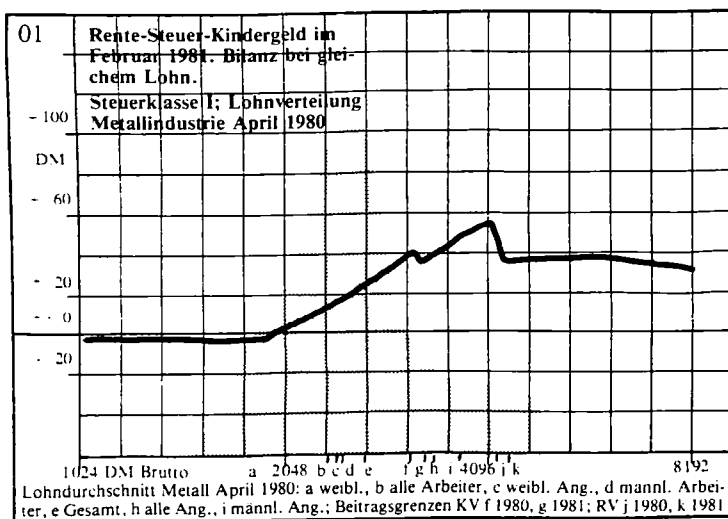
ser *Höhe* des Verbrauchs, nicht von der „Schnelligkeit *dieses* Wachstums“, sondern von dieser *Schnelligkeit* des Wachstums. Art und Weise des Verbrauchs, Verbraucher und Verbrauchte verschwinden vor dem Begriff der reinen Höhe. Art und Weise des Wachstums und Richtung der Entwicklung verschwinden vor der reinen Schnelligkeit. Schädlich und zum Schaden des Menschengeschlechtes gegen das göttliche Lehen gerichtet sind mithin Höhe des Verbrauchs und Schnelligkeit des Wachstums.

Dem Streben der Arbeiterklasse nach Herrschaft über die Produktivkräfte und dem Streben der unterdrückten Völker nach Entwicklung, diesen Bewegungen, die den Fortschritt der Menschheit ermöglichen, stellt die Kirche ein konservativ bewahrendes Motto gegenüber. Den Schein haben diese Heiligen wie meist auf ihrer Seite; die Form, in der durch die kapitalistische Wirtschaft die Quellen des materiellen Reichtums, der Arbeiter und die Erde, untergraben und zerstört werden, ist die der Arbeit, die bekanntlich von den unterdrückten Klassen verrichtet wird. So lassen sich die Verbrechen des sterbenden, faulenden Kapitalismus an den Lebensinteressen der Menschheit recht gut als Verbrechen der Menschheit an den gottgeschaffenen Naturvoraussetzungen des Lebens darstellen.

Übrigens findet man in allen untergehenden Klassengesellschaften derartige Erscheinungen. Verkarstung von Gebirgsgängen, Versteppung von Ackerland, Überschwemmungskatastrophen, Seuchenzüge sind stets Zeugnisse des wachsenden Unvermögens der herrschenden Klassen, die Produktivkräfte der Gesellschaft gemäß den Gesetzen der Naturereignisse, in die die gesellschaftliche Arbeit immer eingreift, zu leiten.

Die untergehende Kapitalistenklasse demonstriert dies Unvermögen in bisher nicht dagewesenem Maßstab ganzer Länder, Erdteile, ja des ganzen Planeten. – Fast immer in der Geschichte waren aber derartige, gesellschaftlich vermittelte Naturkatastrophen Vorboten revolutionärer Umwälzungen; sie haben sowohl das glühende Bestreben, die Verursacher dieser Verbrechen ausfindig zu machen, hervorgerufen, wie auch mystische und mystifizierende Endzeitideologie. Beide Momente finden sich übrigens in der Wahlpropaganda der Grünen wieder.

Abzugsreform – Verstärkung Eine hohe Lohninfo



Die Gestaltung der Lohn- und Gehaltsabzüge läßt – insbesondere, weil die Gesamtabzugslast inzwischen so enorm ist – Rückschlüsse auf die Bewegung der Lohn- und Gehaltssumme zu, die die durchs Parlament vertretene Kapitalistenklasse politisch gefördert wissen will. Die Gestaltung der Abzugslast wirkt auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes zurück. Die Gestaltung der Abzugslast macht deswegen eine vernünftige Spekulation auf die Politik der Kapitalisten gegen die Lohnbewegungen möglich. Im kommenden Jahr ist der Rechtfertigungsdruck auf den bürgerlichen Politikern etwas niedriger, das Jahr ist „wahlfrei“. Dem entspricht der Inhalt der für den Januar vorgesehenen Neugestaltung der Lohnabzüge.

– Für ledige, kinderlose Arbeiter und Angestellte setzt eine Verbesserung des Nettolohns erst deutlich oberhalb des Durchschnittslohns der weiblichen Arbeiter ein, der Reformertag nimmt dann erheblich zu und erst oberhalb des Durchschnittslohns der männlichen Angestellten wieder ab. Ein Leistungsmotivationsförderungsprogramm, denn überhaupt nichts kriegt, wer nicht durch hohe Akkordleistung, durch Überstunden

oder durch Nacht- und Schichtarbeit in diese Zone vorstößt. Ansonsten gemahnt diese Reform die hoch verdienenden männlichen Angestellten daran, daß von ihnen eine Familienbildung mit Hausfrau usw. erwartet wird, denn nur dann kommen sie in den Genuß der Steuerklasse III.

– So dringlich für die höchsten Sphären der Lohnarbeit die Gründung einer Familie nahegelegt wird, so deutlich auch der Hinweis, daß für die unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsklassen Derartiges nicht in Frage kommt. Sie erhalten in der Steuerklasse III fast nichts. Wieso auch, sofern die Frau gezwungen ist, zu Hause zu bleiben, besteht durch materielle Not sowieso „Leistungsmotivation“ genug.

– Die Reform der Steuerklasse V, die nur paßt, wenn das Einkommen eines Ehegatten erheblich unter dem des anderen liegt, zeigt ein gewisses Nachgeben gegenüber der Frauenbewegung, vor allem im Angestelltenbereich und bei Halbtagsbeamtinnen. Im Zusammenhang mit der Betrachtung der Abzugsart IV für beide Ehegatten ergibt sich jedoch, daß gerade die ungleichen Verdienste und die unste-

Bilanz der für 1981 bereits beschlossenen

Obwohl das Programm der ersten hundert Tage der neuen Bundesregierung noch nicht ausgemacht ist, steht bereits für 1981 fest:

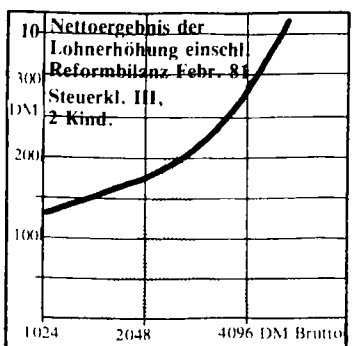
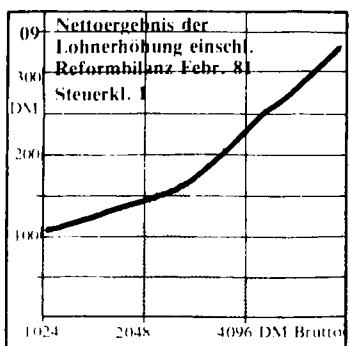
– Das 21. Renten Anpassungsgesetz sieht die Erhöhung der Rentenabzüge um 0,5% vor, also auf 9,25% des Bruttolohns.

– Das am 16. August verkündete Steuerentlastungsgesetz 81 läßt ab Januar 81 eine Änderung des Steuertarifs und

der Tarifzonen in Kraft treten.

– Mit diesem Gesetz ist zum 1. Februar eine Erhöhung des Kindergelds um 20 DM für das zweite Kind auf 120 DM und von 200 auf 240 DM für das dritte und alle weiteren Kinder beschlossen worden. Für das erste Kind bleibt es bei 50 DM.

In den Schaubildern 01 – 04 sind diese drei Maßnahmen zusammengerechnet und in ihrer Wirkung auf den Nettolohn



der „Leistungsmotivation“. lerung ist dringlich.

te Arbeit der Frau gefördert werden. Wahrscheinlich soll die mit der Abschwächung der Konjunktur zunehmend unsichere Arbeitsmarktlage durch Teilrückzüge der Frauen in den Haushalt abgedefert werden.

– Für den Fall IV/2 Kinder, also wenn beide Ehegatten mit – ungefähr – gleichem Verdienst berufstätig sind, ist eine deutliche Entlastung etwa bloß der Kinder wegen nicht vorgesehen. Hier soll der Zustand, daß Kinder nicht nur eine Einschränkung der Reproduktion bedeuten, sondern auch noch zum Nachgeben gegenüber den Kapitalistenansprüchen auf Sonderleistung zwingen, in voller Schönheit erhalten bleiben.

– Dies hat die von SPD-Schmidt geführte Regierung getan. Bei den Wahlen hat sich dann gezeigt, daß solch trübe Verfahren der Anbiederung an die höher verdienenden Schichtungen der Lohnarbeit durchaus nicht zu einer Stärkung der SPD führen, sondern wegen ihres liberal-leistungsfördernden Inhalts zur Stärkung der FDP.

Im ganzen zeigt sich, wie unklug die DGB-Gewerkschaften handelten, als sie die Forderung nach Erhöhung des Kindergeldes fallen ließen.

Trotzdem, so wie die Verhältnisse sind, wäre es nicht richtig, gegen diese Politik mit einer frontal wirksamen Festgeldforderung anzutreten. Auch eine Forderung, aus Festgeldseite und Prozentseite zusammengesetzt, wäre nicht vorteilhaft. In beiden Fällen würde ein deutlich spürbarer Nachteil gerade in jener Zone eintreten, die zwischen dem Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter und dem der Angestellten liegt, also in einer Zone, in der die Arbeiterbewegung hohes Interesse haben muß, Kräfte für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen und gewonnene Kräfte zu festigen.

Vor allem aber muß die Forderung hoch sein, dies ergibt sich schon aus der Frechheit, mit der die durchs Parlament vertretene Kapitalistenklasse auf den Zwang zu Akkord, Überstunden und Nacht- und Schichtarbeit rechnet.

Zweckmäßig würde da eine Forderung wirken, die aus einem Sockelbetrag und einer zusätzlichen Prozentforderung kombiniert ist. Sollte sich in Folge der Arbeitsmarktlage ein Nachgeben für unvermeidlich erweisen, so könnte ein Teil des Sockelbetrags in Form einer Vorweganhebung abgeschlossen werden.

Rechtslage in Sachen Lohnabzüge

bei gleichbleibendem Bruttolohn bilanziert werden.

Der Ertrag der Lohnforderung, wie sie z.B. im Februar in der Metallindustrie stehen wird, muß also bereits anhand der neuen Steuerrechtslage beurteilt werden. Dies geschieht in den Bildern 05 – 08. Da auch im einzelnen Fall keineswegs sicher ist, ob das ausgehandelte Ergebnis im März z.B. auf den nur 75% des Effektivlohns betragenden Tarif-

lohn bezahlt wird, oder ob die volle Überwälzung des Tarifergebnisses auf den um z.B. ein Drittel höheren Tariflohn gelingt, haben wir die Bandbreite des Nettoergebnisses der Forderung dargestellt.

In den Schaubildern 09 – 12 wird die Bilanz der für 1981 bereits beschlossenen Änderungen der Lohnabzüge mit dem Ertrag der Lohnforderung 1981 nach neuem Recht verrechnet.

